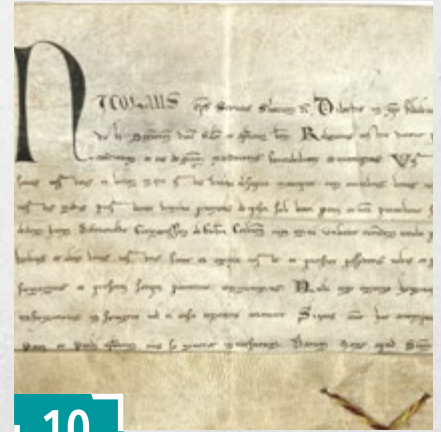


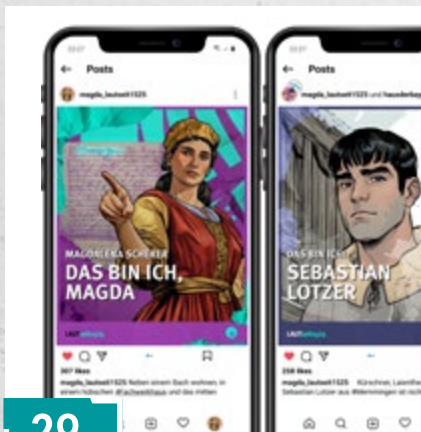
Inhalt



4



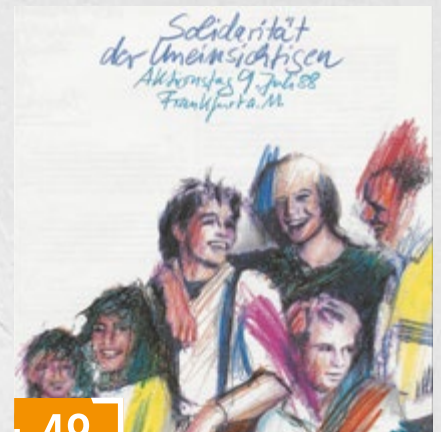
10



29



44



49



56



78



86

// Denkanstoß

- 4 Fakes und (F)Akten**
Denkanstoß von Martin Göllnitz und Paul Franke

// Fakes und (F)Akten – Archive als Orte der Verlässlichkeit?

- 10 Fakes statt Fakten?**
Echte Urkundenfälschungen und verfälschte Originalurkunden aus mittelalterlichen hessischen Klöstern
- 16 Fake News am „Schwarzen Brett“ der Universität Marburg um 1600**
- 18 Hessische Fake News – Wie Archivgut historische Lügen entlarvt**
- 23 Archive in Zeiten eines erstarkenden Geschichtsrevisionismus**
- 26 Von Bits und Bewahrung – Archivierung im digitalen Zeitalter**
- 29 Fake History? Eine Geschichte der Möglichkeiten mit Mikrogeschichte und Künstlicher Intelligenz**

// Aus den Beständen

- 34 Wenn einer eine Reise tut ...**
- 38 175 Jahre im Dienst der Nächstenliebe – Der neue Aktenbestand der Königsberger Diakonie in Wetzlar**
- 44 Luftschutzmaßnahmen in Kassel – vom Zweiten Weltkrieg bis heute**
- 49 Die City hat AIDS: Das Archiv der AIDS-Hilfe Frankfurt im Institut für Stadtgeschichte**

// Ausstellungen und Veranstaltungen

- 54 Frühjahrstagung des Verbandes der hessischen Kommunalarchivarinnen und -archivare in Darmstadt**
Blick über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz: Das Eifelarchiv in Mayen
- 56 Ist das hessische Archivwesen auf dem Weg zum „Archivtainment“?**

// Aus der Forschung

- 60 Der Wilhelmsturm zu Dillenburg. Ein Oranierdenkmal mit transnationalen Bezügen**
- 67 Neugestaltung des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen**

// Aus der Archivarbeit

- 73 Das Themenportal Urkunden der Pfalzgrafen 1449-1508 im Archivportal-D**
Kurfürstliche Urkunden aus dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt im Rahmen eines abgeschlossenen DFG-Projektes
- 78 Für den Ernstfall gewappnet: Notfallverbund Marburger Kultureinrichtungen richtet Notfallübung aus**
- 83 Ordnen, Aufbewahren, Archivieren – Ein Leitfaden für Erinnerungsinitiativen und ihre Sammlungsbestände**
- 86 Knistern und Rauschen – Schallplatten digitalisieren im Archiv**
- 90 Erfahrungsbericht: NS-Geschichte für Kinder?**
- 94 KlimaBilanzKultur**
Erste Erfahrungen mit dem CO₂-Kulturrechner im Hessischen Landesarchiv
- 98 Barrierefreiheit in den hessischen Archiven?**

// Archive im Aufbau

- 101 Wissen nachhalten – Zwei Jahre Ernte und Aussaat im UniArchiv Kassel**

// Ankündigungen

- 106 Oranierdenkmal Aussichtsturm Erinnerungsort**
Der Dillenburger Wilhelmsturm im Kontext nassauischer, deutscher und niederländischer Geschichte
- 107 Impressum**

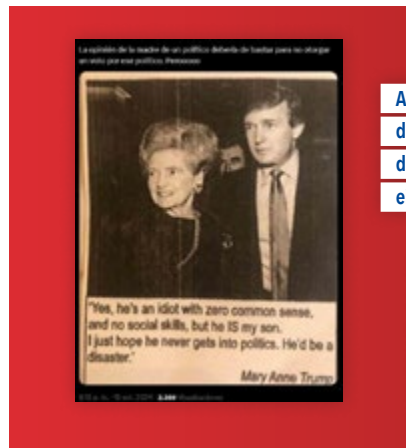
Fakes und (F)Akten

Denkanstoß

Dr. Martin Göllnitz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Hessische Landesgeschichte der Philipps-Universität Marburg sowie am Sonderforschungsbereich 138 „Dynamiken der Sicherheit“. Dr. Paul Franke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Philipps-Universität Marburg. Gemeinsam haben die beiden im Jahr 2024 einen Workshop zu „fake history? Unsichere Vergangenheits(re)konstruktionen auf Social Media“ veranstaltet, dessen Ergebnisse 2026 in Buchform erscheinen.

Zu Beginn des Jahres 2025 zirkulierte in den sozialen Medien ein Foto von US-Präsident Donald Trump und dessen Mutter Mary Anne, das millionenfach geliked, kommentiert und repostet wurde. In Form eines vermeintlichen Zeitungsausschnitts ist das Foto mit einer Bildunterschrift versehen, genauer gesagt mit der folgenden Aussage, die angeblich von der Mutter des US-Präsidenten stammt: „Ja, er ist ein Idiot ohne gesunden Menschenverstand und ohne soziale Fähigkeiten, aber er IST mein Sohn. Ich hoffe nur, dass er nie in die Politik geht. Er wäre eine Katastrophe.“ Mit Blick auf die unzähligen Dekrete, die Trump seit Beginn seiner zweiten Amtszeit unterschrieben hat, verwundert es freilich nicht, dass Social-Media-Nutzende weltweit durch einen Like ihre Zustimmung zu dem Post ausdrücken – unabhängig davon, ob die Collage aus Bild und Zitat authentisch oder doch nur gefaked ist.

Während das Foto tatsächlich echt ist und 2016 in einem Artikel von *The New Yorker* über Mary Anne Trump verwendet wurde, gibt es laut diversen digitalen Fakten-Checkern wie



Politifact oder *Correctiv* keinerlei Belege dafür, dass sie ihren Sohn einen „Idioten“ genannt hat. Und obwohl die Collage bereits seit Dezember 2019 in sozialen Medien wie *Instagram* oder *X* (ehemals *Twitter*) kursiert und die Echtheit schon mehrfach widerlegt wurde, nehmen die zahlreichen Nutzenden dieser Plattformen keinen Anstoß am Fake – entweder weil sie sich um die fehlende Authentizität nicht scheren, oder weil sie trotz besseren Wissens mit der erfundenen Aussage d'accord sind.

Abb. 1: Normalerweise ist es Donald Trump, der Fake News verbreitet – in diesem Fall aber muss die Collage aus Foto und Zitat in der Aufmachung eines Zeitungsausschnitts als Fake gewertet werden



Problembewusstsein

Phänomene wie Desinformationen und Halbwahrheiten, Lügen und Verdrehungen, Gerüchte und Falschmeldungen, vorgetäuschte und erfundene Nachrichten oder konspirative und verschwörende Deutungsangebote sind keineswegs ein Novum des digitalen 21. Jahrhunderts.

Nicht einmal der Begriff Fake News ist neueren Datums. Er wurde bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts verwendet, wobei er damals noch eine gänzlich andere Bedeutung besaß: Als Fake News wurden unsachgemäße Dramatisierungen echter Ereignisse bezeichnet. Dies unterschied sie zunächst von der plumpen Falschbehauptung. Allerdings änderte sich die Wortbedeutung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, und fortan galten Fake News als unvereinbar mit den journalistischen Standards.

Im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff Fake News aber zumeist kaum gebraucht; bis zur Wahl Trumps zum US-Präsidenten 2016 sprach man hierzulande von Falschmeldungen und bisweilen sogar noch von „Zeitungsenten“, „Tartarenmeldungen“ oder „Grubenhunden“. Der Begriff „Tartarenmeldung“ geht auf eine Falschmeldung der französischen Nachrichtenagentur Agence Havas im Oktober 1854 zurück. Sie hatte fälschlicherweise verkündet, von einem „tartarischen Kurier“ die Nachricht erhalten zu haben, dass die Stadt Sewastopol im Krimkrieg gefallen sei. Die Bezeichnung „Grubenhund“ entstammt dagegen einer satirischen Meldung: In einem Leserbrief an die *Neue Freie Presse* berichtete der Ingenieur Arthur Schütz von seinem im Labor schlafenden „Grubenhund“, der das Erdbeben vom November 1911 angeblich präventiv erspürt habe. Dieser erste „Grubenhund“ war anders als der „Tartar“ aber keine Falschmeldung, sondern sollte die Redaktion der österreichischen Zeitung mit einem überzeugend formulierten, aber faktisch unsinnigen Leserbrief in die Irre führen. In der Folge wurden beide Begriffe jedoch sinnverwandt für Falschmeldungen und Fake News gebraucht.

Inzwischen sind alle diese Bezeichnungen durch den Terminus Fake News ersetzt worden – auch deshalb, weil der Begriff selbst zum Mittel der politischen Auseinandersetzung wurde. Fake News sind bekanntlich nicht nur falsch: Wer sie in die Welt setzt, der hat sich meist nicht nur geirrt, sondern verfolgt eine bestimmte Agenda.

Schon früh haben insbesondere Medien wissentlich oder unwissentlich zur Verbreitung von Fake News beigetragen, wie das folgende Beispiel verdeutlicht. Als Reaktion auf das wohl bekannteste Hörspiel der

Radiogeschichte, das am 30. Oktober 1938 über den Äther geschickt wurde, berichteten US-amerikanische Zeitungen wie der *Boston Daily Globe* oder die *New York Times* von landesweiten Panikreaktionen. Hintergrund war das von Orson Welles mit dem Mercury Theatre inszenierte Hörspiel von H.G. Wells' Roman *Der Krieg der Welten*. Die extrem aufwendig produzierte Inszenierung in Form eines stetig dramatischer werdenden „News-Bulletins“ klang vielleicht erschreckend echt, doch weder die Alien-Invasion noch die von den Tageszeitungen kolportierte Massenhysterie waren real.



Abb. 2: Schlagzeile über die Ausstrahlung des Hörspiels *Krieg der Welten* in *The New York Times*, 31. Oktober 1938

Die angebliche Reaktion auf Orson Welles' Inszenierung ist sicherlich das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel: Auch in Deutschland gab es Unterhaltungsformate, die mithilfe fiktionaler Nachrichtenmeldungen für Entsetzen und Verwirrung sorgten. So verkündete etwa am 25. September 1930 ein „Sonderberichterstatler“, dass der deutsche Außenminister Julius Curtius ermordet worden sei. Die Meldung entstammte dem von Erich Ebermayer bereits 1926 geschriebenen Hörspiel *Der Minister ist ermordet*. Für wenige Stunden zirkulierte die Neuigkeit von der Ermordung Curtius' in Berlin als unbeabsichtigte Fake News. Beide Hörspiele machen somit deutlich, dass sowohl Nachrichten selbst als auch deren Rezeption ganz eigene Dynamiken entfalten können – eine Tatsache, die im digitalen Zeitalter sicherlich noch einmal an Brisanz gewonnen hat.

Fake und Filter

Aufgrund der im digitalen Zeitalter ungefilterten Allgegenwärtigkeit und grenzenlosen Verfügbarkeit von Informationen hat sich das Phänomen der Fake News, alternativen Fakten und Verschwörungstheorien erheblich verschärft und prägt unseren Alltag in zunehmendem Maße. Wer ist nicht schon beim Durchscrollen seines Instagram-Feeds über ein vermeintliches Zitat von Albert Einstein gestolpert, oder wer ist nicht während der Corona-Pandemie auf die absonderlichsten Verschwörungsideologien über Echsenmenschen in der Politik oder

durch Impfungen implantierte Mikrochips gestoßen? Und wem hat der Facebook-Algorithmus nicht schon einmal einen hetzerischen Fake-News-Artikel von Julian Reichelt's Propaganda-Medium *NIUS* „empfohlen“?

Auch wenn – etwas vereinfacht gesprochen – Fake News, alternative Fakten und Verschwörungstheorien vielschichtig sind, weisen sie in der Regel typische und absichtsvolle Motiv- und Erzählstrukturen auf; sie erstrecken sich über alle denkbaren Themen und Entwicklungen und liefern zugleich spezifische Deutungs- oder Erklärungsangebote. Gleichzeitig nutzen sie bewusst diverse Techniken der Beglaubigung, die im alltäglichen Medienkonsum fest etabliert sind. Hierin liegt eine eigene Herausforderung im Umgang mit Fake News. Oder um es mit dem Satz des Kinowissenschaftlers Christian Metz zu sagen, der auf Fake News wahrscheinlich ebenso zutrifft wie auf Filme: „Sie sind schwer zu erklären, weil sie einfach zu verstehen sind.“

Fake News agieren dabei zumeist auf zwei Ebenen: Einerseits orientieren sie sich hinsichtlich ihrer Aufmachung und Distribution an den etablierten Mustern und Strukturen konventioneller Medien, andererseits inszenieren sie sich als Teil einer Gegenöffentlichkeit. In Abgrenzung zu den von ihnen selbst konstruierten Feindbildern der Mainstreammedien und

„Lügenpresse“ präsentieren sie ihre falschen und verfälschten Narrative als Gegenbewegung und Widerstand. Insbesondere seit dem Jahr 2016, als der Begriff in das politische Vokabular aufgenommen wurde, lässt sich diese Entwicklung beobachten. Inhaltlich greifen Fake News dabei auf das Konzept der Aufmerksamkeitsökonomie zurück: Indem sie provozieren, zuspitzen, Aufmerksamkeit erregen, sich als Alternativen zu faktenbasierten Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen präsentieren sowie mit „einfachen“ Lösungen aufwarten, stoßen sie vor allem in politischen oder gesellschaftlichen Umbruchzeiten auf fruchtbare Resonanz. Fake News müssen daher als eine Vertrauenskrise in die etablierten Medien, aber auch in staatliche Institutionen und Organisationen verstanden werden.

Nehmen wir zum Beispiel die Dolchstoßlegende, die rechtsnationale Parteien und Gruppierungen einsetzten, um das politische System der Weimarer Republik zu destabilisieren. Im Kern ging es dabei um die Behauptung, das deutsche Heer sei „an der Front unbesiegt“ gewesen.

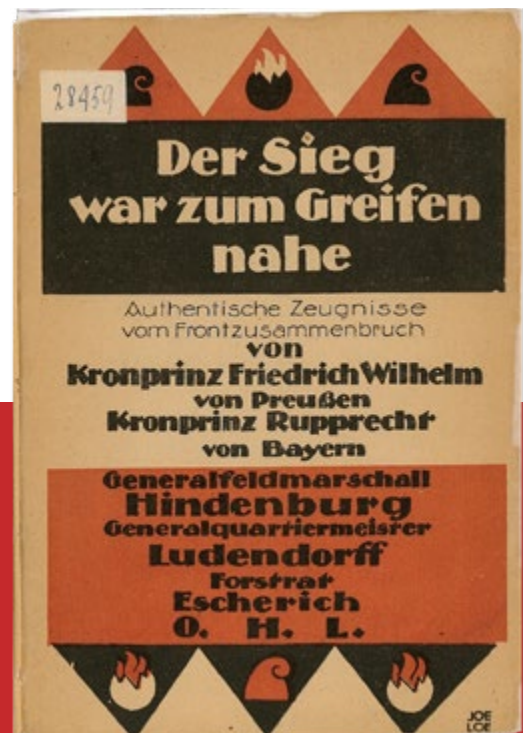


Abb. 3: Deckblatt der 1921 erschienenen Broschüre
Der Sieg war zum Greifen nahe von Erich Kuttner

Für die Niederlage machten sie stattdessen die revolutionären Kräfte, die Streikbewegungen, linke Parteien und Politiker sowie die jüdische Bevölkerung im Allgemeinen verantwortlich, die dem „unbesiegt“ deutschen Heer „in den Rücken gefallen“ seien. Legitimiert und verbreitet wurde die Legende unter anderem durch Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der am 18. November 1919 vor einem Untersuchungsausschuss die angebliche Aussage eines englischen Offiziers wiederholte, wonach die „deutsche Armee [...] von hinten erdolcht“ wurde. Obgleich es auch kritische Gegenstimmen, u. a. von Kurt Tucholsky, gab und eine Broschüre von Erich Kuttner mit dem provokanten Titel *Der Sieg war zum Greifen nahe* (Berlin 1921) die Dolchstoßlegende als solche entlarvte, hielten sich diese Fake News hartnäckig und wurden später von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet.

Archive als Informationsspeicher

In welchem hohem Maße verzerrte oder gefälschte News und „Deepfakes“ (mithilfe von KI manipulierte Gesichter, Stimmen, Texte) als Bedrohung wahrgenommen werden, zeigt sich an den vielfältigen Anleitungen staatlicher Institutionen (bspw. vom Bundesamt für politische Bildung) zum Erkennen solcher Fälschungen. Fast immer verweisen diese an erster Stelle auf die Notwendigkeit ausführlicher Recherchen, die Verwendung von Originalquellen und die Nutzung seriöser Informationsspeicher, wie sie etwa Archive darstellen. Schon 2017 hat der Leiter des Archivs des Liberalismus, Ewald Grothe, in einem kurzen Facebook-Video dargelegt, dass die Widerlegung von Fake News durch Originalquellen eine der wichtigsten Aufgaben von Archiven ist. Indem Archivarinnen und Archivare Quellen auf ihre Authentizität prüfen und für Nutzende erschließen, fungieren sie gewissermaßen als zentrale Akteurinnen und Akteure bei der Entkräftung von gefälschten Dokumenten oder Nachrichten. Und auch wenn diese Aufgabe nicht immer so spektakulär verläuft wie bei den angeblichen

Hitler-Tagebüchern des Fälschers Konrad Kujau, stellen Archive nicht nur für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Regel die erste Anlaufstelle dar, wenn es um Authentizitätsprüfungen geht. 1983 entlarvten Bundesarchiv und Bundeskriminalamt gemeinsam mithilfe chemischer Analysen und historischer Recherchen die Tagebücher als (recht plumpe) Fälschung.

In einem Beitrag mit dem Titel *(F)Akten gegen Fake News* hob der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, daher unlängst hervor, dass Archive keineswegs nur der „Fetisch einer auf sich selbst bezogenen Bürokratie“ seien. Vielmehr fungieren sie als zentrale Institutionen, um anhand authentischer Dokumentationen und mithilfe von Transparenz das gesellschaftliche Vertrauen wiederherzustellen. Dokumentation und Archivierung bilden nach Hollmann dabei eine essenzielle Grundlage, um öffentliche Debatten auf Basis verifizierbarer Quellen zu führen und so Fake News zu begegnen.

Wie Falschbehauptungen mithilfe historischer Quellen entlarvt werden können, veranschaulicht die interaktive und multimediale Tourneeausstellung *Geschichte und Erinnerung – Das Bundesarchiv*: Besuchende können Dokumente selbst erschließen und so mehr über die Funktionsweise von Archiven lernen.

Diese Anschaulichkeit ist mehr als eine nette Spielerei. Indem der Vorhang beiseitegeschoben und das

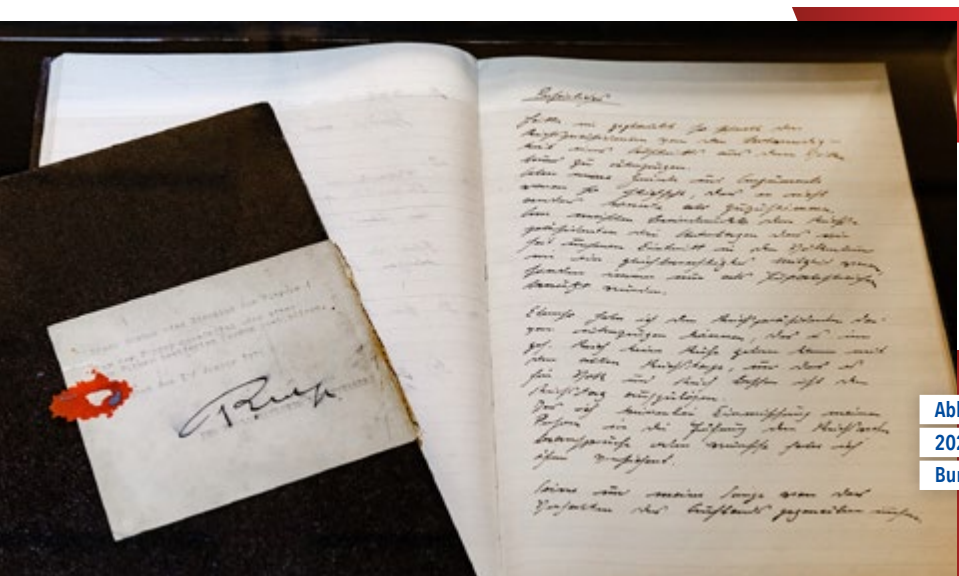


Abb. 4: Die gefälschten Hitler-Tagebücher wurden 2023 vom Medienkonzern Bertelsmann an das Bundesarchiv in Koblenz übergeben

Material hinter den Narrativen gezeigt wird, macht die Ausstellung deutlich, wie große Ereignisse dokumentiert werden. Der gewählte Ansatz rekurriert dabei unbewusst auf einen Ausspruch, der gegenwärtig in den USA in aller Munde ist: „Everything is a conspiracy theory when you don't know how anything works“ – „Alles ist eine Verschwörung, wenn man nicht weiß, wie irgendetwas funktioniert“.

Auch andere Archive bzw. Archivarinnen und Archivare haben es sich zur Aufgabe gemacht, Fälschungen und Fake News mithilfe von Originalquellen und archivwissenschaftlichen Techniken zu entlarven. So hat sich etwa Dr. Holger Berwinkel, der Leiter des Universitätsarchivs Göttingen, in seinem Blog mit der sogenannten „Kanzlerakte“ befasst, einem hypothetischen Schriftstück, das die deutsche Bundeskanzlerin und die deutschen Bundeskanzler angeblich vor ihrem Amtsantritt unterzeichnen mussten. Unter Verwendung des Instrumentariums der Aktenkunde, der Paläografie und der Verwaltungsgeschichte macht

Berwinkel die groteske Aktenfälschung sichtbar. Ein weiteres Beispiel für diese Aktenforensik, d. h. die Anwendung aktenkundlicher Methoden zum Zweck der juristischen oder historisch-politischen Beweiserhebung, ist die Analyse des berüchtigten Bordereaus, des einzigen Beweisstücks in der französischen Dreyfus-Affäre Ende des 19. Jahrhunderts. Bei der Affäre handelte es sich um einen komplexen Justiz- und Politikskandal rund um den jüdischen Offizier der französischen Armee Alfred Dreyfus, der 1894 in einem umstrittenen Prozess wegen Landesverrats zugunsten des Deutschen Kaiserreichs verurteilt wurde. Der von Rechtsbeugung und offenem Antisemitismus gekennzeichnete Justizirrtum weitete sich rasch zu einem innenpolitischen Skandal aus, nachdem bekannt wurde, dass führende Militärs, Publizisten und Politiker die Rehabilitierung von Dreyfus und die Verurteilung des tatsächlichen Verräters, des Majors Ferdinand Walsin-Esterházy, verhindern wollten. Die Gegner Dreyfus' gingen sogar so weit, mithilfe der Abteilung für Gegenspionage in der französischen Armee Dokumente zu fälschen und zu manipulieren, um den französisch-jüdischen Offizier zu belasten. Dieser Vorgang, der Fake News und Desinformation zusammenbringt, lässt sich heute mit den Methoden der Aktenforensik exakt rekonstruieren. Erst im Jahr 1906 wurde Dreyfus rehabilitiert und – unter Beförderung zum Major – wieder in die französische Armee aufgenommen.

Das 21. Jahrhundert ist ein zunehmend digitales Zeitalter. Wenn Archive auch in Zukunft retrospektiv das Gewordene erklären und per-

spektivisch das werdende mitgestalten wollen, müssen sie nach Hollmann verstärkt zweigleisig verfahren: Zum einen sind die vorhandenen Akten weiterhin zu digitalisieren, zum anderen gilt es, künftig auch die Kommunikation im Social Web systematisch zu archivieren und für die Forschung zu bewahren. Folglich sehen sich viele Archive mit ganz neuen Problemen und Herausforderungen konfrontiert, die über paläografische Techniken oder jahrhundertealte Schriftstücke hinausgehen. Neue Ansätze, Methoden und Vermittlungsformen werden deshalb seit einigen Jahren in der Archivlandschaft intensiv diskutiert, damit auch künftig gilt: (F)Akten gegen Fake News.

Martin Göllnitz und Paul Franke
Philipps-Universität Marburg



Abb. 5: Foto der interaktiven Wanderausstellung
Geschichte und Erinnerung – Das Bundesarchiv

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Screenshot von X

Abb. 2: @ The New York Times

Abb. 3: Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, gemeinfrei

Abb. 4: @ Norddeutscher Rundfunk

Abb. 5: @ Landtag NRW/Bernd Schälte

Abb. 6: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:003_Bordereau_recto.jpg, gemeinfrei

» **Fake News** müssen daher als eine **Vertrauenskrise in die etablierten Medien,** aber **auch in staatliche Institutionen und Organisationen** verstanden werden. «
 //////////////////////////////////////

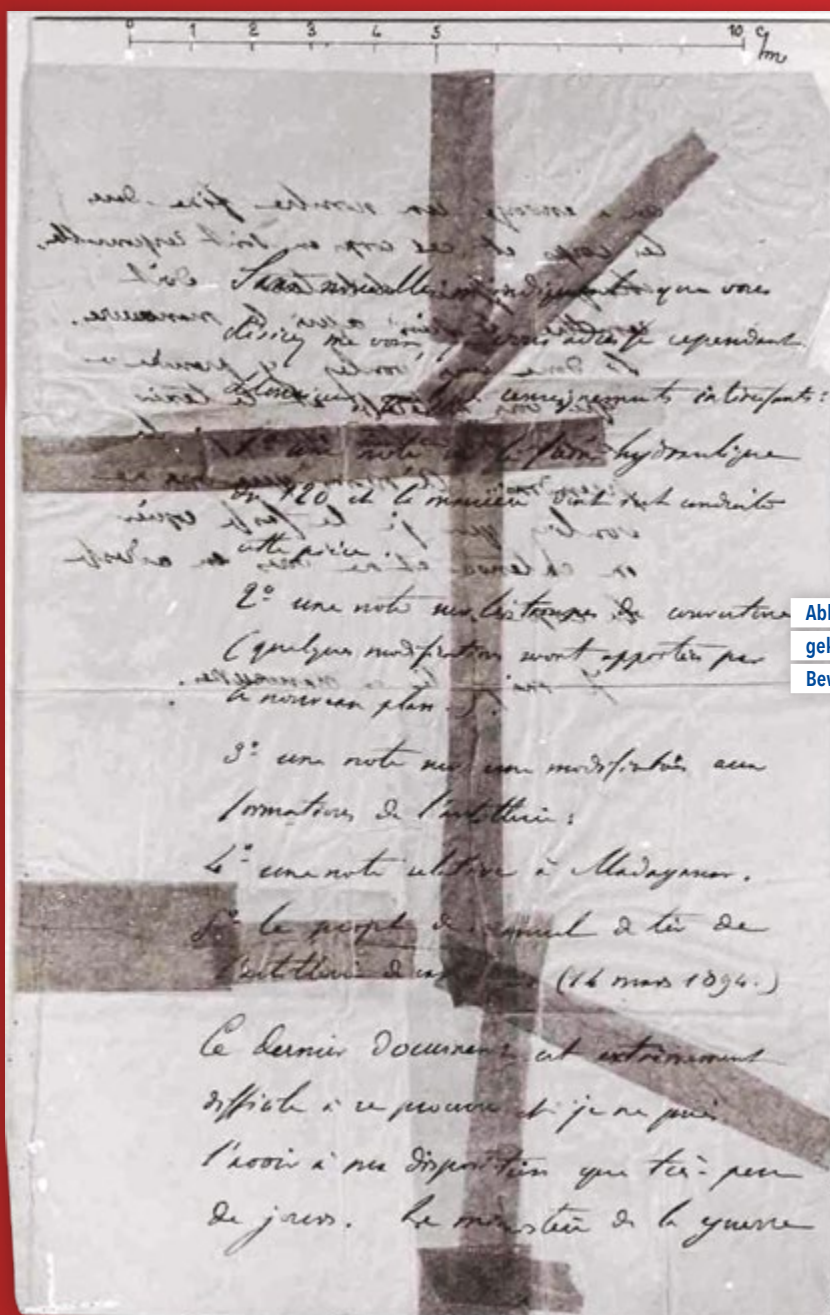


Abb. 6: Vorderseite des wieder zusammengeklebten Bordereaus, dem angeblichen Beweisstück gegen Dreyfus

Fakes statt Fakten?

Echte Urkundenfälschungen und verfälschte Originalurkunden aus mittelalterlichen hessischen Klöstern

Das Mittelalter wird häufig als „Zeitalter der Fälschungen“ bezeichnet, und so überrascht es nicht, dass auch in der Urkundenabteilung des Staatsarchivs Marburg einige Fälschungen entlarvt werden konnten. Die meisten davon finden sich in der urkundlichen Überlieferung von Klöstern, denn in diesen Zentren der mittelalterlichen Schreibfähigkeit wurden vermehrt solche Fakes produziert und alternative Fakten geschaffen. Was veranlasste die Nonnen und Mönche zur Fälschung von Urkunden, und wie gingen sie dabei vor?

In Urkunden wurden im Mittelalter Rechtsgeschäfte dokumentiert und individuelle Bestimmungen niedergeschrieben, sie dienten als dauerhafte Nachweise über bestehende Rechte und Eigentumsverhältnisse, die auch nach Jahrhunderten in Streitfällen als Beweise vorgelegt werden konnten. Diese bedeutsame Rolle der Urkunden im Rechtsleben des Mittelalters ist gleichzeitig das zentrale Motiv für deren Fälschung: Den Fälschern – in den Klöstern und darüber hinaus – ging es ganz grundsätzlich um die Legitimierung oder auch die Etablierung von Rechtsansprüchen.

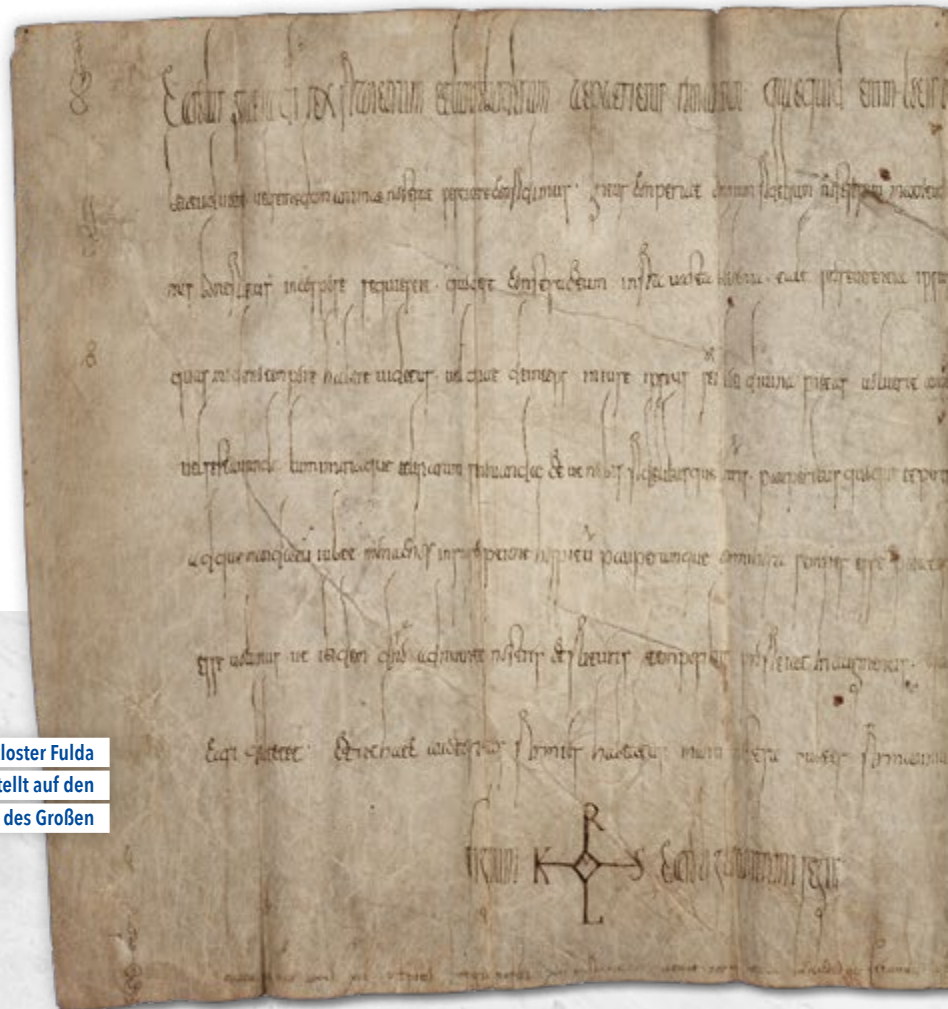


Abb. 1: Fälschung für das Kloster Fulda
aus dem 9. Jahrhundert, ausgestellt auf den
Namen Karls des Großen

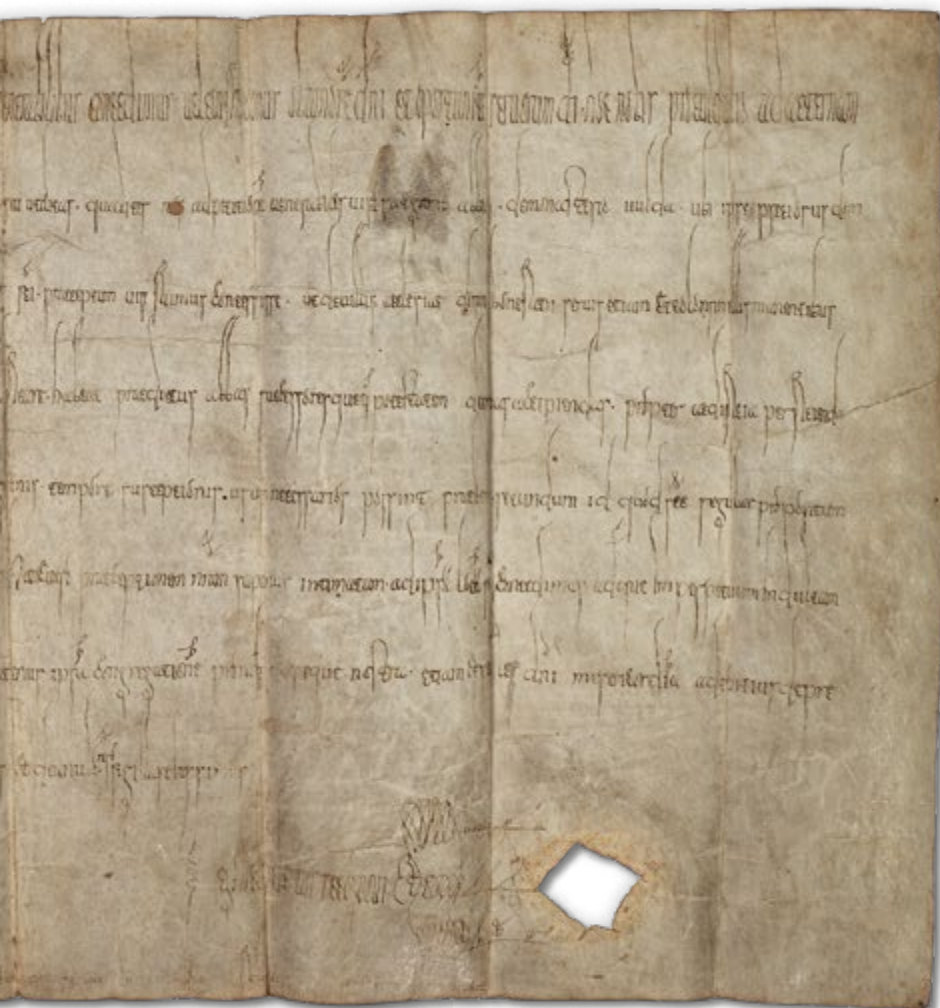
Dafür wurde auch in größerem Umfang gefälscht, in manchen Klöstern entstanden zeitweise regelrechte Fälscherwerkstätten. Tatsächlich gelten heute zwei Drittel aller erhaltenen Urkunden der Merowingerkönige aus der Zeit des 5. Jahrhunderts bis in das 8. Jahrhundert als gefälscht, von den Urkunden Karls des Großen (768-814) etwa 40 %. Ein solcher Fake auf den Namen Karls des Großen findet sich auch in Marburg: In der Urkunde, die auf das Jahr 810 datiert ist, gestattet Karl dem Kloster Fulda die Erhebung des Zehnten von allen Besitzungen des Klosters. Neben anderen Aspekten deutet der nicht überzeugende Versuch, die Schrift des frühen 9.

Jahrhunderts nachzuahmen, auf eine Fälschung hin. Sie muss noch vor dem Jahr 875 angefertigt worden sein, möglicherweise um der prekären finanziellen Lage des Klosters entgegenzuwirken, die sich durch die umfassenden Bauprojekte seit dem Ende des 8. Jahrhunderts ergeben hatte.

Hier handelt es sich noch um eine frühe Fälschung, denn als Höhepunkt der Urkundenfälschungen gelten das 12. und 13. Jahrhundert. Typischerweise wurden solche Privilegierungen nicht unter dem Namen des aktuellen Königs, Kaisers oder Papstes gefälscht, man griff vielmehr auf ältere,

längst verstorbene Amtsvorgänger zurück. Eine Fälschung ließ sich so schwerer nachweisen, vor allem aber sprach man älteren Urkunden grundsätzlich höhere Beweiskraft zu.

Aus diesem Grund wurde wohl auch die „Gründungsurkunde“ des Benediktinerinnenklosters Lippoldsberg in Nordhessen in das Jahr 1062 datiert – obwohl das Kloster faktisch erst etwa 25 Jahre später gegründet wurde. In der Urkunde, die als Aussteller den Erzbischof Ruthard von Mainz nennt, wird die verfassungsrechtliche Stellung als Eigenkloster des Mainzer Erzbischofs definiert, enthalten ist außerdem ein Katalog von Besitzungen und Rechten des Klosters sowie Vorschriften zur inneren Verfassung. Sie wurde in der Mitte des 12. Jahrhunderts gefälscht, doch dabei blieb es nicht: Im Laufe der nächsten etwa 100 Jahre wurde das Dokument mehrfach von insgesamt wohl fünf verschiedenen Personen weiter überarbeitet und angepasst. Tatsächlich war die Urkunde von Beginn an für solche späteren Feinjustierungen ausgelegt, denn bereits der ursprüngliche Schreiber ließ in dem Teil des Textes, in dem die Besitzungen des Klosters aufgelistet sind, einige Zeilen frei, um spätere Ergänzungen zu ermöglichen. Das durchgedrückte Siegel Erzbischof Ruthards ist echt, es wurde von einer anderen Urkunde abgelöst und mit einer neuen Wachsschicht auf der Fälschung befestigt. Die Absicht der Nonnen bestand ganz offensichtlich darin, sich mit dieser gefälschten Urkunde den Rechts- und Besitzstand ihres Klosters sowie ihre Ordensregel und die freie Äbtissinnenwahl gegen äußere Eingriffe abzusichern – was ihnen auch gelang.¹



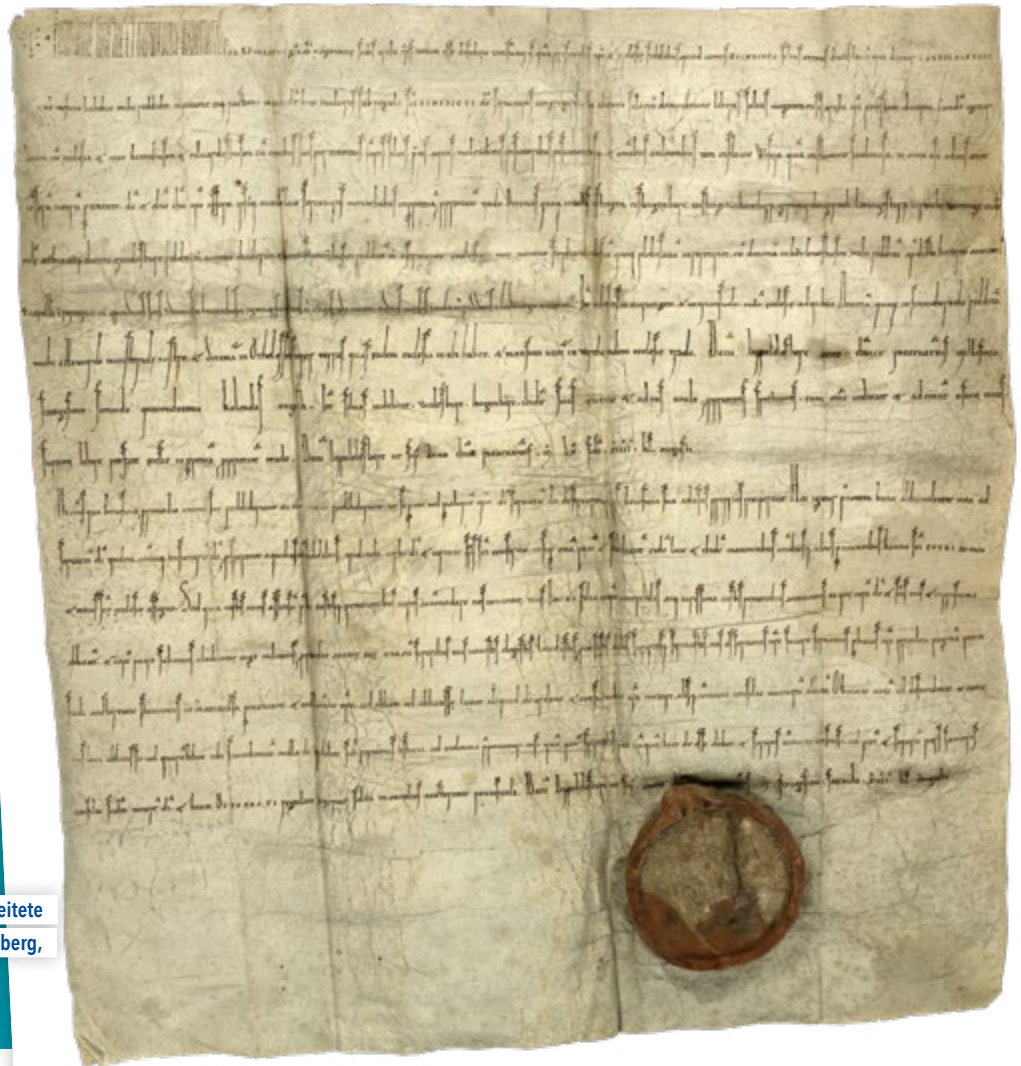


Abb. 2: Gefälschte und mehrfach überarbeitete Gründungsurkunde des Klosters Lippoldsberg, datiert auf das Jahr 1062

Aber warum sahen sich so viele Klöster gerade im 12. und 13. Jahrhundert – oft lange nach ihrer Gründung – dazu genötigt, derart grundlegende Fakes zu produzieren? Im Frühmittelalter wurden Geschäfte meist mündlich geregelt und vor Zeugen beeedet, Urkunden hatten dabei höchstens ergänzende Beweiskraft. Im Laufe des Hochmittelalters gewann die Schriftlichkeit aber immer größere Bedeutung, bisher mündlich tradiertes Recht musste nun schriftlich dokumentiert werden, um es beweisen und durchsetzen zu können. Außerdem änderten sich im Laufe der Jahrhunderte die rechtlichen Verhältnisse. Bischöfe und Landesfürsten versuchten vermehrt, die oft reichen Klöster unter ihre Kontrolle zu bringen

und Einfluss auf die Wahl der Äbte und Äbtissinnen zu nehmen, und auch die Vögte, die weltlichen Verwalter der Klöster, gewannen an Macht. Häufig wurden daher Urkunden gefälscht, um die älteren Rechte aus der Zeit der Klostergründung an die Erfordernisse der eigenen Zeit anzupassen und sich gegen mögliche Übergriffe abzusichern.

Die Fälscherinnen und Fälscher fixierten damit aus ihrer Sicht lediglich bestehendes Recht in urkundlicher Form, sie schrieben subjektiv empfundene Wahrheit nieder. Die Nonnen im Kloster Lippoldsberg verfügten ja tatsächlich über die in dem gefälschten Dokument genannten Besitzungen

und wählten ihre Äbtissin regelmäßig selbst; es existierte eben nur keine Urkunde, in der dieses Recht verbrieft war. Auch wenn es sich bei Urkunden formal ganz eindeutig um Fakes handelt, so kann der Inhalt zum Fälschungszeitpunkt dennoch faktisch der historischen Realität entsprochen haben.

Und trotzdem galt das Fälschen von Urkunden natürlich auch im Mittelalter als strafbares Verbrechen. Kirchenrechtlich wurde das Fälschungsdelikt seit dem späten 12. Jahrhundert sogar unter die schweren Verbrechen eingeordnet und konnte damit für den Klerus Exkommunikation und Auslieferung an das weltliche Gericht

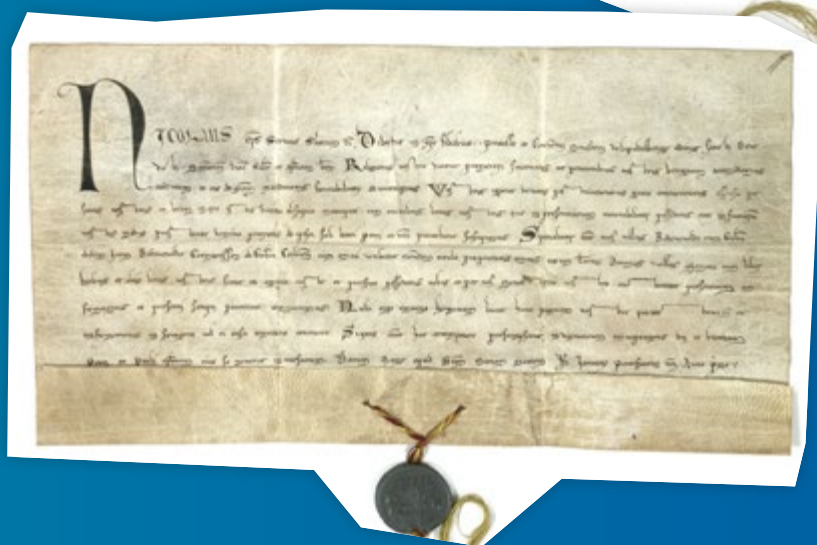


Abb. 3a und 3b: Angebliche Privilegierung
des Klosters Lippoldsberg
durch Papst Nikolaus IV. aus dem Jahr 1289
(Vorder- und Rückseite der Urkunde)

bedeuten. Nach weltlichem Recht waren übliche Strafen im deutschsprachigen Raum unter anderem das Abhacken einer Hand, Enthaupten oder auch Verbrennen.

Um solchen Strafen zu entgehen, bemühten sich die Fälscherinnen und Fälscher, echte Urkunden möglichst überzeugend zu imitieren. Zu diesem Zweck nutzten sie Originalurkunden nicht nur als Vorlagen, sondern teilweise sogar als Grundlagen ihrer Eigenproduktionen – so auch im Kloster Lippoldsberg: In einer auf den 13. Januar 1289 datierten Urkunde nimmt Papst Nikolaus IV. das Kloster mit allen Besitzungen und Rechten in seinen Schutz, wobei verdächtigweise der Besitz von drei Dörfern besonders

hervorgehoben wird, die eben zu dieser Zeit an das Kloster verkauft worden waren. Zur Herstellung dieser Fälschung wurde eine echte Urkunde des Papstes Nikolaus genutzt, deren Beschriftung mit Ausnahme des ersten Buchstabens vollständig getilgt wurde (die Tinte wurde dafür vom Pergament abgeschabt oder abgewaschen), um sie dann mit anderem Inhalt neu beschriften zu können. Dadurch blieben die echten Vermerke aus der päpstlichen Kanzlei auf der Rückseite und den Rändern der Urkunde stehen, die als Echtheitsmerkmale von Papsturkunden galten. Das Siegel, die päpstliche Bleibulle, war an der ursprünglichen Urkunde mit Hanfschnüren befestigt. Diese wurden abgeschnitten und die Bulle mit einer

Seidenschnur, der für eine solche Privilegierung üblichen Befestigungsart, neu an der Urkunde angebracht.²

Die Besiegelung war für eine erfolgreiche Fälschung von zentraler Bedeutung, denn seit dem 12. Jahrhundert galt das Siegel als ausschlaggebendes Beglaubigungsmittel, das einer Urkunde erst Rechtskraft verlieh. Die „Weiterverwendung“ eines echten Siegels war daher eine verbreitete Methode, die sogar in Rechtstexten explizit erwähnt wurde. Im Schwabenspiegel, einem Land- und Lehenrechtsbuch aus dem 13. Jahrhundert, sind Hinweise zur Identifizierung gefälschter Urkunden enthalten, die teilweise so angelegt sind, dass sie als regelrechte Anleitung zur Urkunden-

fälschung genutzt werden konnten. Demnach sollte das Zerschneiden und erneute Zusammenknüpfen von Siegelschnüren möglichst von geschickten Frauenhänden („gefugen frauen henden“) erledigt werden³ – möglicherweise hatten die Lippoldsberger Nonnen diesen Ratschlag beherzigt.

Und wenn kein geeignetes Siegel vorhanden war, wurde eben eines hergestellt. Eine ursprünglich wahrscheinlich echte, aber unbesiegelte Urkunde aus dem späten 11. Jahrhundert für das Kloster Hasungen (damals noch Kanonikerstift) über eine Schenkung von Gütern wurde nachträglich mit einer Siegelankündigung und einem Siegel versehen. Da für den zusätzlichen Text und das durchgedrückte Wachssiegel auf dem Pergament nicht genug Platz übrig war, musste

das Siegel quer angebracht werden, obwohl es deutlich kleiner ist als das echte Siegel Erzbischof Siegfrieds I. von Mainz, das imitiert wurde.⁴

Viele dieser mehr oder weniger geschickt angefertigten Fälschungen blieben im Mittelalter unerkannt. Zwar gab es durchaus ein Bewusstsein für die Fälschungsproblematik, und viele Kanzleien wirkten dem Fälschungsweisen durch eine zunehmende Standardisierung des Inhalts und Aussehens

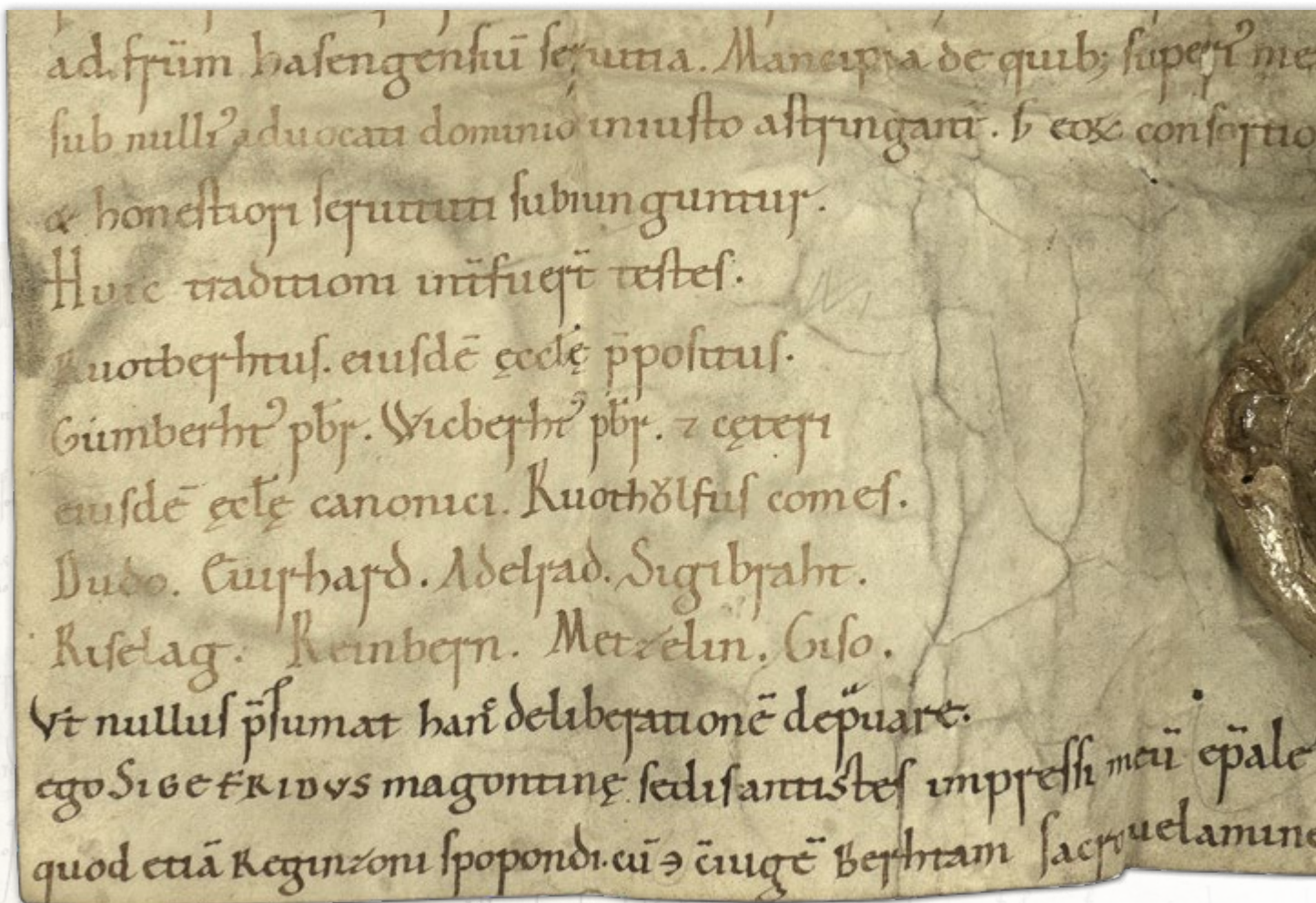


Abb. 4: Gefälschtes Siegel Erzbischof Siegfrieds I. von Mainz aus dem 11. Jahrhundert

» Auch wenn es sich bei **Urkunden formal ganz eindeutig um Fakes handelt**, so kann der Inhalt zum Fälschungszeitpunkt **dennoch faktisch der historischen Realität entsprochen haben.** «



ihrer Urkunden entgegen. Die damals bekannten Methoden der Urkundenkritik waren aber längst nicht immer ausreichend, um allen Fakes auf die



Schliche zu kommen, vor allem dann, wenn der Inhalt plausibel erschien. Erst die moderne Diplomatik begann damit, die überlieferten Urkunden systematisch auf ihre Echtheit zu prüfen und Fälschungen zu entlarven. Es ist aber davon auszugehen, dass in vielen Archiven immer noch eine ansehnliche Zahl an gefälschten Urkunden auf ihre Entdeckung wartet.

Und was bedeuten die vielen Fälschungen für die Mittelalterforschung? Die Aussagekraft von Urkunden als Quellen wird keineswegs geschmälert, wenn sie als Fälschung identifiziert werden. Zum einen, weil die Urkundeninhalte die historische Realität ihrer Zeit spiegeln, zum anderen aber auch, weil sich im Zusammenhang mit einer Fälschung viele neue Erkenntnismöglichkeiten ergeben: Warum wurde die Urkunde gefälscht? Gab es einen konkreten Anlass? Wer waren die Fälscher? Welche Methoden wendeten sie an? Die Umstände einer Fälschung können daher sogar interessanter sein als die Ausstellung einer echten Urkunde – auch in Fakes können sehr viele Fakten stecken.

Sabine Fees
Hessisches Staatsarchiv Marburg

¹ Heinemeyer, Walter: Die Urkundenfälschungen des Klosters Lippoldsberg, in: Lachmann, Hans-Peter (Hrsg.): Aus Liebe, zur Sicherheit und zur Ehre des Klosters. Walter Heinemeyer – Urkundenfälschungen und frühe Geschichte hessischer und thüringischer Klöster, Marburg 2012, S. 33–222, hier S. 36–100.

² Ebd., S. 216–222.

³ Stengel, Edmund Ernst: Eine deutsche Urkundenlehre des dreizehnten Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der Reception des kanonischen Rechts, in: Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 30 (1905), S. 647–671, hier S. 667.

⁴ Heinemeyer, Walter: Die Urkundenfälschungen des Klosters Hasungen, in: Lachmann, Hans-Peter (Hrsg.): Aus Liebe, zur Sicherheit und zur Ehre des Klosters. Walter Heinemeyer – Urkundenfälschungen und frühe Geschichte hessischer und thüringischer Klöster, Marburg 2012, S. 1–32, hier S. 8–12.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: HStAM, Best. Urk. 75, Nr. 9

Abb. 2: HStAM, Best. Urk. 36, Nr. 1

Abb. 3a und 3b: HStAM, Best. Urk. 36, Nr. 176

Abb. 4: HStAM, Best. Urk. 27, Nr. 583

Fake News am „Schwarzen Brett“ der Universität Marburg um 1600

Fake News und falsche Mitteilungen beschäftigen nicht erst die auf zahllosen Social-Media-Kanälen vernetzte „Gen Z“. Auch in Zeiten, in denen der nachwachsenden Generation noch kein „Etikett“ aufgeklebt wurde, waren Jugendliche Sender und Empfänger von Falschmeldungen.

Im 16. und 17. Jahrhundert bot in Universitätsstädten das „Schwarze Brett“ der Akademie einen Ort, um missbräuchlich auch falsche Nachrichten oder Nonsens zu verbreiten. Das bekannteste „Schwarze Brett“ der Neuzeit dürfte die Tür der Wittenberger Schlosskirche gewesen sein, an die Luther 1517 seine 95 Thesen heftete. Diese stellten freilich nur in den Augen seiner theologischen Gegenspieler „Fake News“ dar.

Für Marburg lässt sich annehmen, dass eine Tür im Bezirk des von der Universität genutzten ehemaligen Dominikanerklosters als Anschlagtafel diente. „Angeschlagen“ wurden die Aushänge übrigens nicht mit Hammer und Nägeln – dies entspricht eher der melodramatischen Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts –, sondern sie wurden mit Siegelwachs angeklebt.

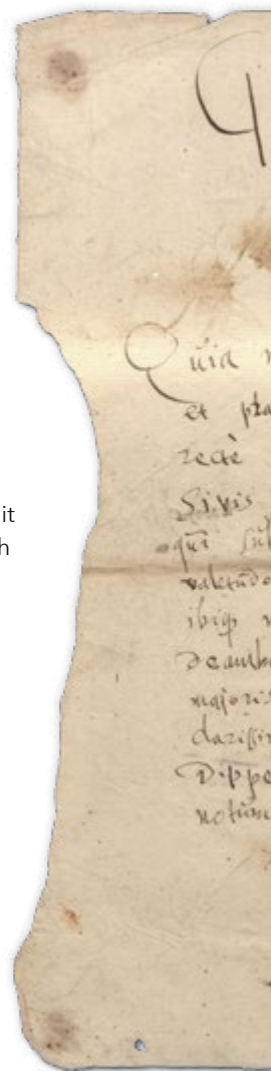
Die universitären Mitteilungen begannen mit einer Grußzeile an die Adressaten, auf die der eigentliche Inhalt folgte, der mit einer Grußformel schloss. Am Ende fand sich dann eine Formel, die bekundete, dass der Inhalt im Konsistorium, also in der Ver-

sammlung der Professoren, beschlossen worden war. Ein aufgedrucktes Siegel bezeugte schließlich die Rechtmäßigkeit des Anschlags.

Um das Jahr 1603 konnten die Angehörigen der Universität und des zu ihr gehörenden Pädagogs den abgebildeten Aushang lesen. Dort grüßte ein Professor namens Gerlach Molitor, der im Gebäude des Professors und Pädagogleiters Viotor am Lahntor (Stadt an der Lahn) wirkte, zunächst alle und jede zur Universität gehörende Person, um dann fortzufahren, dass es nicht allein nützlich, sondern auch der Gesundheit dienlich sei, sich oft zu waschen, wie es „ab antiquis dictum sit“ (schon die Alten sagten). Damit wurden in humanistischer Tradition die antiken Autoren zu Zeugen angerufen. Ebenso, fährt der vermeintliche Professor Molitor fort, sei es gesund, sich oft die Hände zu waschen. Er fordert daher „omnes ac singulos qui sub vexillis nostris [...] militant“, also alle und jeden, die unter unserem Feldzeichen kämpfen, auf, sich auf dem „campo martio“ (Marsfeld) zu versammeln; hier ist der an der Lahn gelegene Kämpfrasen gemeint.

Der martialische Duktus sollte uns nicht erstaunen, bezeichneten sich die Studierenden doch noch bis weit ins 20. Jahrhundert als „Kommilitonen“, was nichts anderes bedeutet als „Waffengefährten“. Im Text des Anschlages wurde auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, dass man „non solum corpore sed animo“ (nicht allein mit dem Körper, sondern auch mit dem Geist) anwesend sein sollte. Das Problem rein körperlicher Anwesenheit Studierender war auch um 1600 bereits geläufig und „non solum corpore“ ein vermutlich nicht seltener Stoßseufzer der Lehrenden.

Auf dem Gelände des Kämpfrasens wollten sich nun der uns aus der Anrede bekann-



te Professor Molitor und sein Kollege Wigand Dippel einfinden, um den Wert des Händewaschens „in signum veritatis et majoris confirmationis gratia“ (im Zeichen der Wahrheit und zu größerer Bestätigung) zu beweisen. Wigand Dippel wird dabei als ein hochberühmter und in den Künsten des Badens und Fischens herausragender Mann bezeichnet. Anschließend wird noch vermerkt, dass ein Herr Ludwig Lonicerus erfahren soll, dass er Wigand Dippel und Gerlach Molitor dort treffen kann.

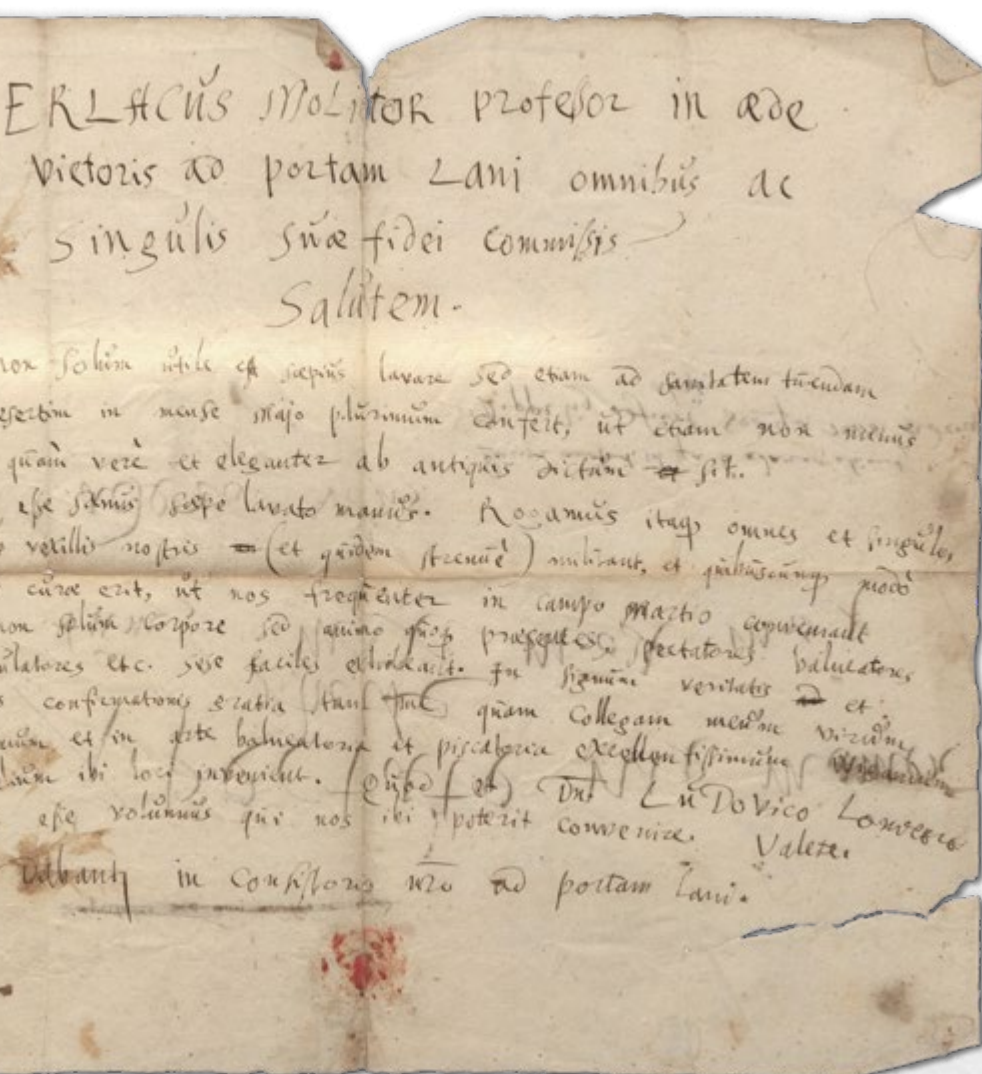
Spätestens seit der Corona-Pandemie ist der Nutzen häufigen Händewaschens auch unserer Gegenwart verstärkt ins Bewusstsein gerückt,

wobei unsere Gewährsmänner nicht antike Autoren, sondern moderne Hygieniker waren. Der Inhalt jenes Anschlages könnte also auch heutigen Leserinnen und Lesern nicht ganz unvernünftig erscheinen. Begeben wir uns aber auf die Suche nach den Professoren und Herren Gerlach Molitor, Wigand Dippel und Ludwig Lonicer, so finden wir sie nicht. In der Matrikel von Pädagog und Universität sind aber im Jahr 1598 die Einschreibung der Schüler Molitor und Dippel aus Kirchhain und im Jahr 1599 die Einschreibung von Ludwig Lonicer aus Marburg für das Pädagog vermerkt. Die laut unserem Aushang hochberühmten Männer drückten also in den für den Unterricht umgewidmeten

Gebäuden des Dominikanerklosters die Schulbank. Vermutlich hatte einer ihrer Mitschüler seine dort gewonnenen Lateinkenntnisse genutzt, um seine Mitschüler Dippel, Lonicer und Molitor zu verspotten und um andere mit seinem formal korrekten Aushang aufs Glatteis beziehungsweise an die Lahn zu führen. Zweifelsfrei hat er seine Hände anschließend in Unschuld gewaschen.

Carsten Lind

Archiv der Philipps-Universität Marburg



Abbildungsnachweis:

Abb. 1: UniA Marburg, Best. 305 n, Nr. 310

Abb. 1: Fiktiver Aushang eines Professors mit der Aufforderung, sich zum Händewaschen zu versammeln

Hessische Fake News – Wie Archivgut historische Lügen entlarvt

Fake News sind spätestens seit Donald Trump in aller Munde. Sie sind aber keineswegs eine Entwicklung der letzten Jahre. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Darmstadt zeigt ab dem 16. März 2026, dass und warum Fake News auch in der südhessischen Geschichte immer wieder zu finden waren. Denn: Durch die in Archiven überlieferten Dokumente können Fake News auch heute noch enttarnt werden.

Ist diese Frau die Großfürstin Anastasia Nikolajewna Romanowa (1901–1918) und damit die einzige Überlebende der von den Bolschewisten 1918 getöteten russischen Zarenfamilie?



Abb. 1: Ist diese Frau Anastasia Großfürstin von Russland oder die Fabrikarbeiterin Franziska Schanzkowski?

1920 wurde sie nach einem Selbstmordversuch aus dem Berliner Landwehrkanal gezogen und in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen. Dort behauptete die Frau, die Großfürstin Anastasia zu sein. Diese war die jüngste Tochter von Zar Nikolaus II. (1868–1918) und seiner Frau Alexandra, geborene Alix von Hessen-Darmstadt (1872–1918). Doch entspricht dies auch der Wahrheit?

Was sind Fake News?

Fake News, also wortwörtlich „gefälschte Nachrichten“, erwecken den Eindruck einer echten, seriösen Nachricht, sind aber „in den Medien und im Internet, besonders in sozialen Netzwerken, in manipulativer Absicht verbreitete Falschmeldungen“¹. Internet und Social Media gibt es erst seit einigen Jahrzehnten, Fake News



Abb. 2: Die junge Anastasia Großfürstin von Russland (1901–1918) im Jahr 1914/15

Abb. 3: Polizeifotos zeigen
die Familienähnlichkeit
der Schwestern Schanzkowski

aber bereits deutlich länger. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts bezeichnete der Begriff im Englischen bewusste Falschmeldungen in Zeitungen.² Jede Epoche nutzte dazu die vorhandenen Medien: Vor 3.300 Jahren deutete Pharao Ramses II. in steinernen Reliefs eine Niederlage als triumphalen Sieg um, im Mittelalter wurden auch in Hessen Urkunden gefälscht, um Besitzrechte vorzugeben, wie der Beitrag von Sabine Fees in diesem Heft zeigt. In der Frühen Neuzeit wurden in Büchern und Akten Fake News über Alchemie und einen Schatz im Darmstädter Schloss verbreitet, 1783 erklärte eine Zeitung George Washington zur Frau,³ und im 19. Jahrhundert wurden Fake News über Satanisten bei den Freimaurern en vogue.

Zarentochter oder Fabrikarbeiterin?

„Anastasia“ erzählte ihre romantische Geschichte seit den 1920er-Jahren in Büchern und Zeitungen, später auch in Film und Fernsehen. Bekannt ist noch heute der Disney-Film von 1997. Für die Öffentlichkeit war ihre Geschichte glaubhaft, weil die Ermordung der Zarenfamilie unter größter Geheimhaltung geschehen war. Viele Menschen unterstützten „Anastasia“ daher jahrzehntelang. Sie zu entlarven, war schwierig, denn Gutachten und Zeugen widersprachen sich teilweise. Erst nach mehreren Gerichtsverfahren bewies schließlich



Abb. 7 Franziska Schanzkowski alias Frau Anderson-Tschaikowski



Abb. 8 Gertrud Ellerick, geb. Schanzkowski.

ein posthumer Vergleich ihrer DNA mit den Überresten der Zarenfamilie im Jahr 1994: Sie war nicht Anastasia Romanowa, sondern die Fabrikarbeiterin Franziska Schanzkowski alias Anna Anderson-Tschaikowski (1896–1984). Bereits ihre Geschwister hatten sie 1927 identifiziert, und auch die Gegenüberstellung mit ihrer Schwester hier auf dem Polizeifoto zeigt eine deutliche Familienähnlichkeit.

Zur Entlarvung als Fake News trug auch das Archivgut des Staatsarchivs

Darmstadt bei: Die „falsche Anastasia“ hatte behauptet, ihren Onkel – den Großherzog Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein – noch im Jahr 1916 auf geheimer Mission in Russland gesehen zu haben. Anhand der im Staatsarchiv Darmstadt überlieferten Tagebücher des Flügeladjutanten Massenbach (HStAD, Best. D 24, Nr. 62/1-7) konnte Archivar Dr. Ludwig Clemm vor Gericht aber nachweisen, dass es eine solche Reise nie gegeben hatte (HStAD, Best. D 24, Nr. 91/1, fol. 184–185).

Was wollen Fake News erreichen?

Aber warum und wie entstehen Fake News überhaupt? Als bewusste Falschmeldungen sind sie stets mit einem bestimmten Interesse verbunden. Zeitungsverleger, Buchautorinnen und Content-Creatoren erhoffen sich häufig eine Steigerung ihrer Reichweite und ihrer Einnahmen. „Anastasia“ hatte sich in einer psychischen Ausnahmesituation nach ihrem Selbstmordversuch 1920 ein neues, romantisches Leben ausgedacht. Dazu wurde sie durch diese Fake News berühmt und konnte gut von Geschenken ihrer Anhängerinnen und Anhänger und Tantiemen aus Filmen und Theaterstücken leben. Ein Zurück war für sie irgendwann nicht mehr möglich, vielleicht hat sie ihre Lüge auch irgendwann selbst geglaubt. Für sie selbst hatten ihre Fake News also positive Auswirkungen. Für die hessische Familie und die Freunde der echten, 1918 ermordeten Großfürstin Anastasia hingegen war ihr Identitätsdiebstahl mit dem ständigen Schmerz des Verlustes verbunden. Ein Abschließen mit der Geschichte war für sie nicht möglich.

George Washington ist eine Frau?

Im Zuge der weltweiten Vernetzung und Ausbreitung der Schreibfähigkeit in der Frühen Neuzeit fanden Fake News eine immer weitere Verbreitung. Zeitungen waren dafür ideale Medien. So vermerkte Landgraf Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt in seinem Kalender von 1783: Georg Washing-

tons Frau habe ihrem Beichtvater auf dem Sterbebett offenbart, „ihr Mann sey so gut ein Weib wie sie, sie habe es vorher gewußt und sich dennoch mit ihm trauen laßen“ (HStAD, Best. D 4, Nr. 515 und Nr. 518). An dieser Nachricht war alles Fake: Weder war George Washington eine Frau, noch war seine Ehefrau Martha 1783 gestorben, noch hatte diese als Protestantin einen Beichtvater. Dennoch fanden diese sensationellen Fake News von einer Zeitung aus Pennsylvania über eine irische Zeitung ihren Weg bis nach Darmstadt.

Alles besser in Amerika?

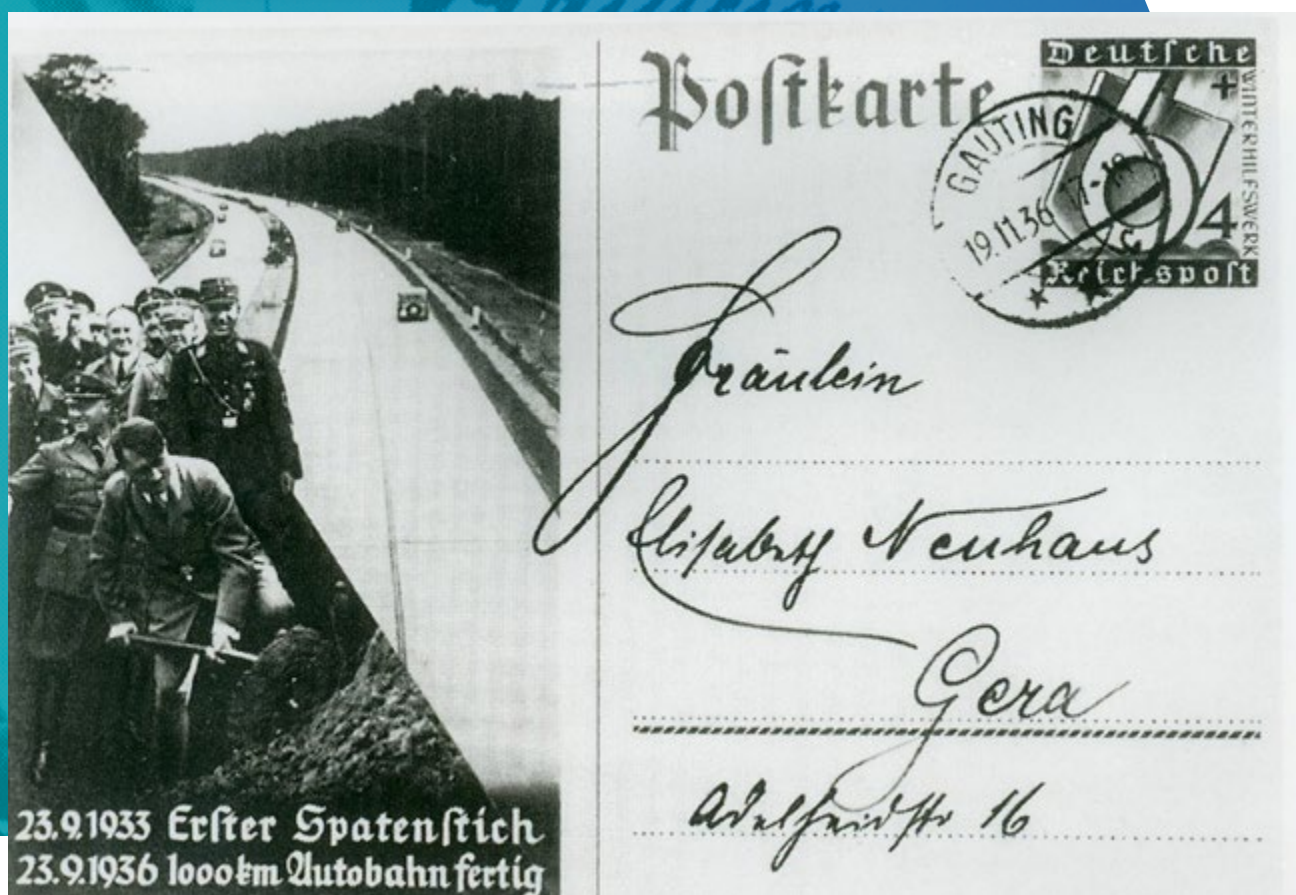
Auch Auswanderungswillige waren im 19. Jahrhundert ein gefundenes Ziel für mit finanziellen Interessen verbundene Fake News. In der Neuen Welt erwartete sie angeblich ein leichteres, schöneres und sorgenfreies Leben. Kurz: eine goldene Zukunft. 1855 versprach ein Agent den Auswanderern nach Santa Fé in Südamerika, dass sie dort Ackerland, ein Häuschen, Vieh und Mehl bis zur ersten Ernte erhalten würden (HStAD, Best. E 3 A, Nr. 9/72). Dafür ließ er sich für die Überfahrt und angebliche Vermittlungsdienste im Voraus bezahlen.

Die tatsächlichen klimatischen und politischen Verhältnisse vor Ort wurden verklärt oder ganz verschwiegen. Bereits 1825 warnte der Auswanderer Hermann Dietrich: „Und was war das Los der armen Menschen, die [...] gehofft hatten, entweder als Handwerker mit Vergünstigung der Regierung arbeiten zu können, oder ein Stück Land zu erhalten, um es zu bebauen?“ (HStAD, Best. E 3 A, Nr. 48/46). Sie erlebten einen Realitätsschock: Wenn sie ihre Überfahrt nicht bezahlen konnten, wurden sie in den Militärdienst gepresst. Alternativ landeten sie ohne Unterstützung auf der Straße oder in klimatisch für die Landwirtschaft ungeeigneten Gebieten fern der Zivilisation. Das Leben als Auswanderer bot zwar viele Möglichkeiten, war aber auch sehr hart. Die wenigsten Auswanderer hatten genug Geld, um es zurück nach Europa zu schaffen. Den Fake News vom schönen und leichten Leben versuchten sie auf ihre Weise etwas entgegenzusetzen. So warnte 1855 der Sohn des Landgerichtsdieners Adam Reinhardt aus St. Louis seine Eltern vor den schlechten Verhältnissen vor Ort und forderte alle auf, zu Hause zu bleiben (HStAD, Best. G 11, Nr. 157 D, fol. 120).



Abb. 4: In Zeitungen inserierten seriöse Auswanderungsagenten ebenso wie Betrüger

Abb. 5: Fake News – Hitler baute die Autobahn?



Die Nazis erfanden die Autobahn?

Viele Fake News heute sind eine Mischung aus Wahrheit und Lüge. Sie verdrehen die Tatsachen oder aber verschweigen einen wesentlichen Teil. Eine solche Fake News finden wir auch in Hessen in der Zeit des Nationalsozialismus. Noch heute kann man Folgendes hören: „Hitler baute die Autobahn.“ Oder: „Die Nazis haben die Autobahn erfunden.“ Oder auf Hessen bezogen: „Die erste Autobahn führte von Frankfurt nach Darmstadt.“ Diese Sätze sind aber tatsächlich Fake News.

Autobahnen waren keine Erfindung der Nationalsozialisten, auch wenn diese sich später sehr bemühten, das zu verschweigen. Der Begriff „Autobahn“ findet sich bereits 1908 bei der Planung einer letztlich doch nicht gebauten „Taunusautobahn“.⁴ Die 1926 gegründete HaFraBa, der Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg/Hansestädte-Frankfurt-Basel mit Sitz in Frankfurt, plante bereits in den 1920er-Jahren mehrspurige Schnellstraßen durch Deutschland bis nach Italien. Den Begriff „Autobahn“ nutzte der Verein seit 1929, und seit 1932 hieß die Vereinszeitung „Die Auto-

bahn“. Die erste Autobahn für alle verband Köln und Bonn und wurde am 6. August 1932 eröffnet, verantwortlich war u. a. der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876–1967). Den Zeitungen in Hessen war dies jedoch nur eine Randnotiz wert.

Die Nationalsozialisten machten sich das Projekt Autobahn zu eigen. Schon im Februar 1933 stuften sie die Strecke zwischen Köln und Bonn zur Landstraße herab. Gleichzeitig übernahmen sie die Pläne der HaFraBa und begannen 1933 mit einer großen

Ehrenkarte

Propaganda-Aktion den Bau des ersten Teilstücks der Reichsautobahn zwischen Frankfurt und Darmstadt. Die Ursprünge des Projektes wurden ausgeblendet und die Bedeutung des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers überhöht. Hitlers Interesse an Autobahnen wurde rückdatiert: Angeblich habe er bereits 1924 in der Haft den Plan für das Autobahnnetz durch Deutschland erdacht.⁵ Dass alle historischen Fakten dagegensprachen und Hitler diesen angeblichen Plan nicht einmal in *Mein Kampf* erwähnte, spielte für die Fake News der Autobahnen als „Straßen des Führers“ (BArch, Best. R 4601/1107) keine Rolle. Dementsprechend feierlich wurde 1935 dann auch die angeblich erste Autobahn eröffnet.

Januar 1933 bereits der SA, der SS [...] angehört haben“ (HStAD, Best. G 15 Groß-Gerau, Nr. X 113). Eine Aktennotiz stellt lapidar fest: „Nach dieser Anweisung der Gauleitung könnten weder aus Walldorf noch aus Mörfelden irgendwelche Arbeitslosen beschäftigt werden, da in beiden Gemeinden nach Anweisung der Gauleitung geeignete Arbeitslose nicht vorhanden waren.“ Arbeitsplätze gab es nur für altgediente Nationalsozialisten.

Die Nationalsozialisten verstanden es, ihren Ausbau der Autobahn so gut zu vermarkten, dass alle vorherigen Autobahnprojekte in Vergessenheit gerieten. Sie erreichten damit – teilweise bis heute – in der Bevölkerung ein Ansehen als fortschrittliche Partei, die sich um die Mobilität im Volk und die Arbeitslosen kümmerte. Die Regierung selbst verbreitete hier Fake News und bestrafte die Bevölkerung, wenn diese die Wahrheit sagte: Wilhelm Coy aus Eberstadt wurde 1934 gerichtlich belangt, weil er gesagt hatte: „Die Autobahnen würden in der ersten Zeit für die Autos genutzt, später aber für den Krieg, dies sei die Ursache ihrer Erbauung“ (HStAD, Best. G 27 Darmstadt, Nr. 299). Archive bewahren Informationen aller Seiten auf: die Propaganda der Nationalsozialisten ebenso wie die Spuren ihrer Opfer und die Beweise für Autobahnprojekte der 1920er- und frühen 1930er-Jahre.

Fake News sind also tatsächlich keine neue Entwicklung, es gibt sie auch in Hessen schon seit Jahrhunderten. Sie finden sich in Urkunden, in mündlichen Erzählungen, in Büchern und Zeitungen, in Bildern und heute auch im Internet. All diese Unterlagen sind in Archiven überliefert. Archive sind Wissensspeicher, die überlieferten Dokumente zeigen ein Bild der jeweiligen Zeit. Einige Dokumente können daher auch Fake News beinhalten.

Die überwiegende Mehrheit der Archivalien enthält aber unverfälschte Informationen und kann dazu dienen, Fake News zu enttarnen. Nötig ist dazu eine kritische Auseinandersetzung mit dem Archivgut: Wer hat das Dokument verfasst? Welches Ziel hat er oder sie damit verfolgt? Gibt es Gegendarstellungen? Ist das, was geschrieben wurde, plausibel? Mit einfachen Fragen und einem (kritischen) Blick auf die in Archiven überlieferten Quellen kann heute jeder Mensch Fake News erkennen und bekämpfen.

Anna Krabbe

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt



**Abb. 6: Frankfurt – Darmstadt.
Die erste Autobahn?**

Und auch dass die Autobahnen der Arbeitsplatzbeschaffung dienten, ist nur die halbe Wahrheit. Im Staatsarchiv Darmstadt werden Schreiben des Bürgermeisters von Walldorf aufbewahrt, die eine andere Perspektive zeigen. Walldorf hatte eine hohe Arbeitslosigkeit, und die Autobahn sollte durch Walldorfer Gebiet führen. Eine nur scheinbar ideale Kombination. Denn der Bürgermeister erfuhr vom Arbeitsamt, dass die Arbeitsplätze nicht nach Bedürftigkeit oder Wohnortnähe vergeben wurden. Es sollten „nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die vor dem 30.

¹ „Fake News, Fakenews, Fake-News, die“, in: Duden online (https://www.duden.de/rechtschreibung/Fake_News, 14.08.2025).

² „The Real Story of ‚Fake News‘“, in: Webster-Dictionary online (<https://www.merriam-webster.com/wordplay/the-real-story-of-fake-news>, 14.08.2025).

³ Der damalige Großherzog Ludwig XI. von Hessen-Darmstadt vermerkt dies in seinem Schreibkalender von 1787 (HStAD, Best. D 4, Nr. 518).

⁴ „Die Taunusautobahn“, in: Neues Wiener Abendblatt vom 17. Oktober 1908, S. 47.

⁵ Friedrich, Karl-Heinz: „Tunlich geradlinig“. Die Gründung des Vereins „HAFRABA“ 1926 und der Bau der deutschen Autobahnen, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 14.2 (2006), o. S.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: HStAD, Best. R 4, Nr. 21142/2

Abb. 2: HStAD, Best. R 4, Nr. 21122

Abb. 3: HStAD, Best. R 4, Nr. 21163

Abb. 4: Verordnungs- und Anzeigenblatt für die Kreise Bensheim und Heppenheim, 7. März 1857

Abb. 5: HStAD, Best. R 4, Nr. 18679

Abb. 6: HStAD, Best. G 15 Groß-Gerau, Nr. X 113

Archive in Zeiten eines erstarkenden Geschichtsrevisionismus

In den letzten Jahren lässt sich in Deutschland eine Zunahme rechter Verschwörungserzählungen und geschichtsrevisionistischer Lügen beobachten. Der folgende Artikel setzt sich damit auseinander, was das für die Archive bedeutet.

Als sich die Akten des 1. Frankfurter Auschwitz-Prozesses Anfang der 1990er-Jahre noch nicht im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden, sondern in der Registratur der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main befanden, erreichten die Ermittlungsbehörde regelmäßig Gesuche um Einsichtnahme in die Unterlagen. Die meisten dieser Anfragen stammten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, von Journalistinnen und Journalisten oder von Filmemachern. Allerdings wandten sich immer wieder auch einschlägig bekannte Neonazis, Holocaustleugner und Verschwörungsideologen an die Staatsanwaltschaft in der absurden Hoffnung, mithilfe der Prozessakten eine angebliche „Auschwitz-Lüge“ aufdecken zu können. Die zuständigen Staatsanwälte reagierten durchweg indigniert auf solche Schreiben und lehnten entsprechende Vorhaben ab. Für sie war offensichtlich, was die rechten Geschichtsrevisionisten nicht erkennen wollten: „Aus Ihrem ersten Schreiben entnehme ich, daß Ihr Interesse an den hiesigen Akten oder Teilen davon (z. B. dem Urteil) darauf gerichtet ist, die vom Gericht

angenommene Offenkundigkeit der Vergasung von Menschen im KZ Auschwitz zu erschüttern. Zu diesem Zweck sind die vorliegenden Akten und das ergangene Urteil nicht geeignet. Aus ihnen ergibt sich gerade, daß dort Menschen in Gaskammern getötet worden sind und ermittelte Täter deshalb verurteilt wurden.

Mangels Eignung der Akten oder des Urteils zu dem angegebenen Zweck entfällt auch das berechtigte Interesse zur Einsichtnahme.“¹

Für die Frankfurter Staatsanwaltschaft war die Beweiskraft der Dokumente des 1. Frankfurter Auschwitz-Prozesses evident, ja fast schon selbster-



Abb. 1: Band 86 der Hauptakten des 1. Frankfurter Auschwitz-Prozesses mit Fotografien, die Untersuchungsrichter Heinz Düx bei einer Augenscheinseinnahme im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz Ende Juli 1963 anfertigte

Abb. 2: Blick in den Magazinraum
des Archivs des Fritz Bauer Instituts
in Frankfurt am Main



klärend. Sie folgte damit implizit der geschichtstheoretischen Denkfigur eines „Vetorechts der Quellen“, das der Bielefelder Historiker Reinhart Koselleck 1977 erstmals formuliert hat. Es besagt, dass historische Quellen zwar generell verschiedenen Interpretationen offenstehen, dabei allerdings die Anzahl möglicher Deutungen beschränkt ist.² Quellen – so Koselleck – „verbieten uns, Deutungen zu wagen oder zuzulassen, die aufgrund eines Quellenbefundes schlichtweg als falsch oder als nicht zulässig durchschaut werden können“.³

Die Denkfigur eines „Vetorechts der Quellen“ funktioniert aber nur dann, wenn sich alle Beteiligten einem aufgeklärten Wissenschaftsbegriff verpflichtet fühlen. Bereits die Holocaustleugner der frühen 1990er-Jahre operierten jedoch mit gefälschten oder aus dem Zusammenhang gerissenen Quellen, sie ignorierten Dokumente und zogen zum Beleg ihrer abstrusen Thesen ausschließlich Werke von Gesinnungsgenossen heran.⁴ Heute, über 30 Jahre später, hat sich die Lage noch einmal verschärft. Nicht nur ist ein neurechter Geschichtsrevisionismus auf dem Vormarsch, der einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit explizit den Krieg erklärt hat; entsprechende Lügen und Legenden werden in den sozialen Medien täglich auch noch massenhaft verbreitet und rezipiert.⁵ Dabei ist es gar nicht mehr wichtig, ob sich das Gesagte –

auf welche verzerrte Art und Weise auch immer – belegen lässt. Es geht nur noch um die destruktive Kraft der Lüge selbst. „Wichtig ist nicht, was am Ende stimmt, sondern was die Lüge anrichten kann.“⁶

Welchen Wert haben unter diesen Umständen die Bestände zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen in den Archiven? Wenn die Wahrheit nicht mehr wichtig zu sein scheint, sind sie dann obsolet geworden? Mitnichten! Auch wenn im virtuellen Raum wenig Wert auf die Echtheit von Behauptungen und Quellen gelegt wird, gilt dies für die analoge Welt nicht. Gerade in den vergangenen vier Jahrzehnten lässt sich eine gesamtgesellschaftliche Sehnsucht nach dem „Echten“, dem „Original“ – kurz: dem Authentischen – feststellen.⁷ Verloren gegangene Bauwerke und ganze Stadtviertel etwa werden rekonstruiert, Museen eingerichtet; Zeitzeugeninterviewprojekte haben ebenso Konjunktur wie historische Dokumentar- und Spielfilme. „Authentizität hat“ aktuell – wie der Historiker Martin Sabrow schreibt – „für die Verständigung unserer

Gegenwart über die Vergangenheit einen magischen Klang.“⁸

Davon profitieren auch die Archive, was jede Person bestätigen kann, die schon einmal an einer öffentlichen Archivführung teilgenommen hat. Der Faszination echter historischer Unterlagen und im Fall des Archivs des Fritz Bauer Instituts der Bestürzung über die Verwaltungsdokumente des nationalsozialistischen Massenmordes können sich nur wenige Besuchende entziehen. Die Vergangenheit scheint hier mit einem Mal unverstellt vor einem zu liegen.

Hinzu kommt, dass Archive, Bibliotheken und Museen nach wie vor enorme Wertschätzung und ein breites gesellschaftliches Vertrauen genießen. Dies kann man einerseits an der hohen Zahl und Dichte der in Deutschland existierenden Gedächtnisinstitutionen und andererseits am Entsetzen der öffentlichen Berichterstattung ablesen, wenn sich Katastrophen wie der Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek 2004 in Weimar oder der Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 ereignen.⁹ Die Zerstörung authentischer Zeug-

nisse der Vergangenheit wird als (Teil-)Verlust der eigenen historischen Identität wahrgenommen.

Was aber folgt aus diesem Befund für die Archive? Dürfen sich Archivarinnen und Archivare zurücklehnen und auf die Überzeugungskraft der analogen Welt hoffen? Nein, in Zeiten eines erstarkenden rechten Geschichtsrevisionismus, von virulenten Verschwörungserzählungen und Fake News sollten Archivarinnen und Archivare politisch aktiv werden. Nicht in dem Sinne, wie dies seit einigen Jahren in den USA geschieht, wo prominente Vertreterinnen und Vertreter der Zunft Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, eine politische Seite zu wählen, und hierdurch die Spaltung der Gesellschaft in die Archive tragen.¹⁰ Vielmehr sollten Archivarinnen und Archivare zu öffentlich sichtbaren Fürsprecherinnen und Fürsprechern für die grundlegende Tatsache werden, dass die von ihnen bewahrten Bestände dazu geeignet sind, zuverlässig Zeugnis über die Vergangenheit ablegen zu können.

Das erfordert vor allem eine intensivere Vermittlung archivischer Prinzipien und Arbeitsweisen in die breite Öffentlichkeit hinein. Das archivische Neutralitätsgebot als handlungsleitendes Ziel, wie es seit 1997 im *Kodex ethischer Grundsätze für Archivarinnen und Archivare* in dessen erstem Artikel festgelegt ist, ist genauso dazu geeignet, Vertrauen in die Institution Archiv zu schaffen und zu erhalten, wie das Provenienzprinzip, mit dessen Hilfe sich die Herkunft, aber auch die Geschichte der Aufbewahrung eines Dokumentes in einer „unbroken chain of custody“ nachvollziehen lässt. Bewertungs- und Dokumentationsentscheidungen der Gegenwart hingegen müssen künftig umfassender, als bislang geschehen, nach außen hin kommuniziert werden.¹¹ Die Transparenz archivischen Handelns

stärkt die Authentifikation historischer Dokumente und kann so letztlich dazu beitragen, geschichtsrevisionistischen Lügen allmählich auch im virtuellen Raum den Boden unter den tönernen Füßen wegzuziehen.

Johannes Beermann-Schön

Fritz Bauer Institut

Quellen:

Archiv des Fritz Bauer Instituts, Sammlung Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main.

Literatur:

El Ouassil, Samira/Karig, Friedemann: *Erzählende Affen. Mythen, Lügen, Utopien. Wie Geschichten unser Leben bestimmen*, Berlin 2023.

Gänsler, Georg: *Archiv, Nachvollziehbarkeit und Vertrauen*, in: *Scrinium. Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivarinnen und Archivare* 71 (2017), S. 102–113.

Jordan, Stefan: *Vetorecht der Quellen*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. Februar 2010, <https://d-nb.info/1188112147/34> (Stand: 4. Juni 2025).

Koselleck, Reinhart: *Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt*, in: *Koselleck, Reinhart/Mommsen, Wolfgang J./Rüsen, Jörn* (Hrsg.): *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*, München 1977, S. 17–46.

Landwehr, Achim: *Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie*, Frankfurt am Main 2016.

Sabrow, Martin: *Die Aura des Authentischen in historischer Perspektive*, in: *Sabrow, Martin/Saupe, Achim* (Hrsg.): *Historische Authentizität*, Göttingen 2016, S. 29–43.

Wagner, Jens Christian: *Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung. Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland*, in: *Wagner, Jens Christian/Steinbacher, Sybille* (Hrsg.): *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie*, Göttingen 2025, S. 15–38.

WeiB, Volker: *„Lasst uns Krieg führen!“ Die Kampagne der extremen Rechten gegen die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: *Ebd.*, S. 71–90.

¹ Schreiben von Oberstaatsanwalt Zahl an H. vom 23. Juli 1992, in: *Archiv des Fritz Bauer Instituts, Sammlung Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main, Smlg StA Ffm-98*.

² Vgl. Jordan, Stefan: *Vetorecht der Quellen*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. Februar 2010, <https://d-nb.info/1188112147/34> (Stand: 4. Juni 2025), S. 2.

³ Koselleck, Reinhart: *Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt*, in: *Koselleck, Reinhart/Mommsen, Wolfgang J./Rüsen, Jörn* (Hrsg.): *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft*, München 1977, S. 17–46, hier S. 45f.

⁴ Vgl. Wagner, Jens Christian: *Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung. Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland*, in: *Wagner, Jens Christian/Steinbacher, Sybille* (Hrsg.): *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie*, Göttingen 2025, S. 15–38, hier S. 18.

⁵ Vgl. hierzu WeiB, Volker: *„Lasst uns Krieg führen!“ Die Kampagne der extremen Rechten gegen die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: *Ebd.*, S. 71–90.

⁶ El Ouassil, Samira/Karig, Friedemann: *Erzählende Affen. Mythen, Lügen, Utopien. Wie Geschichten unser Leben bestimmen*, Berlin 2023, S. 305.

⁷ Vgl. Sabrow, Martin: *Die Aura des Authentischen in historischer Perspektive*, in: *Sabrow, Martin/Saupe, Achim* (Hrsg.): *Historische Authentizität*, Göttingen 2016, S. 29–43, hier S. 43.

⁸ *Ebd.*, S. 29.

⁹ Vgl. Landwehr, Achim: *Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie*, Frankfurt am Main 2016, S. 179f.

¹⁰ Vgl. hierzu etwa die Debatte zwischen den beiden ehemaligen Präsidenten der Society of American Archivists (SAA), Randall C. Jimerson und Mark A. Greene, die im Jahr 2013 hauptsächlich in der Fachzeitschrift *The American Archivist* ausgetragen wurde.

¹¹ Vgl. hierzu Gänsler, Georg: *Archiv, Nachvollziehbarkeit und Vertrauen*, in: *Scrinium. Zeitschrift des Verbandes Österreichischer Archivarinnen und Archivare* 71 (2017), S. 102–113.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: HHStAW, Best. 461, Nr. 37638/87, © HHStAW

Abb. 2: © Fritz Bauer Institut, Werner Lott

Von Bits und Bewahrung - Archivierung im digitalen Zeitalter

Das über Jahrhunderte erarbeitete Vertrauen in die Archive als Orte authentischer Quellenüberlieferung muss sich in einer Welt von Deepfake und Cyberwar neu etablieren. Dafür sind organisatorische und technische Vorkehrungen nötig, die im Laufe der Zeit ständig angepasst werden müssen. Können unter diesen Voraussetzungen künftig Quellen verlässlich und unverfälscht erhalten werden?

Fake News sind für Archive nichts Neues. Schon im Mittelalter verfasste und datierte man Urkunden nach Bedarf, um sich gewünschte Rechte und Privilegien selbst zu bescheinigen. Auf diese Weise wurden Fakten geschaffen bzw. Fakten mit einer erfundenen rechtlichen Legitimation unterfüttert – das prominenteste Beispiel hierfür dürfte die Fälschung der Konstantinischen Schenkung sein. Die Fälschung von Urkunden funktionierte schon deshalb so gut, weil die Schriftlichkeit nicht sehr verbreitet war, die Kirche faktisch ein Monopol darauf besaß und dazu eine überirdische Autorität beanspruchen konnte, die man besser nicht in Zweifel zog (s. dazu vertieft den Beitrag von Sabine Fees in dieser Ausgabe).

Mit der Alphabetisierung weltlicher Institutionen und nach und nach der gesamten Gesellschaft waren es die staatlichen Archive, die sich als verlässliche Orte der Quellen- und damit der Rechtssicherung innerhalb der Gesellschaft etablierten. Ihre Rolle und ihr Auftrag erscheinen aktuell gleichsam bedeutsamer und bedrohlicher, je mehr die Konturen von Wahr-

heit und Fälschung im öffentlichen Diskurs verschwimmen. Nie war es einfacher als heute, Fehlinformationen in Schrift, Bild und Ton mithilfe von Tools und künstlicher Intelligenz zu erzeugen und über das Internet massenhaft zu verbreiten.

Ihre Vertrauensstellung zu verteidigen, stellt Archive damit aber vor neue Herausforderungen. In der analogen Welt bildeten sich mit Diplomatie und Aktenkunde historische Hilfswissenschaften heraus, die Werkzeuge bieten, um Originale und deren Abschrift zu identifizieren und Bearbeitungsschritte auf dem Papier nachzuvollziehen. Die über Jahrhunderte erarbeiteten Werkzeuge und Kategorien sind im Digitalen nicht mehr anwendbar. Das Unikat – ein einzelnes Original –, das als Referenz dienen kann, gibt es nicht mehr. Das digitale „Original“ ist hingegen mit seinen Kopien technisch identisch und kann durch die Ausführung von Bearbeitungsschritten mehrere Versionen in sich vereinen, ohne dass die einzelnen Schritte erkennbar wären. Statt den Erhalt des einen „Originals“ sicherzustellen, interpretiert man digitale Daten als In-

formationsobjekte und orientiert sich an drei Hauptkriterien, die aus archiverischer Sicht den Erhalt eben dieser Informationsobjekte gewährleisten: die Sicherstellung der Authentizität, der Integrität und der Lesbarkeit. Die Authentizität digitaler Objekte bezieht sich auf ihre nachweisbare Herkunft, also auf die Übereinstimmung mit der angegebenen Quelle und dem angegebenen Ersteller. Integer sind Informationen dagegen, wenn sie unverfälscht sind. Hinzu kommt angesichts der Kurzlebigkeit digitaler Formate die Schwierigkeit, Daten auf lange Zeit lesbar zu erhalten.

Mit diesen drei Prüfkriterien möchte man also sicherstellen, dass keine falschen Quellen ins Archiv übernommen werden und dass darüber hinaus im Zuge der technischen Bearbeitung im Archiv keine Veränderungen an den Daten passieren. Zudem muss man die archivierten Daten im digitalen Magazin vor Manipulation bewahren.

Das Gros der Übernahmen staatlicher Archive stammt aus öffentlichen Einrichtungen, Behörden und Institutio-

nen. Verwaltungen erfüllen ihre Pflicht zur transparenten und nachvollziehbaren Arbeit, indem sie Akten führen und auch in den Dateimetadaten festhalten, wie die Bearbeitung erfolgt. Somit kann man davon ausgehen oder es sogar im gegebenen Fall nachvollziehen, dass der Datenproduzent mit der abgebenden Stelle identisch und damit die Authentizität gegeben ist. Im Übernahmeprozess geht es in erster Linie also darum, die Integrität und Lesbarkeit der Daten sicherzustellen. Maßnahmen beginnen bereits beim sicheren Datentransfer von der abgebenden Stelle ins Archiv. Das Hessische Landesarchiv hat hierfür ein Werkzeug, den sogenannten „Übergabeassistenten“, entwickelt. Dieser wird in der Regel bei der Übergabe und beim Kopieren von Daten genutzt, um später Vollständigkeit, Struktur, Inhalt und Unversehrtheit der Dateien zu dokumentieren und prüfen zu können. Bei der Übernahme von technisch komplexeren Daten, wie Fachverfahren und eAkten, ist hingegen sogar eine noch frühere Einbindung von Archiven erforderlich – bestenfalls bereits bei der Einführung und Entwicklung technischer Verfahren. So können Anforderungen an Schnittstellen gemeinsam definiert werden, um Sicherheitslücken und technische Risiken für die Daten auf ihrem Weg ins Archiv zu minimieren.

Ist die Übergabe erfolgt, sichert das Ingestprozessmodul als zentrales Eingangsbearbeitungsinstrument zur Steuerung und Verwaltung von Übernahmen digitaler Objekte aller Art die Primärdateien.

Bevor die Daten im digitalen Magazinraum, dem digitalen Langzeitarchiv, aufbewahrt werden, stehen einige Bearbeitungsschritte an. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass digitale Zugänge, genau wie analoge, erschlossen und in ein archivfähiges Format überführt werden müssen. In

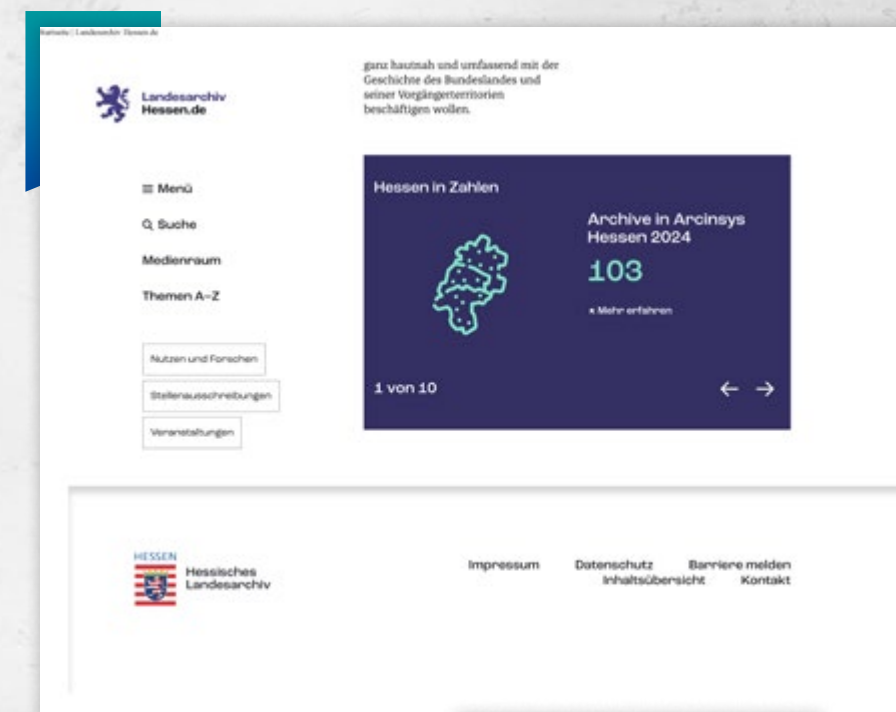


Abb. 1: Bild einer gespeicherten Webseite
im PDF-Format: www.landesarchiv.hessen.de

beiden Fällen werden Veränderungen an den Archivalien vorgenommen: Papier wird aus Aktenordnern in Archivmappen eingebettet, digitale Unterlagen werden gegebenenfalls in ein Dateiformat überführt, das für die Langzeitarchivierung geeignet ist. Nur so kann die Lesbarkeit der Daten dauerhaft gewährleistet werden. Die Veränderungen durch die Migration können gerade in der Darstellungsform gravierend sein, obwohl die Inhalte erhalten bleiben.

Abb. 2: Karl der Große liest die Archivnachrichten aus Hessen, generiert mit ChatGPT



Man verzichtet dann auf den Erhalt des „Look and Feel“ und gibt dem Erhalt der Informationen den Vorrang. Die Archivierung erfolgt parallel zusätzlich im Ursprungsformat, um der Anforderung der Integrität in jedem Fall auf lange Sicht Rechnung zu tragen.

Durch klar strukturierte Prozesse, die durch automatisiert gesteuerte Systeme unterstützt werden, kann es zu keinen Veränderungen – sei es eine Umbenennung der Dateinamen oder inhaltliche Veränderungen der Strukturen oder der Dokumente – an den Dateiobjekten kommen. Alle Eingriffe, die bei Bedarf erfolgen müssen, werden dokumentiert.

Ist digitales Archivgut in den digitalen Magazinen angekommen, bleibt die Sicherstellung von Authentizität, Integrität und Lesbarkeit als Daueraufgabe erhalten. Naturgegebene Risiken für digitale Daten sind hierbei genauso zu bedenken wie kriminelle Angriffe von außen oder innen. Umfangreiche IT-Sicherheitskonzepte sind daher die Regel. Redundante Speicherung an mehreren, voneinander unabhängigen Stellen ist eine der Kernmaßnahmen gegen solche Taten. Regelmäßige Backups und stets aktu-

alisierte Abwehrtechniken gegen Fremdzugriffe kommen zwingend dazu. Durch ein funktionales Berechtigungssystem haben die Mitarbeitenden nur Zugriff auf die Daten, die sie tatsächlich bearbeiten müssen. Wer welchen Schritt wann tätigt, wird durch die eingesetzten Tools und ein Workflowmanagementsystem dokumentiert (vgl. Archivnachrichten 23/2, S. 88–92). Durch dieses hohe Maß an Transparenz sind gewollte wie ungewollte Veränderungen der Daten jederzeit nachvollziehbar. Nicht zuletzt gilt bei besonders sensiblen Arbeitsschritten, wie einer möglichen Löschung, das Vieraugenprinzip.

Eine absolute Sicherheit kann es jedoch nicht geben. Die Online-Bereitstellung von Archivalien in digitaler Form macht es jedermann leicht, Unterlagen, Schriftstücke, Fotos oder auch audiovisuelle Medien mit passenden Bearbeitungstools und künstlicher Intelligenz zu verändern und sie weltweit zu verbreiten. Ein Nachweis, dass es sich bei solchen Deepfakes um Fälschungen handelt, ist technisch kaum möglich. Genau deshalb behalten Archive im digitalen Zeitalter ihre besondere Rolle: Die Konfrontation mit dem ursprünglichen digitalen Archivalien schafft Klarheit bezüglich des authentischen und integren Zustands des Dokuments.

Die digitalen Langzeitarchive stellen hohe Anforderungen an technische, inhaltliche und organisatorische Verlässlichkeit. Der Kooperationsverbund „nestor“, ein Verein, der sich mit dem Thema „Digitale Langzeitarchivierung“ beschäftigt, hat ein Verfahren der erweiterten Selbstevaluierung für digitale Langzeitarchive auf der Grundlage der DIN-Norm 31644

(Information und Dokumentation – Kriterien für vertrauenswürdige digitale Langzeitarchive) entwickelt. Dieses bietet digitalen Langzeitarchiven eine abgestimmte und praxismgerechte Möglichkeit zu prüfen, ob sie gemäß den „Kriterien für vertrauenswürdige digitale Langzeitarchive“ vertrauenswürdig sind.

Wachsamkeit in und gegenüber den digitalen Entwicklungen in der Welt der Informationsflut ist und bleibt für die Archive daher wichtig, um rechtzeitig Vorkehrungen gegen alle möglichen Bedrohungsszenarien zu treffen. Denn Archive wollen auch in Zukunft historische Quellen bewahren und dabei verlässliche Orte der Rechtssicherung bleiben und das Vertrauen der Gesellschaft zu Recht genießen.

Nicole Röck-Knüttel
Hessisches Landesarchiv

Literatur:

Keitel, Christian: Authentische Archive: Wunsch und Wirklichkeit, in: Verlässlich, Richtig, Echt. Demokratie braucht Archive, 88. Deutscher Archivtag 2018 in Rostock, Tagungsdokumentationen zum deutschen Archivtag, hrsg. vom VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V., Fulda 2019, Band 23, S. 123–131.

Keitel, Christian: Zugänglichkeit contra Sicherheit? Digitale Archivalien zwischen Offline-Speicherung und Online-Benutzung, Vortrag auf Elektronisches Archivgut – Metadaten, Fachverfahren, Publikationen, 6. Tagung des Arbeitskreises „Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen“ am 5./6. März 2002, unter: https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/Zugaenglichkeit_contra_Sicherheit.pdf.

Gillner, Bastian/Schmidt, Christoph: Arbeitskultur und Kommunikation. Ein Kommentar zu den aktuellen Herausforderungen archivischer Vorfelddarbeit, in: Archivar. Zeitschrift für Archivwesen, 73/3 (2020), S. 193–197.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: © Hessisches Landesarchiv

Abb. 2: © Maria Kobold, Hessisches Landesarchiv, persönliche Kommunikation mit ChatGPT (22.08.2025)

Fake History? Eine Geschichte der Möglichkeiten mit Mikrogeschichte und Künstlicher Intelligenz

Geschichte besteht immer aus Rekonstruktionen, die nie eine „absolute Wahrheit“ abbilden können. Wie lässt sich Geschichte vermitteln und zugleich ihre Unsicherheit und Mehrdeutigkeit zeigen? Das digitale Storytelling-Projekt „LAUTseit1525“ versucht genau das - mit Methoden der Mikrogeschichte und moderner KI-Technologie.

2024/25 jährte sich der Bauernkrieg zum 500. Mal. Diesem Anlass widmete sich die Große Landesausstellung „500 Jahre Bauernkrieg“ des Landesmuseums Württemberg (LMW). Um vielfältige Zugänge zu diesem historischen Ereignis zu schaffen, verband das LMW in mehreren Teilprojekten verschiedene Ausstellungs- und Vermittlungsformate. Dabei traten auch historische Figuren auf, die per generativer KI visualisiert wurden – so auch im digitalen Storytelling-Projekt *LAUTseit1525*. Hier erzählen zehn Persönlichkeiten ihre persönliche Sicht auf die Ereignisse vor 500 Jahren. Im Mittelpunkt steht Magdalena Scherer, eine aufrührerische Stuttgarterin, mit eigenem Instagram-Kanal (@Magda_lautseit1525). Neun weitere Figuren, die gemeinsam mit acht anderen Kulturinstitutionen entwickelt wurden,¹ übernahmen in Takeovers die Instagramkanäle von @Magda_lautseit1525 und den Partnerinstitutionen. Der zweite Kernbestandteil des Projekts ist der Wissens-Account @Lautseit1525: Er vermittelt histori-

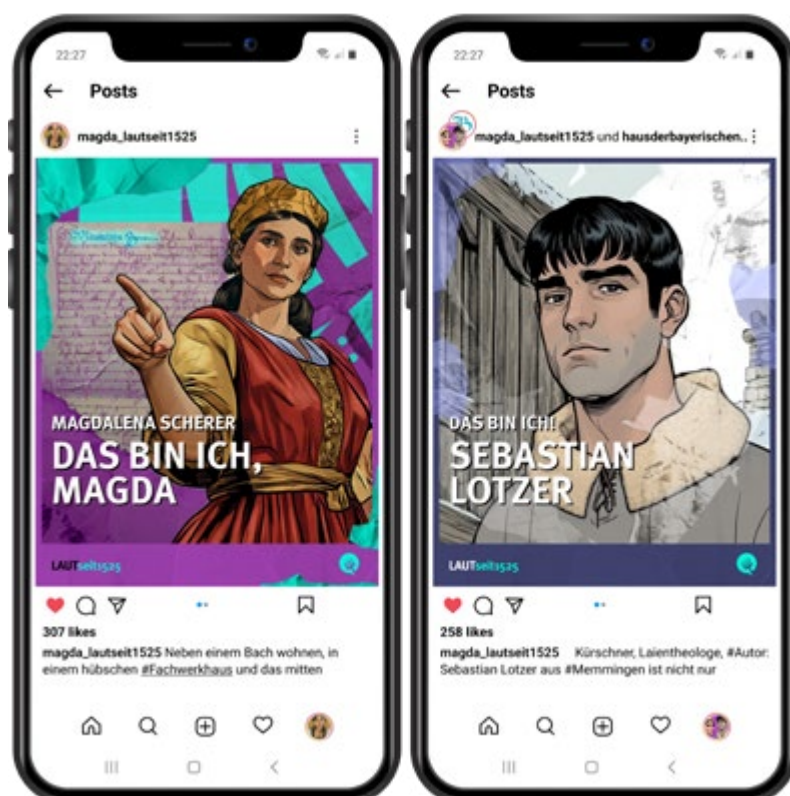


Abb. 1: Magdalena Scherer Einführungspost (Instagram, @Magda_lautseit1525, 1. September 2024) und Einführungspost der Figur Sebastian Lotzer als Takeover mit dem Bayerischen Haus der Geschichte

schen Kontext, präsentiert Quellen und Objekte, lässt Sachkundige zu Wort kommen und hinterfragt die KI-Bildwelten des Storytelling-Accounts. Beide Kanäle legten den Fokus auf weniger gut dokumentierte Perspektiven. Die zentrale Frage war: Wie lassen sich diese Geschichten auf Social Media erzählen, ohne Geschichte zu verfälschen?

Mikrogeschichte als geschichtswissenschaftlicher Werkzeugkasten

Die Konzeption der Bauernkriegsfiguren bewegt sich zwischen Fakten und historischer Fiktion, Spekulation und Interpretation. Fiktional sind vor allem jene Teile der Handlung, die sich auf Figuren beziehen, von denen kaum persönliche Zeugnisse überliefert sind – etwa marginalisierte oder nicht-männliche Perspektiven. Zur Annäherung an diese Geschichten dient die Mikrogeschichte als methodischer Werkzeugkasten: Sie eröffnet eine Möglichkeit, mit den durch eine fragmentarische Überlieferung bedingten historischen Ungewissheiten umzugehen. Charakteristisch für sie ist ein enger Fokus auf ein Ereignis oder eine einzelne Person. Die Figuren beruhen daher auf realen Quellen, mikrohistorischer Annäherung und fundierter Plausibilität.

Die Hauptprotagonistin Magdalena Scherer ist lediglich durch eine einzige Quelle überliefert, die unter Zwang entstand. Hierbei handelt es sich um eine Urfehde, die urkundliche Beilegung eines Strafprozesses. Aus dieser geht nicht viel mehr hervor als ihr Name sowie der ihres Ehemanns, welche Delikte ihr im Zusammenhang mit dem Bauernkrieg vorgeworfen wurden, welche Strafen sie erhielt und welche Auflagen sie für ihre Freilassung zu erfüllen hatte. Aber wer war diese Frau, wie sah sie aus, wie fühlte sie sich und was gab ihr Anlass, sich

am Bauernkrieg zu beteiligen? Auf viele dieser Fragen gibt es schlicht keine Antworten. Einige Hinweise erlauben aber plausible Rekonstruktionen ihrer Lebenswelt. Diese können jedoch keine absolute Sicherheit bieten, da die meisten Informationen durch eine lückenhafte Überlieferung verloren gegangen sind. Dennoch ist es wichtig, Geschichten marginalisierter und ungewöhnlicher Stimmen – wie das Schicksal Magdalenas – einzubeziehen, da ihr Fehlen die historische Darstellung verzerren würde.

Die Mikrogeschichte bietet hierfür einen wertvollen methodischen Ansatz: Bei der Untersuchung einzelner, kaum dokumentierter Personen ist es nicht ihr Ziel, das Leben dieser Menschen mit absoluter Gewissheit darzustellen, sondern anhand von Indizien, vergleichbaren Fällen, ähnlichen Quellen und Forschungserkenntnissen eine historisch plausible Geschichte zu erzählen. Dabei akzeptiert die Mikrogeschichte bewusst ein höheres Maß an Unsicherheit bei der Darstellung der Vergangenheit.² Im Gegensatz zur historistischen Devise von Leopold von Ranke (1795–1886), die fordert, die Geschichte solle zeigen, „wie es eigentlich gewesen sei“³, versteht sich die mikrohistorische Methode als Konstruktion von Möglichkeitsräumen. Sie möchte erzählen, wie es möglicherweise gewesen sein könnte. So wurde Magdalena Scherer in unserem Storytelling bspw. an Orte geschickt, die in der Urfehde genannt werden und deren Besuch ihr als Auflage in der Urfehde verboten wurde. Diese Orte wurden offenbar von der bestrafenden Obrigkeit mit Magdalenas Agitation verbunden; was dort genau geschah, ist ungewiss und lässt sich nur über Plausibilitäten erzählen. Magdalenas Geschichte basiert somit auf wenigen Fakten, vielen begründeten Annahmen und notwendigerweise auf einem gewissen Maß an Fiktion.

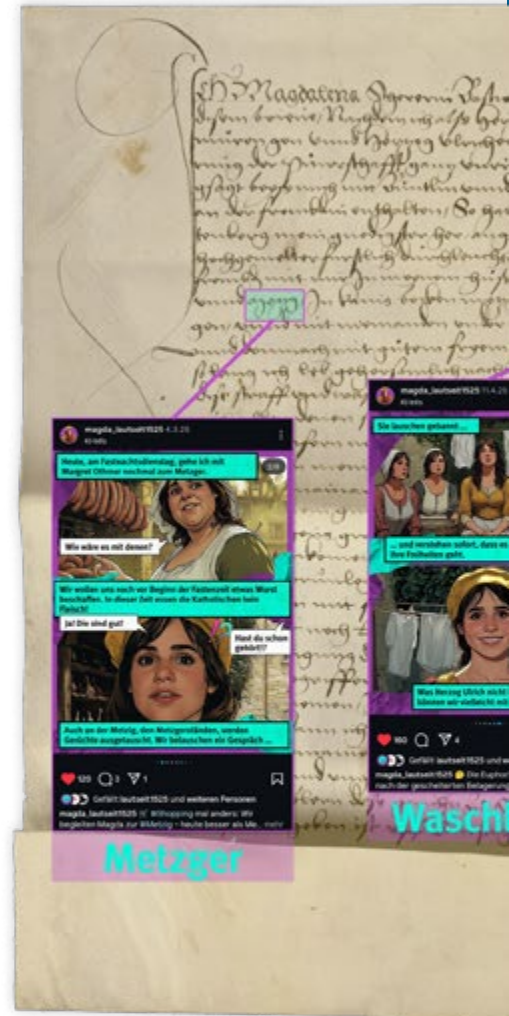




Abb. 2: Urfehde der Magdalena Scherer 1526
 mit den entsprechenden Storytelling-Posts
 auf @Magda_lautseit1525 zu den erwähnten Orten

Künstliche Intelligenz in der Vermittlung

Die an die Mikrogeschichte angelehnten Erzählungen fanden ihren visuellen Ausdruck in KI-generierten Bildern im Stil einer Graphic Novel. Diese Form der Darstellung – sowohl die stilisierten Bilder als auch der KI-Einsatz an sich – markierte auch optisch das fiktionale Moment im Storytelling. Somit sollte deutlich werden, dass es sich um eine „Geschichte der Möglichkeiten“ handelt. Die KI-Bilder verstanden wir dabei in verschiedener Hinsicht als Metapher für Vergangenheitsrekonstruktionen und konkret für die Annäherung an die historischen Figuren:

1. Interpretation: Bildgenerierende Large Language Models produzieren auf Grundlage ihrer Trainingsdaten neue Bilder, die somit eine Interpretation dieser Daten darstellen. Ähnlich verhält es sich bei den im Projekt entwickelten Figuren, die auf oft nur wenigen überlieferten Quellen basieren

und daher nur Annäherungen an die Wirklichkeit sein können. Beide, die KI-generierten Bilder wie die Figuren, beruhen auf ihrem jeweiligen Ausgangsmaterial und bleiben dabei interpretativ.

2. Latente Möglichkeiten: Die zwei zentralen Annäherungs-Methoden von LAUTseit1525 – Mikrogeschichte und KI – basieren beide auf einem umfassenden „Datenraum“: Für die Mikrogeschichte sind es historische Quellen, für die KI sind es Bilddaten aus dem Training. So kann man den „latenten Raum“ der KI als Gegenstück zu den „latenten Möglichkeiten“ der Mikrogeschichte verstehen.⁴

3. Mehrdeutigkeit: Der KI-Bildgenerator erzeugt auf einen einzelnen Befehl hin unterschiedliche Bildvarianten. Diese Vielfalt spiegelt die oft mehrdeutige und fragmentarische Quellenlage wider, die auch die mikrogeschichtliche Annäherung an die Vergangenheit auszeichnet und einen vielfältigen Möglichkeitsraum eröffnet.

4. Bias: Genau wie historische Quellen von den Perspektiven ihrer Entstehungszeit geprägt sind, werden auch die Daten, mit denen KI-Modelle trainiert werden, von heutigen gesellschaftlichen Voreingenommenheiten (Bias) beeinflusst. Die Auseinandersetzung mit diesem Bias bietet eine Chance, kritisches Denken zu fördern und damit historische Medienkompetenz zu stärken.

Durch den Einsatz einer bildgenerierenden KI sollte somit der kritische Umgang mit Medien gefördert werden. So wird in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Medienkritik im Sinne einer Digital Literacy in Bezug auf KI-generierte Inhalte rege diskutiert und angemahnt. Gleichzeitig ist diese Problematik nicht neu und nicht allein durch KI entstanden: Fake News und manipulierte Geschichtsdarstellungen gab es bereits lange vorher.⁵ Im Projekt LAUTseit1525 verstehen wir KI als ein Brennglas für bestehende Herausforderungen im Umgang mit Medien. Durch den gezielten Einsatz von KI-Bildern wollten wir die notwendige Skepsis gegenüber neuen

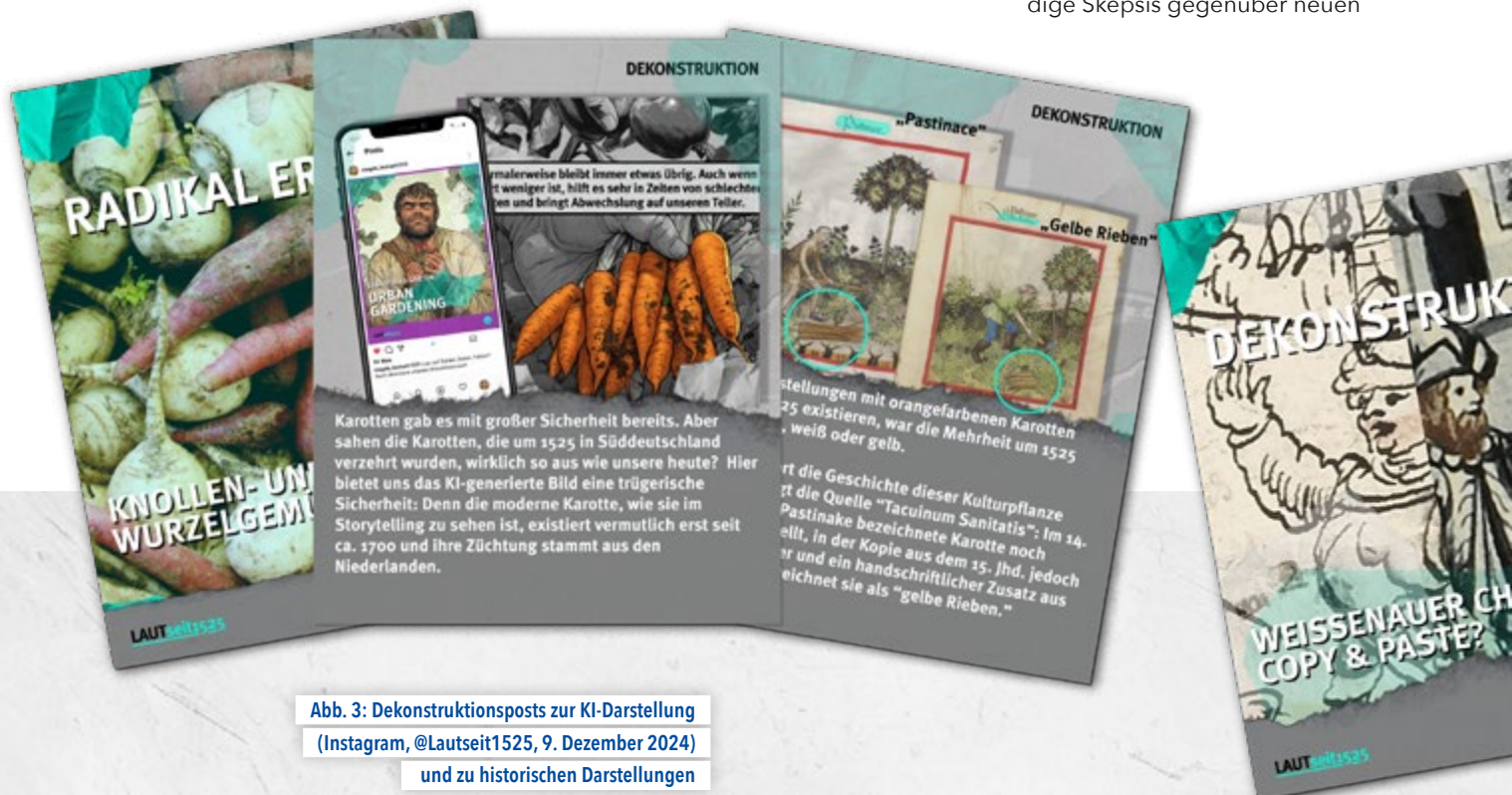


Abb. 3: Dekonstruktionsposts zur KI-Darstellung
(Instagram, @Lautseit1525, 9. Dezember 2024)
und zu historischen Darstellungen

Technologien nutzen, um den konstruierten Charakter von Geschichtserzählungen aufzuzeigen und so das Bewusstsein für den reflektierten Umgang mit Quellen – sowohl aus der Vergangenheit als auch der Gegenwart – zu stärken.⁶

Hierfür verwies der Storytelling-Account @Magda_lautseit1525 in jedem Post auch auf entsprechende Posts auf dem Wissens-Account @Lautseit1525, der den historischen Kontext zum Gezeigten lieferte, die angesprochenen Themen einordnete und die dazugehörigen Quellen vorstellte. Auch dieser Account bot einen multiperspektivischen Zugang zum Thema Geschichtsdarstellung: So kamen hier auch Akteurinnen und Akteure der Living-History- und Reenactment-Communities zu Wort und brachten ihre Expertisen mit ein. Neben den kontextgebenden Beiträgen gab es eine eigene Dekonstruktionsreihe, in der spezifische Aspekte der KI-generierten Bilder im Storytelling kritisch analysiert und eingeordnet wurden. Dabei stand nicht nur das Aufzeigen von Fehlern im

Fokus, sondern auch die kritische Auseinandersetzung mit verbreiteten Vorstellungen, um gängige Erzählmuster zu hinterfragen und aufzubrechen.

Durch diese Vorgehensweise sollte ein Impuls gegeben werden, über Vergangenheit nachzudenken und Dargestelltes zu hinterfragen. Statt eine „Vergegenwärtigung der vollen Wahrheit“⁷ zu reklamieren, unternahm das Projekt LAUTseit1525 folglich einen Versuch, Dekonstruktionskompetenzen insbesondere im digitalen Raum zu fördern. Die Nutzung einer bildgenerierenden KI war damit Werkzeug und Metapher zugleich.

Vivien Schiefer und Ato Schweizer Landesmuseum Württemberg



¹ Hierzu zählten u. a. das Hauptstaatsarchiv Stuttgart, die Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg, das Haus der Bayerischen Geschichte, das Museum für Franken, das Museumsdorf Kürnbach, das Deutsche Bauernkriegsmuseum Böblingen und die Burgenstraße.

² Deutlich formulierte das Natalie Zemon Davis, die ihre mikrohistorische Vorgehensweise wie folgt beschrieb: „Meine Strategie besteht darin, mit Personen, Örtlichkeiten und Texten zu beginnen, von denen man mit einiger Sicherheit annehmen kann, dass er [Leo Africanus] sie kannte, und aus zusätzlichen Quellen zu erschließen, was er wahrscheinlich gesehen, gehört, gelesen oder getan hat [...]“ Davis, Natalie Zemon: Leo Africanus. Ein Reisender zwischen Orient und Okzident, Berlin 2008, S. 16.

³ Ranke, Leopold von: Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514, Leipzig 1885, S. VII.

⁴ Vgl. zur Mikrogeschichte Ginzburg, Carlo: Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers des 16. Jahrhunderts, Berlin 5. Aufl. 2023, S. 16.

⁵ Vgl. auch Bernhardt, Markus: Neue Medien – alte Fehler. Zum sorglosen Umgang mit Bildquellen in geschichtskulturellen Produkten – ein geschichtsdidaktischer Einwurf, in: Britsche, Frank/Greven, Lukas (Hrsg.): Visual History und Geschichtsdidaktik. (Interdisziplinäre) Impulse und Anregungen für Praxis und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 2023, S. 54–68.

⁶ Um diese Sensibilisierung zu erreichen, wurden die KI-generierten Bilder mehrfach als solche gekennzeichnet, bspw. durch die Instagram-Kennzeichnung „KI-Info“. Zudem wurde in jedem Beitrag in der Caption sowie im letzten Slide auf die KI-Nutzung hingewiesen, ebenso in der allgemeinen Beschreibung (Bio) des Storytelling-Accounts. Die Vorgehensweise des Projekts wurde in zwei Postings erklärt, zudem bot die flankierende Website (lautseit1525.de) weitere Informationen zu den Projekthintergründen und der KI-Nutzung.

⁷ Ranke, Leopold von: Englische Geschichte, vornehmlich im Siebzehnten Jahrhundert (Bd. 8), Leipzig 2. Aufl. 1872, S. 114.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Instagram, @Magda_lautseit1525/@HausderbayerischenGeschichte. 10. Februar 2025 © Landesmuseum Württemberg/LAUTseit1525, KI-generiert mit Midjourney, KI-Bild 2024/2025 (Public Domain Mark 1.0)

Abb. 2: © Quelle: HStAS Best. A44, Nr. U4322 (Public Domain Mark 1.0); © Posts: Landesmuseum Württemberg/LAUTseit1525, KI-generiert mit Midjourney, KI-Bild 2024/2025 (Public Domain Mark 1.0)

Abb. 3: Instagram, @Lautseit1525, 22. Mai 2025 © Landesmuseum Württemberg/LAUTseit1525 (CC BY 4.0)

Wenn einer eine Reise tut ...

... dann benötigt er meist ein Ausweisdokument, oft in Form eines Reisepasses. Das war auch schon in früheren Zeiten so, und die Beschäftigung mit derartigen Dokumenten belegt eine besondere Mobilitäts- und Herrschaftsgeschichte.

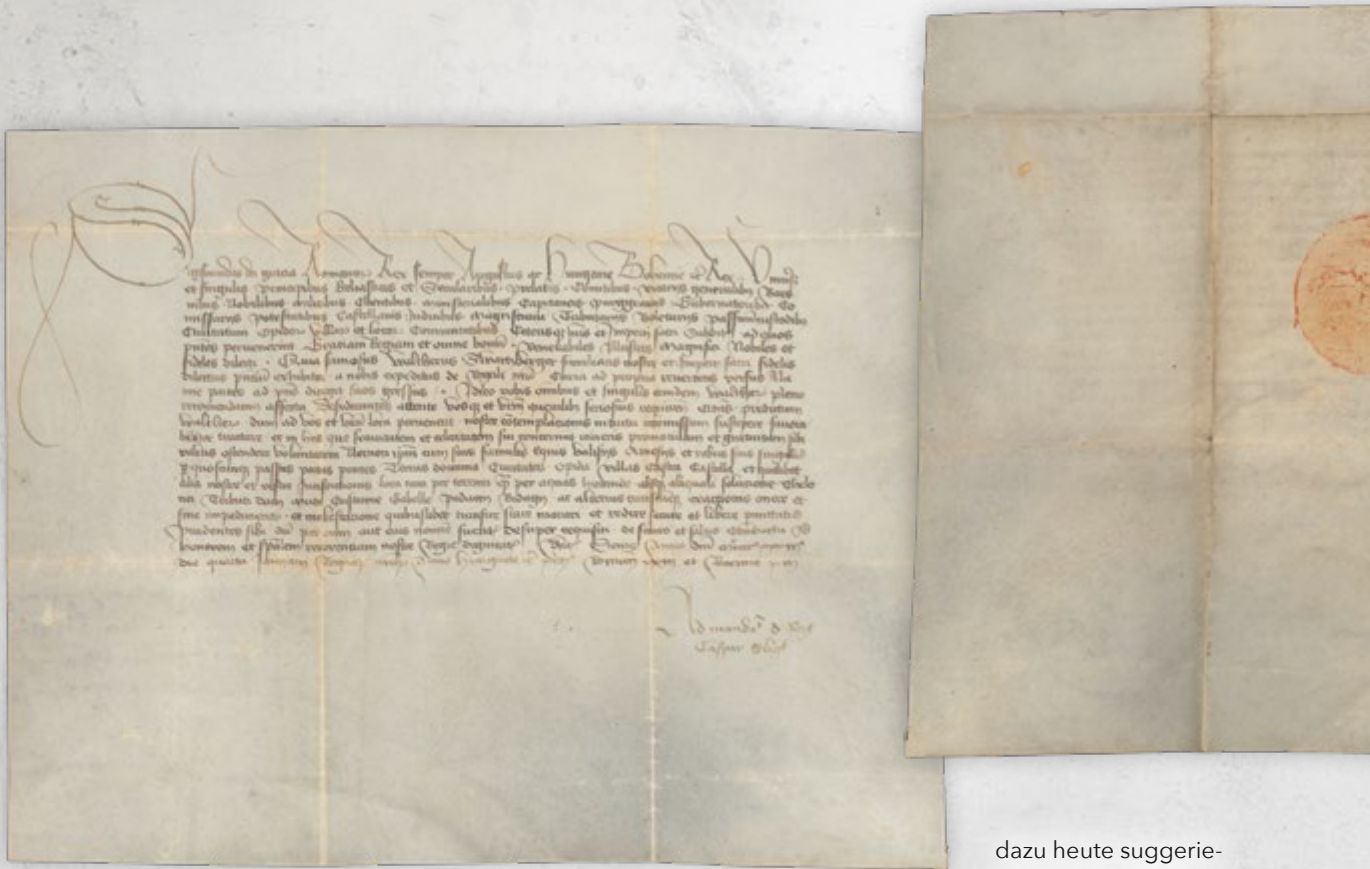
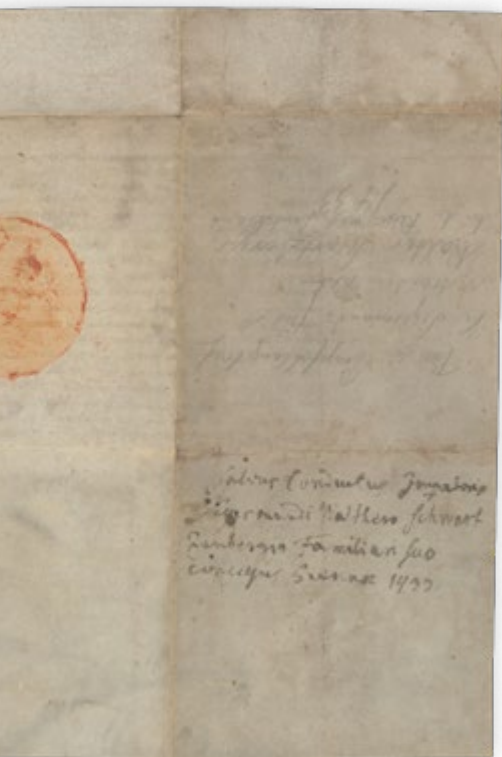


Abb. 1a und 1b: König Sigismund stellt seinem vertrauten Rat Walter von Schwarzenberg für die Reise nach Deutschland Pass und Empfehlungsschreiben aus

Während die Reisen innerhalb Europas, und hier vor allem im sogenannten Schengen-Raum, heute ohne große Kontrollen an den Landesgrenzen komfortabel durchgeführt werden können, war dies in historischen Zeiten nicht so vorgesehen. Auch wenn die Menschen früher oft mobiler waren, als die Vorstellungen

dazu heute suggerieren, war das Reisen über die heimische Territorialgrenze hinweg auch mit dem Nachweis der Legalität und Identität verbunden. Tatsächlich gibt es derartige Dokumente schon seit der Antike, und so leitet sich der Begriff „Reisepass“ vom lateinischstämmigen „passare“ für „durchgehen“, also „passieren“, ab. Das französische Wort „Passeport“ zeigt diesen Ursprung

noch deutlicher an, da es darum geht, Einlass zu erhalten und damit Tore und Pforten durchschreiten zu dürfen. Kein Wunder also, dass sich in den Beständen des Hessischen Staatsarchivs Marburg, so wie in anderen staatlichen Archiven, eine Anzahl von Anträgen von Reisepässen und auch bisweilen die ausgestellten Dokumente, die eigentlich die Reisenden mit sich führten und somit behielten, finden.



Ein recht früher Reisepass findet sich in der Urkundenabteilung des Staatsarchivs Marburg unter der Signatur HStAM, Urk. 96, Nr. 1546.

Am 4. Januar 1433 stellte Kaiser Sigismund (1368–1437) bzw. sein Sekretär Caspar Stigt seinem vertrauten Rat Walter von Schwarzenberg (1378–1459) einen Pass aus, der ihm das ungehinderte Reisen im Reichsgebiet gewährleisten sollte, das durch eine

Empfehlung des Kaisers betont wurde. Der noch einer Urkunde ähnelnde Pass ist von Interesse, da er nicht aus dem eigentlichen Kontext des Marburger Sprengels stammte, aber durchaus historisch relevant war. Walter von Schwarzenberg war ursprünglich ein Friedberger Bürger, der aber über seine Heirat mit der Frankfurter Ratstochter Katharina Weiss († 1446) in die Mainmetropole zog und dort ein recht einflussreicher Politiker und Diplomat wurde. Auf seinen seit 1417 belegten über 200 Reisen konnte er die Interessen der Stadt Frankfurt geschickt gegenüber Sigismund vertreten und die Position der Freien Reichsstadt stärken. Der im Mai 1433 zum Kaiser gekrönte Sigismund erkannte Walter von Schwarzenbergs diplomatisches Potenzial, weswegen er ihn auch 1425 in den Adelsstand erhob. Der Reisepass für Schwarzenberg wurde in Siena ausgestellt, wo sich Sigismund in Belagerung durch Florentiner Truppen von Juli 1432 bis Mai 1433 befand. Es war also ein heikler Moment auf dem Italienfeldzug König Sigismunds, der seine Beziehungen zum Papst verbessern wollte und schließlich mit der Kaiserkrönung belohnt wurde. So verbirgt sich hinter dem Pass für Schwarzenberg, der im Reich für Sigismund werben sollte, mehr als nur eine Passage-Bescheinigung, nämlich eine Momentaufnahme historisch spannender Entwicklungen.

Ein weiteres Passage-Dokument findet sich aus dem Jahr 1667 in der Staatenabteilung des Hessischen Staatsarchivs Marburg. Im Bestand HStAM, 4 f Staaten D, Nr. Dänemark 110 ist ein Pass für den hessen-kasselischen Rat Caspar Friedrich von Dalwig (1619–1675) überliefert, den ihm Kronprinz Christian von Dänemark (1646–1699, König ab 1671) ausgestellt hatte. Von Dalwig hielt sich als Rat in Kopenhagen auf, und für seine Fortbewegung innerhalb der dänischen Grenzen wurde ihm dieses Dokument für die

„passagen“ übergeben. Zwar enthält dieser Ausweis bereits den Namen des Reisenden und auch ein Siegel sowie die Unterschrift des Ausstellers, aber weitere Daten, die heutige Reisedokumente enthalten, wie Geburtsdatum, Identifikations-Merkmale wie Körpergröße und Augenfarbe oder gar ein Bild, sind hier nicht zu finden. Noch beim Pass, den der französische Gesandte am Kasseler Hof, Charles Olivier de Saint-Georges Marquis de Verac (1743–1828), dem Kasseler Kaufmann Joseph Dubuy im Februar 1774 mit einer Gültigkeit von einem Monat ausfertigte, findet sich vor allem die Autorität des Ausstellers, indem das königliche Wappen und das des Marquis de Verac deutlich sichtbar auf dem Pass zu sehen sind (HStAM, Urk. 127, Nr. 757). Keine zehn Jahre später stellte Landgraf Adolf von Hessen-Philippsthal-Barchfeld (1743–1803) im Jahr 1781 einen Pass für den aus Rotenburg auf der Tauber stammenden Hof-Gärtner Johann Conrad Döllinger aus, der eine Personenbeschreibung enthielt: „[...] seines Alters 24 Jahr, mittlerer Statur und blonden Haaren“. Zudem wurde neben dem Zweck der Reise, der Rückkehr in den Dienst als Hofgärtner beim Grafen von Dohna zu Schlobitten, die Reiseroute genannt, für die das Dokument als Passage-Erlaubnis dienen sollte: über Leipzig, Torgau, Frankfurt an der Oder, Küstrin, Landsberg an der Warthe (heute Gorzów Wielkopolski in Polen) ging es über Driesen (Drezdenko), Nackel (Nakło), Filehne (Wielen), Bromberg (Bydgoszcz) und Graudentz (Grudziądz) nach Riesenburg, dem heutigen Prabuty, und Preußisch Holland schließlich nach Schlobitten (Słobity) in Ostpreußen.

Der nur drei Jahre später von Ludwig XVI. (1754–1793) ausgestellte Passierschein für Johann Konrad Kolbe, den er für die Rückreise aus Frankreich ins Reich benötigte, gleicht im Erschei-

nungsbild dem des französischen Gesandten de Verac, weist aber deutliche Gebrauchsspuren auf. Dieser Passierschein kam mit dem Nachlass des Kasseler Generalsuperintendenten Wilhelm Kolbe in den Bestand des Hessischen Staatsarchivs Marburg.

Wiederum ein Beleg für die bewegte Geschichte Hessens lässt sich in der Akte HStAM, Best. 266 Marburg, Nr. 19 finden. Diese gehört als Anlage-Faszikel zum Prozess gegen Dr. Heinrich Scheffer (1808–1846) aus Kirchhain, der wegen Hochverrats im Umfeld von Sylvester Jordan (1792–1861) angeklagt war. Er wurde auch zu Festungshaft verurteilt und nahm sich nach drei Jahren in der Haft 1846 das Leben. Der aus Kirchhain stammende Scheffer hatte in Marburg Jura studiert, war als glühender Philhellene (Freund des Griechentums) 1827 im griechischen Freiheitskampf und reiste nach seiner Promotion in Jena durch Europa bis nach Konstantinopel. Die Eindrücke von seinen Reisen verarbeitete er 1834 zurück in der Heimat, wo er Bürgermeister von Kirchhain wurde, in den *Wanderjahren*, die insbesondere Südosteuropa anschaulich behandeln. Die in der Akte vorliegenden Reisepässe beeindrucken durch die Vielzahl der Ortsstempel und belegen seine Reisen: Frankfurt, Paris, Straßburg, Stuttgart und Basel. Der 1829 in Konstantinopel ausgestellte Pass belegt die Reisen in Südosteuropa, u. a. nach Bukarest und Hermannstadt (heute Sibiu).

Mit steigender Bürokratisierung und Mobilität auch einfacherer Leute finden sich auch andere Dokumente, die auf Reisen verweisen. In einer entsprechenden Akte des Landratsamtes Kassel gibt es Vorgänge zur Erteilung von sogenannten Heimatscheinen und Reisepässen (HStAM, Best. 180 Kassel, Nr. 2112). Tapezierer Heinrich Seebach wurde 1867 ein Heimatschein ausgestellt, der bestätigt, dass

er ein Ortsbürger von Kassel war. Da er nach München reisen wollte, um sich zu verheiraten, war es wichtig, dass er bei seiner Rückkehr in die Heimat nachweisen konnte, dass er ein Bürger der Stadt und des Landes war. Daher wurde explizit auf dem Heimatschein vermerkt: „derselbe dient nur zum Gebrauch im Inlande und keinesfalls als Reise-Legitimation im Auslande“, wobei das Inland zu dieser Zeit auf das Gebiet des Norddeutschen Bundes beschränkt war. Ein „richtiger“ Reisepass findet sich aber auch in dieser Akte: Das Baseler Aufenthalts-Büro hatte 1880 den nach einem Jahr abgelaufenen Reisepass des Schlossers Georg Diegel aus Bettenhausen nach Kassel zurückgesandt mit der Bitte, einen Heimatschein für Diegel auszustellen und für ihn nach Basel zu senden. Dem wurde von den Kasseler Behörden stattgegeben und die Ausstellung inklusive Versand an das Schweizer Büro veranlasst. Aus diesem Grund findet sich der Reisepass, der bemerkenswerterweise schon den aktuellen deutschen Reisepässen von der äußerlichen Farbigkeit her ähnelt, in der Akte, während sonst abgelaufene Ausweisdokumente in der Regel nicht den Weg in die Archive finden; es wäre einfach eine schier unüberschaubare Menge an Dokumenten, die aufzubewahren wären. Auch hier gibt es eine Personenbeschreibung sowie den Nachweis der Gebühr: insgesamt 75 Pfennig, davon 50 für den Stempel und 25 als reine Bearbeitungsgebühr. Zum Vergleich: Für einen Hausbesuch erhielt im Jahr 1875 ein Arzt in Hameln 75 Pfennig oder eine Mark. Aktuell muss für einen deutschen Reisepass eine Gebühr von 75,- € Euro gezahlt werden, wobei hier ein biometrisches Foto geliefert werden muss und der Reisepass maschinenlesbar ist.

So zeigt sich, dass das Bedürfnis von Reisenden nach einem möglichst problemlosen Grenzübertritt

von dem einen in den anderen Staat schon lange eines war, dem die Behörden gerecht wurden. Während diese Dokumente zunächst nur von höchsten Instanzen der Obrigkeit ausgestellt wurden und auch oft für bedeutendere Personen wie Diplomaten, Kaufleute und Gelehrte, wuchs spätestens seit dem 19. Jahrhundert auch für Handwerker und einfachere Menschen die Notwendigkeit, bei einem warum auch immer bedingten mobilen Leben den Nachweis einer Zugehörigkeit zum Heimmaterterritorium zu haben. Die ab dem 19. Jahrhundert ersuchte Entlassung aus dem Untertanenverband zwecks Auswanderung, also die dauerhafte Niederlassung in einem anderen Staat, gehört in einen anderen Kontext, soll jedoch nicht unerwähnt bleiben.

Eva Bender Hessisches Staatsarchiv Marburg

Abbildungsnachweise:

Abb. 1a und 1b: HStAM, Urk. 96, Nr. 1546

Abb. 2a und 2b: HStAM, Best. 266 Marburg, Nr. 19



Abb. 2a und 2b: Verschiedene Passdokumente und die darauf befindlichen Ortsstempel belegen die weiten Reisen von Dr. Heinrich Scheffer im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts



175 Jahre im Dienst der Nächstenliebe – Der neue Aktenbestand der Königsberger Diakonie in Wetzlar

Ein neuer Aktenbestand konnte im Historischen Archiv der Stadt Wetzlar Ende April 2025 über Arcinsys zur Recherche freigegeben werden. Die Akten der Königsberger Diakonie sind nun einsehbar, doch manch einer wird sich fragen, was die Königsberger Diakonie eigentlich nach Mittelhessen verschlagen hat, wo der Bezug zur Wetzlarer Stadtgeschichte liegt und welche Forschungsperspektiven sich aus diesen Unterlagen ergeben.

Am 18. Mai 1850 wurde die Königsberger Diakonie in Königsberg (heute Kaliningrad) als Krankenhaus der Barmherzigkeit gegründet. Die Initiative ging von den preußischen Gräfinnen Magda und Clara zu Dohna-Schlobitten aus. Angestoßen wurde das Vorgehen von dem evangelischen Pfarrer Theodor Fliedner, der das Konzept des Diakonissen-Mutterhauses in Deutschland eingeführt hatte. Die Schwestern Clara (1818-1862) und Magda (1817-1894) zu Dohna-Schlobitten, die Töchter des Generals Friedrich zu Dohna-Schlobitten (1784-1859) aus Königsberg, lernten während der Vormärzzeit den evangelischen Pfarrer Theodor Fliedner (1800-1864) kennen. Es herrschte eine Phase des gesellschaftlichen Wandels: Die Frühindustrialisierung verursachte wirtschaftliche Probleme im Handwerk und in der Landwirtschaft. Eine Vielzahl von Menschen verarmte und verstärkte

einen gesellschaftlichen Wandel, der die traditionellen Autoritäten herausforderte. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts gab es eine Gegenbewegung. Die Entstehung gemeinnütziger Ideen erfolgte in den Kirchengemeinden, wobei eine häufig pietistisch geprägte Erweckungsbewegung eine große Rolle spielte.

Tätigkeit in dienender Liebe: Ausbildung von Krankenpflegerinnen

Theodor Fliedner sah die Lösung der sozialen Probleme nicht in politischen Umwälzungen, sondern im christlichen Sittengesetz der „dienenden Liebe“. Angesichts der desolaten Bedingungen in den damaligen Krankenhäusern gründete er am 13. Oktober 1836 in Düsseldorf-Kaiserswerth eine „Bildungsanstalt für evangelische Pflegerinnen“. Statt unqualifizierter Aufseher sollte künftig qualifiziertes

Personal für die Patientenbetreuung verantwortlich sein. Die Bildungseinrichtung wurde zu einem „Mutterhaus“ für die Ausbildung qualifizierter Pflegekräfte. Entsprechend dem Gesellschaftsbild jener Zeit waren die Strukturen patriarchalisch, konservativ und autoritär. Die Schwestern gewannen nicht nur an gesellschaftlichem Ansehen, sie wurden durch diesen Berufsweg auch vor sozialem Abstieg bewahrt. Die Ausbildung, finanziell gesichert, unterschied sich von der industriellen Lohnarbeit und fand zudem in einem familiären Umfeld statt.

Ein Mutterhaus für Königsberg

Diese Situation überzeugte die Schwestern zu Dohna-Schlobitten. Sie entwarfen einen Plan für ein eigenes Mutterhaus in Königsberg. Die preußische Obrigkeit war aufgeschlossen, und der damalige Generalsuper-

» Die Einsichtnahme der Bestände ist seit **Mai 2025** nach Kontaktaufnahme mit dem **Stadtarchiv Wetzlar** im dortigen Lesesaal möglich und wird hoffentlich **zu vielfältigen neuen Erkenntnissen** nicht nur der Wetzlarer **Stadtgeschichte führen.** «
////////////////////



Abb. 1: Das Mutterhaus in Königsberg



intendent sowie ein kontinuierlich wachsender Freundeskreis führten am 18. Mai 1850 das Projekt zum Erfolg: Am Hinterroßgarten wurde ein Mutterhaus der evangelischen Diakonie eingeweiht. Theodor Fliedner sendete aus Kaiserswerth die ersten drei Diakonissen, die sofort mit ihrer Arbeit begannen. Von Beginn an erhielt das Mutterhaus in Königsberg die umfassende Unterstützung des Hohenzollern'schen Herrscherhauses, das ein starkes Interesse an der öffentlichen Wohlfahrt und der Krankenpflege zeigte. Im Jahr 1856 waren 13

Schwestern und Probepflegerinnen in einem Krankenhaus mit 80 Betten tätig und betreuten etwa 1.000 Patienten jährlich. Als Ärzte fungierten Regimentsärzte und Sanitätsoffiziere. Die Leitung des Krankenhauses der Barmherzigkeit wurde durch einen Geistlichen übernommen, der zugleich als Prediger und Seelsorger für Schwestern und Kranke fungierte und den jungen Diakonissen als Lehrer und Erzieher diente. Im Jahr 1861 erfolgte eine Erweiterung des Baus, 1873 wurden das Mutterhaus und das Krankenhaus räumlich getrennt. 1879

wurde eine Poliklinik eröffnet, gefolgt von einer umfassenden Umgestaltung des Krankenhauses mit spezialisierten Abteilungen für Innere Medizin, Chirurgie, Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde sowie später einer eigenständigen Abteilung für Frauen und Kinder.

Im Jahr 1930 wurde das Krankenhaus durch einen Neubau im Stil des Bauhauses ersetzt. Es wurden 574 Betten bereitgestellt. In Ostpreußen wurden 172 Gemeinden von 195 Gemeindeschwestern im Außeneinsatz betreut.



Abb. 2: Ein Krankensaal der chirurgischen Frauenabteilung des Krankenhauses der Barmherzigkeit um 1930

Auf diese Weise war die Versorgung der Provinz fast überall gewährleistet. Die Diakonissen betrachteten ihre Tätigkeit als eine Gemeinschaft des Glaubens und Lebens. In Anlehnung an christliche Vorbilder war es ihnen eine Verpflichtung, kranke Mitmenschen zu unterstützen. Während der fünfjährigen Probezeit überprüfte man sich selbst, um festzustellen, ob man den Anforderungen gewachsen und ob man mit seinem eigenen Dasein zufrieden war. Der Lebenssinn, den die Arbeit vermittelte, ist heutzutage kaum noch nachvollziehbar.

Kriege, Krisen und Vertreibung

Die protestantischen Mutterhäuser waren durch den Schutz der Hohenzollern mit dem Staat eng verbunden, sie betrachteten sich jedoch als unpolitisch. Ihre herausragenden Pflegeleistungen wurden im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und im Ersten Weltkrieg auf die Probe gestellt. Nach Abdankung der Monarchie und mit Beginn der Weimarer Republik lockerte sich das bisher enge Verhältnis zwischen der Obrigkeit und der Königsberger Diakonie.

Nach 1933 konnte man eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu den staatlichen Stellen feststellen. Viele Diakonissen wurden abgeworben, und die staatliche Schwesternschaft übernahm nun zahlreiche der Tätigkeiten im Außenbereich.

Im April 1945 wurde das stark zerstörte Königsberg von der Roten Armee erobert. Nach dem Potsdamer Abkommen fiel Ostpreußen mit Königsberg unter sowjetische Verwaltung und wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Die Zivilbevölkerung und die Diakonissen wurden vertrieben und durch sowjetische Bürger aus verschiedenen Regionen der UdSSR ersetzt.

Nach dem Krieg musste das Mutterhaus wieder neu errichtet werden, zunächst in Berlin-Zehlendorf und anschließend in Nikolassee. Im Dezember 1949 gab es 636 Schwestern aus Ostpreußen, von denen etwa 100 im Ruhestand waren und 19 als Probeschwestern fungierten. In der Westzone waren 321 Personen aktiv, die übrigen waren in der Ostzone tätig.

Abb. 3: Diakonissen bei einer
Einsegnungsfeier in Berlin-Nikolassee 1950



Die Rekonstruktion der Königsberger Diakonie wurde durch die Synodalverbände der Rheinischen Kirche betrieben.

Ein neues Mutterhaus in Mittelhessen

Das ehemalige Kloster Altenberg in Solms-Oberbiel, das 1952 abgebrannt war, geriet in den Fokus der Bemühungen zum Wiederaufbau der Königsberger Diakonie. Das Kloster Altenberg wurde mithilfe des Eigentümers, des Fürsten Georg Friedrich zu Solms-Braunfels (1890–1970), und der Synoden von Wetzlar und Braunfels gepachtet und wiederaufgebaut. Im Jahr 1954 wurde die erste Ausbildungsstätte für angehende Haushaltschülerinnen eröffnet. Anschließend kamen die ersten „Feierabendschwestern“ an. Im Jahr 1955 wurde das Mutterhaus von Berlin nach Solms verlegt. Die Diakonissen wurden aktiv in der Region tätig, darunter im Krankenhaus Wetzlar, im städtischen Altenzentrum und im Kinderheim. Damit prägten sie ganz wesentlich den Auf- und Ausbau funktionierender Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen im Wetzlar der Nachkriegszeit. Im Jahr 1963 wurde in Wetzlar das Haus Königsberg als eigenes Diakonie-Zentrum errichtet. In den kommenden Jahrzehnten wuchs die Königsberger Diakonie im Lahn-Dill-Kreis zur größten Einrichtung für die Betreuung älterer Menschen heran, die eine Vielzahl von Pflegeheimen und Wohnanlagen sowie ein Bildungszentrum und verschiedene soziale Dienstleistungen umfasst.



Abb. 4: Diakonissen mit Pfarrrer Nebeling
(rechts) auf dem Altenberg 1984

Aufbau eines Archivs: Die Verdienste von Pfarrrer Nebeling

Aufgrund der russischen Besetzung von Königsberg im Jahr 1945 und der anschließenden Vertreibung fehlt der Aktenbestand aus der Zeit seit der Gründung der Königsberger Diakonie. Die Aktenüberlieferung beginnt vor allem mit dem Wiederbeginn der Arbeit nach 1946, mit Ausnahmen von Fotos und persönlichen Überlieferungen. Das Archiv der Königsberger Diakonie wurde durch den Einsatz von Pfarrrer Dieter Nebeling aufgebaut. Da kein Registraturplan vorhanden war, musste die Struktur

der Akten neu organisiert werden. Zunächst sammelte Nebeling die Akten der Königsberger Diakonie. 1996 wurde eine erste Durchsicht und Erschließung der Akten durch das Archiv der Diakonie GmbH durchgeführt. Aus Kostengründen konnte jedoch nicht der komplette Bestand erschlossen werden. Pfarrrer Nebeling und Isabelle Südwater setzten die Arbeiten fort. Der ehemalige Leiter des Wetzlarer Stadtarchivs hat die Verzeichnung schließlich unverändert in das Archivinformationssystem Arcinsys Hessen als Teil des Wetzlarer Stadtarchivs übertragen.



Abb. 5: Diakonisse Maria Vogel
mit Schwestern in Tansania

Von der Sowjetunion bis Tansania – die Diakonissen waren nicht nur in Wetzlar tätig

Die Überlieferung über die Kriegszeit, die Zeit im russischen Kalininograd, über Kriegsgefangenschaft und Neuanfang besteht im Wesentlichen aus Berichten von verschiedenen Diakonissen. Da es sich hierbei meist um Berichte einzelner Schwestern handelt, ergeben sie einen vielfältigen Einblick in die damalige Zeit und sind auch für die historische Forschung zur Geschichte der Königsberger Diakonie und zu den damaligen Lebensumständen von großem Interesse.

Hervorzuheben sind die Akten von Schwester Maria Vogel, die in ihren Briefen über ihre Arbeit in Tansania berichtet. Außerdem berichtet Schwester Berta Zimmer, die sich zwischen 1947 und 1953 in russischer Kriegsgefangenschaft befand, aus dieser Zeit. Sie war in der Gemeindepflege und als Krankenpflegerin in verschiedenen Orten der Sowjetunion tätig. Im Oktober 1954 durfte sie schließlich nach Deutschland ausreisen.

Die Herkunft und Zusammensetzung der Diakonissenschaft sind durch Personalakten und kurze Lebensabrisse zum Heimgang so gut belegt wie bei keinem anderen kirchlichen Werk in Polen oder Russland. Die Verhandlungen über einen Lastenausgleich und Kriegsgefangenenentschädigung für die Schwestern sind eine wichtige Quelle für die Darstellung eines speziellen Aspekts der Geschichte des Lastenausgleichs.

Die Fotos sind in säurefreien Klarsichttaschen aufbewahrt; sie wurden aber nicht als Fotosammlung extra aufgeführt, sondern tragen Aktennummern. Der Bestand an Bauplänen ist erheblich, obwohl er unvollständig ist und nicht alle Gebäude umfasst. Es fand sich nahezu die gesamte Überlieferung des Architekten Hämmerling, der die Entwürfe für den Altenberg und Haus Königsberg erstellt hatte. Darüber hinaus liegt sein umfangreicher Schriftwechsel vor. Allerdings sind viele Transparentpapier-Originale brüchig und in schlechtem Zustand, sodass sie nur mit Vorsicht zu gebrauchen sind. Alle Baupläne und Zeichnungen wurden von uns

auf der Rückseite mit blauem Stift neu nummeriert; alte Nummern stammen von Architekt Hämmerling und sind nicht vollständig. Die Einsichtnahme der Bestände ist seit Mai 2025 nach Kontaktaufnahme mit dem Stadtarchiv Wetzlar im dortigen Lesesaal möglich und wird hoffentlich zu vielfältigen neuen Erkenntnissen nicht nur der Wetzlarer Stadtgeschichte führen.

Sabine Schneider
Stadtarchiv Wetzlar

Christoph Franke
(ehemals Stadtarchiv Wetzlar)

Literatur:

Kaufmann, Paul: Der Weg des Diakonissen-Mutterhauses von Königsberg, Pr. nach Altenburg bei Wetzlar, Wetzlar 1976.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815-1845/49, Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/49, München 1987.

Kocka, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert (= Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, Band 13), Stuttgart 10. Aufl. 2001.

Simon, Hans-Jürgen: Die Königsberger Diakonie im Wandel der Zeit ..., in: Lebenszeichen – Das Magazin der Königsberger Diakonie, Frühjahr 2010.

Nebeling, Dieter: Von der Gründung, in: Lebenszeichen – Das Magazin der Königsberger Diakonie, Frühjahr 2010.

Pühringer, Andrea: Katalog zur Ausstellung „Die Königsberger Diakonissen der Barmherzigkeit“ i. A. des „Freundeskreises der Königsberger Diakonie“, Wetzlar 2018.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: StadtAWZ, Best. A4-KD, Nr. 909

Abb. 2: StadtAWZ, Best. A4-KD, Nr. 909

Abb. 3: StadtAWZ, Best. A4-KD, Nr. 913

Abb. 4: StadtAWZ, Best. A4-KD, Nr. 914

Abb. 5: StadtAWZ, Best. A4-KD, Nr. 920

Luftschutzmaßnahmen in Kassel - vom Zweiten Weltkrieg bis heute

Luftschutzmaßnahmen beziehen sich auf verschiedene Strategien und Vorkehrungen, die getroffen werden, um die Bevölkerung und Infrastruktur vor Luftangriffen oder anderen Bedrohungen aus der Luft zu schützen. Dazu zählt auch der Bau von Luftschutzbunkern. Im Stadtarchiv Kassel befinden sich verschiedene Bestände, die Aufschluss über den Bau und Unterhalt von Bunkeranlagen geben. Schwerpunkt hierbei ist der Zweite Weltkrieg. Aber auch die Bunkernutzung nach Kriegsende und während des Kalten Krieges lässt sich anhand des Archivmaterials nachvollziehen. Welche Rolle etwa ein Bunker nach dem Mauerfall in Kassel spielt, ist durch umfangreiches Bildmaterial dokumentiert.

Der Luftschutz spielte in Kassel zur Zeit des Zweiten Weltkriegs eine große Rolle. Die Stadt an der Fulda hatte damals eine besondere wehrwirtschaftliche Bedeutung; sie war deshalb in dem am 10. Oktober 1940 erlassenen „Führerbauprogramm“ eingeschlossen und besaß beim Schutzraumbau eine besonders hohe Priorität.¹ Die Kriegslage und die damit einhergehenden Versorgungsschwierigkeiten an Personal und Material führten jedoch zu deutlichen Verzögerungen. Erst ab Ende 1940 wurde mit dem Bau von Hoch- und Tiefbunkern begonnen.² Zwischen 1940 und 1943 wurden acht Hochbunker und zwei Tiefbunker errichtet; mindestens ein weiterer Hochbunker war geplant, kam aber nicht zur Ausführung.³

Ab 1943 stellte man aufgrund fehlender Kapazitäten an Baumaterial und Personal vermehrt auf den Bau von Stollenanlagen um.⁴ Dass diese Schutzmaßnahmen nicht für die Gesamtbevölkerung von Kassel ausreichen würden, war klar. Aus diesem Grund forcierte man auch den Bau von privaten Luftschutzanlagen und Deckungsgräben. Neben den staatlichen Maßnahmen waren nach dem Luftschutzgesetz von 1935

auch die kriegswichtigen Betriebe dazu verpflichtet, für entsprechenden Werkschutz zu sorgen. In Kassel waren drei Unternehmen als besonders kriegswichtig eingeordnet: Henschel & Sohn, Wegmann und Fieseler Flugzeugbau. Für Henschel sind z. B. zwei große Luftschutzstollenanlagen bekannt, eine davon im Werk Mittelfeld in Rothenditmold, die auch als unterirdische Produktionsanlage genutzt wurde.⁵ Bei Fieseler und Weg-



**Abb. 1: Bau von Splitterschutz
am Notausgang der Stadtkaserne**

mann sind Unterlagen zum Bunkerbau nicht erhalten, es existieren aber noch zugemauerte Zugangsbauten.⁶ Zu schützen war zusätzlich noch die technische Infrastruktur, wie etwa die Gebäude und Schienensysteme der Deutschen Reichsbahn. Der Tiefbunker unter dem Hauptbahnhof zählte zu den öffentlichen Bunkeranlagen, wurde aber auch von Mitarbeitenden der Bahn genutzt. Mit dem Bau der Anlage wurde 1941 begonnen, Platz sollte später für über 2.000 Personen sein.⁷ Bei den schweren Luftangriffen auf Kassel erfüllte der Bunker seinen Zweck und bot vielen Kassellern, aber auch Zugreisenden, die in Kassel gestrandet waren, Zuflucht.

Nach dem Krieg stellte sich die Frage, was aus den Bunkeranlagen werden soll. Das interessierte auch die Presse, die in einem Zeitungsartikel vom 30. November 1947 die Frage aufgriff: Was wird aus den Luftschutzbunkern? Darin heißt es in Bezug auf den Bunker am Hauptbahnhof: „Im einstigen Bunker des Hauptbahnhofs, der während der Kriegstage so vielen ein Asyl bot, und später eine geraume

Zeit hindurch als Übernachtungsstätte für Angehörige der US-Besatzungstruppen diente, ist dank der Tatkraft eines bewährten Kasseler Hoteliers, Herrn J. Gocke vom einstigen Central-Hotel in der Bahnhofstraße, ein neuer Hotelbetrieb errichtet worden, der in Doppel- und Einzelzimmern, sowie einfachen Schlafkabinen alltäglich 40 bis 50 Reisenden eine Übernachtungs- und Speisegelegenheit bietet.“⁸ Die Wohnraumnot führte zu solch eher unkonventioneller Lösung.

Die Randlage Kassels nach dem Zweiten Weltkrieg, nahe der innerdeutschen Grenze, führte aber auch zu weiteren Überlegungen, wie der Luftschutz neu zu organisieren sei. Während in anderen Ländern wie der Schweiz, Schweden, Dänemark oder Großbritannien der zivile Luftschutz weiter ausgebaut wurde, konnte die Bundesrepublik aufgrund der Verbotsbestimmungen der Besatzungsmächte erst verspätet damit beginnen. Mit der

Bildung des Bundesamts für zivilen Luftschutz am 11. Dezember 1953 konnte man in Westdeutschland mit den Arbeiten anfangen, in die auch Kassel eingebunden war. Eingerichtet wurde ein sogenannter Luftschutz-Hilfsdienst, dessen Leitung im Kasseler Raum Oberbürgermeister Willi Seidel übernahm.⁹

Die *Hessische Allgemeine* berichtete 1976 von einer Begehung des Weinbergbunkers, der 1974 als Schutzraum für einen Daueraufenthalt bis zu vier Wochen fertiggestellt worden war. Insgesamt gab es zu dieser Zeit acht Zivilschutzräume in Kassel, die im Ernstfall rund 30.000 Menschen Schutz bieten sollten. Dies entspricht 15 % der Einwohnerschaft Kassels. Dem Luftschutz war dieses Missverhältnis klar, man wies aber auch dar-



Abb. 2: Provisorisch verstärkter Luftschutzkeller



Abb. 3: Gang im Bunker unter dem Hauptbahnhof mit Sitzgelegenheiten

auf hin, dass es einen Komplettschutz, auch aus finanziellen Gründen, nicht geben könne.

Während also der umgebaute Weinbergbunker eine Aufenthaltsdauer von bis zu vier Wochen garantierte, waren die anderen Schutzräume nur für einen Aufenthalt bis zu 24 Stunden ausgelegt.¹⁰

Den Weinbergbunker hatte der Bund ab 1969 für 4,5 Millionen DM zu einem Atombunker ausbauen lassen. Die Kapazität lag bei 3.500-3.700 Personen, die nach einem Atomschlag max. vier Wochen dort hätten untergebracht werden können. Dass sich nach vier Wochen die Radioaktivität an der Oberfläche noch nicht abgebaut hätte, war den Planern bewusst. Die Bunker dienten vielmehr als Beruhigungsmittel für schwache Nerven in Friedenszeiten. Einen direkten Atomangriff hätte niemand überstanden. Dies hatte man bereits 1982 erkannt. Die *Hessische Allgemeine* berichtete in einem Artikel über den Bunker unter dem Hauptbahnhof und wies darauf hin, dass generell galt: „Wird Kassel einem direkten Atomangriff ausgesetzt, ist jede Schutzvorrichtung Makulatur [...]“.¹¹ Wer seinen Keller strahlensicher ausbauen wollte, bekam finanzielle Zuschüsse. Bekannt war dies nur bedingt. Der damalige Bürgermeister Heinz Hille kam zu dem Fazit: „Wenn in Kassel 50 private Atombunker existieren [...], dann [ist] dies hochgegriffen.“¹²

Abb. 4: Trabbis in Kassel



Abb. 5: Aufenthaltsraum im Bunker unter dem Hauptbahnhof



Die Diskussion um den Bau von Schutzräumen nahm in den folgenden Jahren weiter zu, auch vor dem Hintergrund, dass sich mit der Anti-Atomkraft-Bewegung eine Protestbewegung gegründet hatte, die seit den 1970er-Jahren verstärkt auf die Risiken der Kernenergie hinwies. Die euphorische Stimmung des Atomzeitalters ab den 1950er-Jahren schlug nun um. Die Öffentlichkeit betrachtete die Technologiepolitik kritisch,

was auch zur Gründung der Partei „Die Grünen“ 1980 führte.¹³ Auch in Kassel entbrannte diese Diskussion. So wandten sich die Kasseler Stadtverordneten von SPD und Grünen gegen die Instandsetzung und jeden Neubau öffentlicher Schutzräume und unterirdischer Hilfskrankenhäuser im Stadtgebiet. Vertreter der CDU- und FDP-Fraktionen dagegen verteidigten die Zivilschutzmaßnahmen.



Abb. 6: Schlafzelle im Bunker
unter dem Hauptbahnhof



Abb. 7: Verpflegungsstation
im Bunker unter dem Hauptbahnhof

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 änderte sich die politische Situation und warf die Frage auf: Was passiert nun mit den Bunkern?

Zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger testeten die neue Freiheit und nutzten diese zu einem Besuch in der grenznahen Stadt. Insgesamt

über 20.000 Besuchende reisten über die nun offene Grenze nach Kassel. Viele holten sich dort ihr Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM ab¹⁴ und

wollten dies gleich ausgeben, doch nur wenige Geschäfte nutzten die Ausnahmegenehmigung zur verlängerten Ladenöffnung. Trotzdem blieb die Stimmung friedlich und entspannt. Wie die Zeitungen berichteten, bildeten sich immer wieder Gesprächsrunden, und wildfremde Menschen fielen sich um den Hals.

Doch wo übernachten? Wo kann man eine so große Zahl an Menschen unterbringen? Abhilfe schuf der Bunker unter dem Hauptbahnhof. Dieser wurde kurzfristig von zahlreichen Helfenden von Katastrophenschutz und Deutschem Roten Kreuz (DRK) zu einer Notunterkunft mit 960 Betten hergerichtet. Und dieses Angebot wurde reichlich genutzt, wie auch das im Stadtarchiv vorhandene Bildmaterial darlegt.

Die sich im Stadtgebiet Kassels befindlichen Bunker hatten ihre Funktion verloren und wurden zurückgebaut. Die Nachnutzung stellte eine große Herausforderung dar, zumal die Stadt Kassel kein Interesse an der Übernahme der Bunker zeigte. Teilweise wurde versucht, die Anlagen über Zeitungsannoncen zu verkaufen. Dies belegt eine Anzeige im Immobilienenteil der *HNA* vom 15. Mai 1999, in dem das Grundstück des bisherigen Polizeipräsidiums am Altmarkt mit Bürogebäuden, Werkstätten, Tiefgarage, einem Luftschutzbunker (Baujahr 1939/40) und der Ruine des ehemaligen Karlsruhospitals zum Kauf angeboten wurde. Für den Bunker an der Agathofstraße fand sich eine kulturelle Nutzung als Probenraum für Bands, der Weinbergbunker oder auch der Schutzraum am Rondell kann heute im Rahmen von Führungen besichtigt werden.

Der Bunker unter dem Hauptbahnhof wurde ebenfalls zum großen Teil zurückgebaut und ist für die Öffentlichkeit nicht frei zugänglich. Das Stadtarchiv Kassel nutzt einen Raum, um Nitratfilme zu lagern.

Dass die Schutzraumdiskussion wieder neu entfacht ist, liegt an der sich erneut verändernden politischen Lage.¹⁵

Stephan Schwenke Stadtarchiv Kassel

¹ Vgl. u. a. Moll, Martin (Hrsg.): „Führer-Erlasse“ 1939-1945: Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung. Stuttgart 1997; Dettmar, Werner: Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943. Eine Dokumentation, Kassel 1983, S. 82f.

² Meyer, Lola: Wieviel „gebauer“ Krieg steckt in der Stadt? Die Suche nach dem Krieg in Architektur und Städtebau am Beispiel Kassels, Diplomarbeit, Kassel 2004, S. 40.

³ StadtA KS, Best. A 3.40, Nr. 45, Bauforderungen und Rechnungen: Listen, Bd. 3, 1941-1947. Vgl. auch Dettmar, S. 43.

⁴ StadtA KS, Best. K, Nr. 1090 und 1091, Plan der Stadt Kassel mit Einzeichnung der Luftschutzbunker, Stollen und Deckungsgräben, dargestellte Zeit: 29.04.1943. Bekannt sind über 90 Stollenanlagen, weitere waren geplant.

⁵ Meyer, S. 43.

⁶ Ebd., S. 45-46.

⁷ Dettmar, S. 43.

⁸ StadtA KS, Best. S 5 E, Nr. 26, Luftschutz seit 1945: Zivil- und Katastrophenschutz. Zeitungsartikel Kommunale Rundschau vom 30.11.1947. Insgesamt sollen über 40.000 Personen in dem als Hotel genutzten Bunker übernachtet haben. Ein einfacher Schlafplatz soll 60 Pf. inklusive Verpflegung gekostet haben. Dto., Zeitungsartikel *HNA*, 24.12.2019.

⁹ StadtA KS, Best. S 5 E, Nr. 26, Zeitungsartikel Stadt- und Landpost vom 30.01.1954.

¹⁰ Ebd. Artikel „Trister Schutz unter Tage“, Hessische Allgemeine vom 30.09.1976.

¹¹ Ebd., Artikel „Beton und Stahl als Schutz vor dem Strahlentod“, Hessische Allgemeine vom 28.04.1982.

¹² StadtA KS, Best. S 5 E, Nr. 26, Hessische Allgemeine vom 28.04.1982.

¹³ Siehe auch: StadtA KS, Best. S 5 E, Nr. 26, Artikel „In Kassel. 20000 Bunkerplätze für den Tag X. Über Sinn und Unsinn der unterirdischen Schutzräume wird heftig gestritten“, Frankfurter Rundschau vom 15.12.1984.

¹⁴ Das Begrüßungsgeld wurde im Rathaus ausgezahlt. Aufgrund des Andrangs - insgesamt zahlte man an über 6.000 Personen das Begrüßungsgeld aus - wurden die Geldvorräte knapp, sodass man Nachschub aus den Banken holen musste. Das Geld wurde dann durch die dichte Menschenansammlung hindurch in einer Plastiktüte ins Rathaus gebracht. So besagt es jedenfalls die stadtinterne Überlieferung.

¹⁵ Ebd., Artikel „Private Schutzräume im Trend. Russische Bedrohung: Hessens staatliche Bunker gelten als unzeitgemäß“, *HNA* vom 03.06.2025. Auch: Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: StadtA KS, Best. 1942, Nr. 0.556.819

Abb. 2: StadtA KS, Best. 1942, Nr. 0.556.825

Abb. 3: StadtA KS, Best. E 6, Nr. 1112, 18

Abb. 4: StadtA KS, Best. E 6, Nr. 1111, 32

Abb. 5: StadtA KS, Best. E 6, Nr. 1112

Abb. 6: StadtA KS, Best. E 6, Nr. 1112, 24

Abb. 7: StadtA KS, Best. E 6, Nr. 1112, 23

Die City hat AIDS: Das Archiv der AIDS-Hilfe Frankfurt im Institut für Stadtgeschichte

Frankfurt war ein zentraler Schauplatz der AIDS-Krise in der Bundesrepublik Deutschland. Das Archiv der AIDS-Hilfe Frankfurt, die 2025 ihr 40-jähriges Bestehen feiert, bewahrt diese bewegte Geschichte. Passenderweise wurde der Bestand 2023 an das Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt übergeben und macht dort die vielfältigen Kämpfe, Initiativen und Lebensrealitäten der AIDS-Betroffenen für die Zukunft zugänglich.

In Frankfurt, könnte man sagen, nahm die AIDS-Krise¹ der Bundesrepublik ihren Anfang. Schließlich war Frankfurt die erste deutsche Stadt, in der ein AIDS-Fall – diagnostiziert bei einem schwulen Mann – öffentlich bekannt wurde. In den Jahren danach waren die Meldungen über neue AIDS-Fälle im Land nicht mehr zu überhören. Die tödlichen Folgen der Krankheit drangen immer mehr ins Bewusstsein, vor allem für eine kleine Zahl bereits marginalisierter Menschengruppen, die besonders schwer von dem Virus getroffen wurden. Während des Höhepunkts der Pandemie in den 1980er-Jahren gründeten sich deshalb in vielen deutschen Städten die AIDS-Hilfen. Bereits zuvor hatten sich AIDS-Erkrankte in Selbsthilfegruppen versammelt – mit dem neuen Antikörpertest und dem positiven Befund entstanden sogenannte „Positiventreffs“ – und hatten sich damit ein Angebot geschaffen, das in der öffentlichen Gesundheitsstruktur fehlte, aber dringend gebraucht wurde. Im Laufe der Zeit haben sich diese selbst organisierten Angebote, auch über die Krisenphase hinweg, erweitert und institutionalisiert. Zu ihren Arbeitsbereichen gehören Pflegedienste, Wohnprojekte, Beratungsangebote, u. a. für queere und Trans-Menschen, Sexarbeitende und Drogengebrauchende, sowie Prävention und



Abb. 1: Zwei Postkarten (Vorderseiten)

zu Kampagnen der AIDS-Hilfe Frankfurt

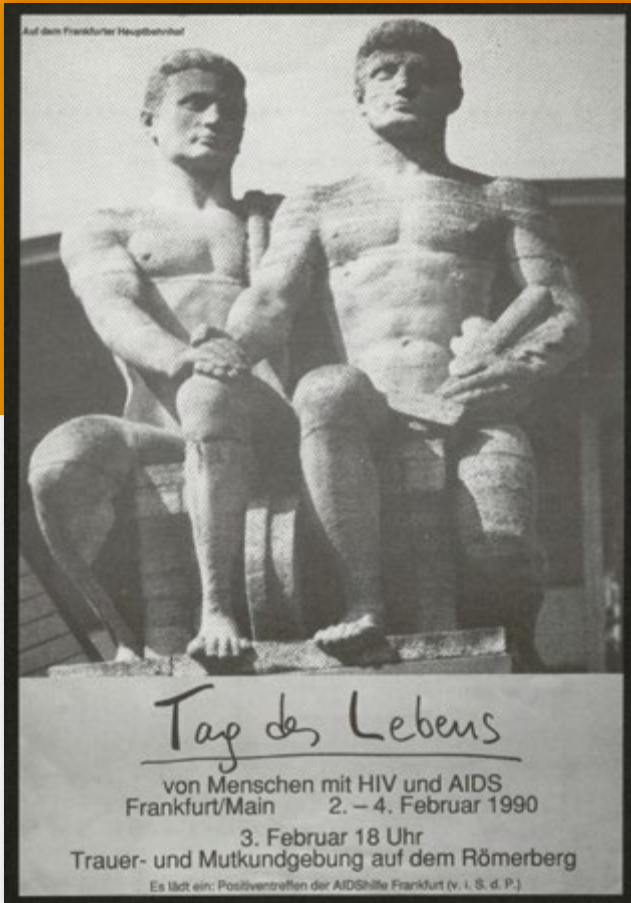


Abb. 2: Flugblatt vom „Tag des Lebens von Menschen mit HIV und AIDS“, veranstaltet vom Positivtreffen der AHF im Februar 1990

Safer-Sex-Aufklärung. Heute sind AIDS-Hilfen nicht mehr wegzudenken: Als Träger existenzieller Gesundheits- und Beratungsangebote sind sie in den meisten deutschen Städten fest verankert. So auch die AIDS-Hilfe Frankfurt (AHF).²

Die AIDS-Hilfe Frankfurt und die strukturelle Prävention

Die AHF nimmt als Vorreiterin eine wichtige Rolle bei den deutschen AIDS-Hilfen ein. Der Aktivist, Pädagoge und erste Geschäftsführer der AHF, Hans-Peter Hauschild (1954–2003), leistete dafür einen entscheidenden Beitrag. In Frankfurt entwickelte er maßgebend ein bahnbrechendes und seit 1990 für die Arbeit der AIDS-Hilfen grundlegendes Konzept mit: die strukturelle Prävention.

» Die politischen Kämpfe der AIDS-Hilfe, ihre zahlreichen Angebote und Veranstaltungen haben deutliche Spuren in der Stadt hinterlassen. «



Wolfram Brück (1937–2016), CDU-Oberbürgermeister in Frankfurt von 1986 bis 1989, hatte die Internierung und lebenslange Quarantäne der sogenannten „Un-einsichtigen“ gefordert. Die Drohungen waren in erster Linie an Menschen gerichtet, die der Beschaffungsprostitution nachgingen (oftmals ohne deutschen Pass), sowie an promiske homosexu-

elle Männer. Von Brück wurden sie als „unbelehrbar“ stigmatisiert; sie seien angeblich nicht für Verhaltensänderungen zum Schutz vor AIDS zu bewegen. Im Angesicht der staatlichen Bedrohung und der Ausgrenzung wurden die sozialen Strukturen offenbar, die eine rein epidemiologische Betrachtung des Phänomens AIDS verstellten. Diese Strukturen wurden durch das Leid der Betroffenen sichtbar. Die Unterstützung dieser Menschen begann damit, die Ursachen ihres Elends zu verstehen. Diese sind u. a. Diskriminierung bzw. Stigmatisierung wegen sexueller oder geschlechtlicher Identität, unsicherer oder illegaler Aufenthaltsstatus, Armut, unzureichende Gesundheitsversorgung, Beschaffungsdruck, Repressionen und Haftstrafen. Hieraus wurde die zentrale Erkenntnis der strukturellen Prävention gezogen: dass individuelles Verhalten untrennbar mit den sozialen Verhältnissen verbunden

ist. Die Entwicklung der strukturellen Prävention beeinflusste das breite Angebot der AHF, etwa im Bereich der Sexarbeit und der queeren Community-Arbeit. Insbesondere prägte sie die Frankfurter Drogenpolitik und könnte auch als Auslöser des Frankfurter Wegs und der niedrigschwelligen akzeptierenden Drogenarbeit mit dem präventiven Schwerpunkt der „harmreduction“ (Schadensminimierung) bezeichnet werden. Deren Anfänge waren die ersten, damals noch illegalen, Spritzenaustauschaktionen von schwulen Aktivisten. Ab 1987 fuhren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AHF im selbst organisierten Spritzenbus durch die Stadt und in die offene Drogenszene.

Übergabe ans ISG

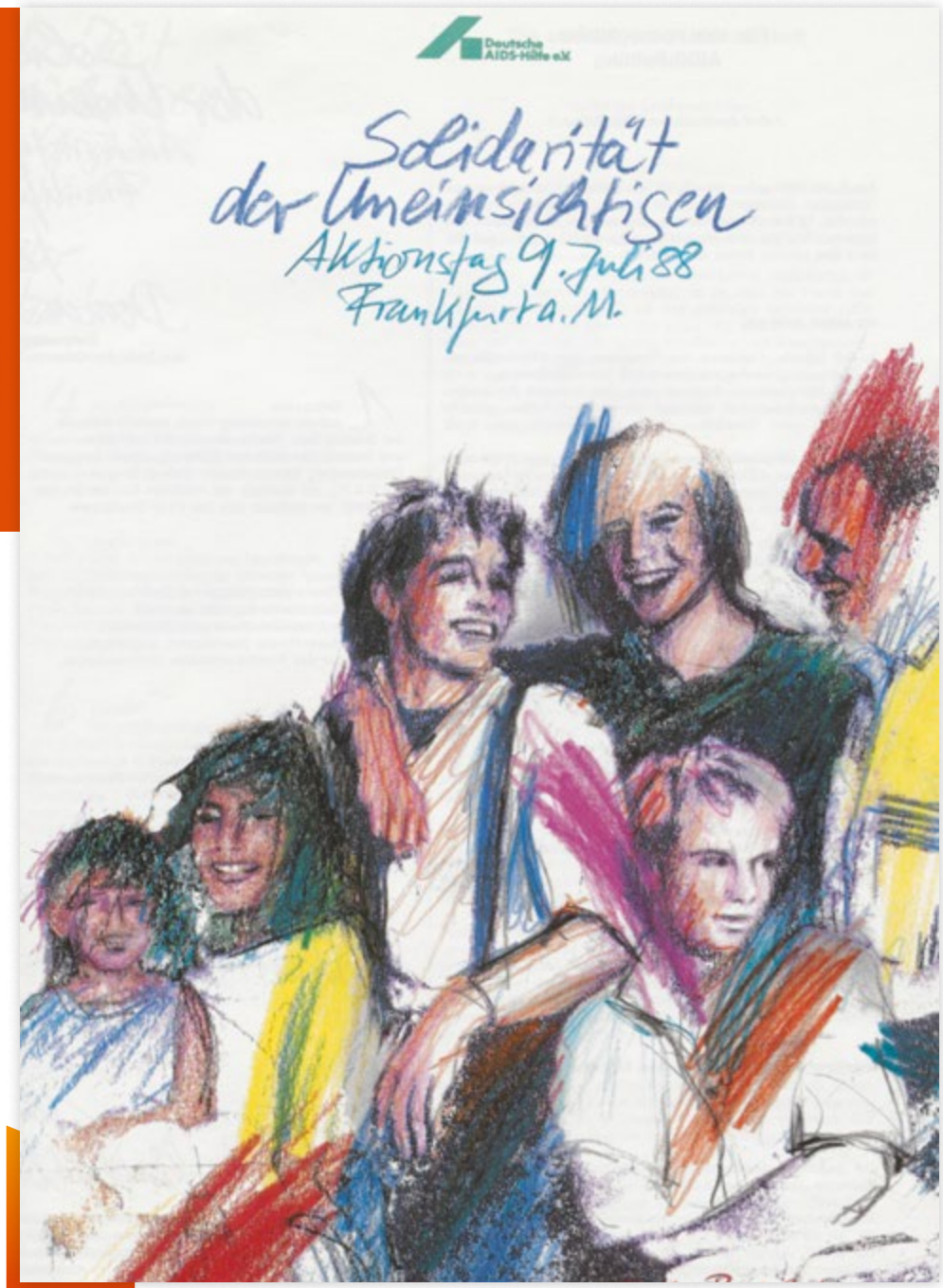
Mit dem Versterben vieler Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie ohne angemessene Erinnerungsarbeit droht die akzentreiche Geschichte der AHF in Vergessenheit zu geraten – und macht den Aufbau eines Archivs, das den Verlust aufhält, immer dringlicher.

Der Bestand spiegelt die ganze Bandbreite der Arbeit der AHF wider. Neben Verwaltungs- und Klientenakten umfasst er eine heterogene Mischung weiterer Materialien, wie graue Literatur, audiovisuelle Medien, Fotografien

Abb. 3: Plakat zum Aktionstag
„Solidarität der Uneinsichtigen“
in Frankfurt am Main am 09. Juli 1988

und Plakate. Dabei steht er nicht für sich. Neben Archivalien der AHF versammelt er auch Dokumente von an Aktionen beteiligten Gruppen, nahestehenden Einzelpersonen sowie Kooperationspartnern. Besonders nennenswert ist der Frankfurter Zweig der Aktionsgruppe *Act Up*,³ der bewegungsgeschichtliche Ausgangspunkt der AIDS-Hilfen. Solche Verbindungen deuten auf die Besonderheit und Stärke der AHF: ihre Arbeit in unterschiedlichen relevanten Bereichen und die Verbundenheit mit den entsprechenden Communities, die sich auch heute noch unter ihrem Dach versammeln.

Bevor jedoch mit dem Bestand gearbeitet werden konnte, brauchte es zunächst ein Sammlungskonzept. Zudem lag der Bestand anfangs noch über verschiedene Standorte verstreut, u. a. im Keller des *La Strada*, dem heutigen Drogenhilfezentrum der AHF, sowie in einer Garage. Trotz der dortigen Lagerbedingungen war das Material größtenteils gut erhalten. Teils war es aber auch von Schädlingen befallen und feucht geworden. Die Patientenakten des Regenbogendienstes waren zum Beispiel so stark geschimmelt, dass sie unglücklicherweise als verloren gelten können. Der umfangreiche Bestand musste also ein neues Um-



feld finden, welches weiteren Zerfall verhindern und seine Zugänglichkeit gewährleisten konnte.

Den Ausschlag bei der Übergabe ans ISG gab schließlich der enge Bezug der AHF zur Stadt Frankfurt. Die politischen Kämpfe der AIDS-Hilfe, ihre zahlreichen Angebote und Veranstaltungen haben deutliche Spuren in der Stadt hinterlassen. Sie zeigen, dass AIDS kein rein queeres Thema ist. Das Virus unterscheidet nicht zwischen Identitäten und Körpern; Menschen haben, wie das Konzept der strukturellen Prävention betont,

aufgrund sozialer Unterschiede ein mehr oder weniger großes Risiko, sich mit HIV anzustecken. So fand im Juli 1988 die von Hans-Peter Hauschild mitinitiierte Protestaktion *Solidarität der Uneinsichtigen* in Frankfurt statt, welche Allianzen zwischen den marginalisierten Positionen der sogenannten „Schmuddelkinder“ zu knüpfen suchte: Schwule, Drogengebrauchende, Sexarbeitende und Inhaftierte. Außerdem veranstaltet die AHF in der Stadt seit 1996 jährlich den *Lauf für mehr Zeit* (bis 1998 hieß er *Lauf gegen die Zeit*). Der Lauf ist eine über die Jahre enorm gewach-



Abb. 4: Plakat für die Trauerfeier am Welt-AIDS-Tag 1994, veranstaltet von der AHF und Act Up Frankfurt, mit anschließendem Trauermarsch und Enthüllung des AIDS-Memorials an der Peterskirche

sene Spendenaktion, welche die AHF einst ins Leben rief, um den Fortbestand des Regenbogendienstes, des AIDS-spezifischen Pflegedienstes, finanziell zu sichern. Solche Veranstaltungen machten Frankfurt einerseits zu einem wichtigen Angelpunkt der AIDS-Hilfen-Bewegung, förderten andererseits aber auch die Sichtbarkeit und Verankerung in der Frankfurter Stadtgesellschaft. Dies manifestierte sich im öffentlichen Raum auch in Form von Denkmälern, die Trauer und Erinnerung – also Praktiken, die untrennbar mit der Erfahrung von AIDS verbunden sind – als städtische Aufgabe begriffen. In Frankfurt entstand neben dem AIDS-Memorial *Verletzte Liebe* und dem *Frankfurter Engel*⁴ zum Gedenken an die in der NS-Zeit verfolgten queeren Menschen auch die Gemeinschaftsgrabstätte der AHF auf dem Hauptfriedhof. Seit 1989 begeht die AHF den Welt-AIDS-Tag mit einer Trauerfeier, die von 1994 bis 2021 mit der Paulskirche einen festen Veranstaltungsort hatte und heute an wechselnden Orten der Stadtkultur stattfindet. Die Unterbringung des Bestands der AHF im Stadtarchiv festigt und würdigt zugleich ihre historische Rolle als Akteurin der Stadtgeschichte. In dieser Hinsicht ist es von essenzieller Bedeutung, dass der Bestand vor Ort in Frankfurt einsehbar ist und benutzt werden kann. Über die Datenbank Arcinsys kann er auch online recherchiert werden. Nicht zuletzt dokumentiert der Bestand das Leben von queeren Communities und marginalisierten Gruppen in Frankfurt, die im ISG erst seit wenigen Jahren mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Gegen das Vergessen

Der Bestand der AIDS-Hilfe Frankfurt kann wichtige Akzente in der historischen Aufarbeitung der AIDS-Krise setzen, denn die Geschichte der AIDS-Hilfen in der Bundesrepublik

ist bislang kaum erforscht. So unterschiedlich sie in ihren Ansätzen und ihrer Entwicklung auch waren: Ihre aktivistisch geprägten Anfänge als Selbsthilfen verdeutlichen die kritische und emotionale Situation, in der sie agieren mussten. Die AHF stach dabei in ihren ersten Jahren durch ihre wagemutigen Forderungen und experimentellen Strategien etwa im Bereich der Drogenhilfe heraus. Zwar hat sie sich inzwischen weitgehend professionalisiert und ihr Angebot über AIDS hinaus erweitert. Jedoch hat ihr Aufmerksammachen auf die Rolle von sozialer Ausgrenzung, gerade auch in ihrer intersektionalen Wirkung, heute kaum an Relevanz verloren. AIDS ist weder vorbei noch heilbar. Auch heute erkranken und sterben weltweit Menschen an AIDS. Das ist insbesondere auf mangelnden Zugang zu Medikamenten, v. a. aufgrund hoher Preise, globaler Ungleichheiten sowie Stigmatisierung und Diskriminierung AIDS-Kranker zurückzuführen. Demgegenüber stehen steigende Kosten und Haushaltskürzungen, zuletzt im Bereich des *Rainbow Refugee Supports* der AHF. Die AHF nimmt daher weiterhin eine wichtige intervenierende Rolle in der Stadtgesellschaft ein: Sie macht auf soziale Ausschlüsse im Zusammenhang mit AIDS und deren Konsequenzen aufmerksam und wirkt ihnen durch Aufklärungsarbeit und Präventionskampagnen entgegen. Dem Archiv der AHF kommt somit eine besondere Funktion als Zeitzeugnis zu, das an die Geschichte von Repression und Stigmatisierung im Kontext von AIDS erinnert und deren Kontinuitäten aufzeigt.

Frankfurt hat AIDS, betonte die gleichnamige stadtweite PR-Kampagne, die die AHF 1996 in Zusammenarbeit mit der Medienagentur McCann-Erickson ins Leben rief. Mit großformatigen Plakaten prangerte sie das Vergessen von AIDS an, das mit der Verfügbar-

keit der vermeintlich „heilenden“ medikamentösen Therapien einsetzte und die Streichung von Geldern zur Folge hatte. Heute setzt die Übergabe des Bestands der AHF ans ISG ein weiteres Zeichen gegen das Vergessen. *Die City hat AIDS* – der Slogan wirkt bis heute nach.

Lou Deinhart und Nils Meyn AIDS-Hilfe Frankfurt

¹ Während das kleingeschriebene Aids in deutschen Texten mittlerweile weit verbreitet ist und auf das inzwischen alltäglich gewordene Leben mit dem Virus verweist, verwenden wir in diesem Text das einst übliche Akronym, AIDS (Acquired Immune Deficiency Syndrome). Damit verleihen wir der Tatsache Ausdruck, dass die Krankheit nach wie vor nicht heilbar ist und der erkämpfte Schutz gegen das Virus je nach politischer Lage auch wieder bröckeln kann.

² Die AIDS-Hilfe nannte sich die meiste Zeit ihres Bestehens „AIDS-Hilfe Frankfurt“. Mit diesem Namen taucht sie auch am häufigsten im Archivbestand auf. Mittlerweile hat sie sich offiziell in AHF umbenannt, da sich der Fokus zum Teil über AIDS hinaus verschoben hat.

³ Act Up ist eine Abkürzung für: AIDS Coalition to Unleash Power.

⁴ Auch zum Frankfurter Engel sind Unterlagen im ISG vorhanden.

Literatur:

Hauschild, Hans-Peter: Noch zehn Jahre strukturelle Prävention?, in: Deutsche AIDS-Hilfe (Hrsg.): Strukturelle Prävention: Ansichten zum Konzept der Deutschen AIDS-Hilfe, Berlin 1998, S. 65–70.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Quellenangabe und Herkunft der Repros: Beitrag der AIDS-Hilfe Frankfurt für die Bibliothek der Generationen, Historisches Museum Frankfurt, © Horst Ziegenfusz
Quellenangabe im ISG Frankfurt: FFM, V207, Nr. 9
© AHF, Drucker/Verleger: McCann-Erickson; Typo Wenz Artwork GmbH

Abb. 2: ISG FFM, Best. V207, Nr. 53, © AHF

Abb. 3: ISG FFM, Best. V207, Nr. 53, © DAH, Illustration: Detlev Pusch

Abb. 4: ISG FFM, Best. V207, Nr. 89, © AHF

Frühjahrstagung des Verbandes der hessischen Kommunal- archivarinnen und -archivare in Darmstadt

Blick über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz:
Das Eifelarchiv in Mayen

Am 02. April 2025 trafen sich die Mitglieder des Verbandes der hessischen Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare zu ihrer Frühjahrstagung in Darmstadt.



Abb. 1: Das Eifelarchiv in Mayen ist ein Archivverbund der Stadt Mayen, der Verbandsgemeinde Vordereifel und des Geschichts- und Altertumsvereins für Mayen und Umgebung. Hauptsitz ist das unter Denkmalschutz stehende Alte Arresthaus in Mayen

Der Vorsitzende des Verbandes, Dr. Christoph Waldecker, begrüßte die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und leitete zu dem Thema der Veranstaltung über, das sich mit der Zusammenarbeit und Kooperation von Kultureinrichtungen mit archivischem Fokus beschäftigte. Als Referent konnte Stefan Wilden gewonnen werden, der 2024 im benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz die hauptamtliche Leitung des bislang ehrenamtlich betreuten Stadtarchivs Mayen übernommen hat. Er beschrieb die Aufgaben, Strukturen und Bestände des Eifelarchivs, das sich der Erforschung, Bewahrung und Vermittlung von Orts- und Regionalgeschichte widmet.



Abb. 2: Die ehemaligen Gefängniszellen des Alten Arresthauses wurden erhalten und werden heute als Archivmagazine genutzt

1997 wurde das Eifelarchiv durch Beschluss des Stadtrates als öffentliche Einrichtung konstituiert. Seit dem Jahr 2000 ist das Archiv im ehemaligen städtischen Arresthaus untergebracht, zusätzlich wurde 2025 das Obertor als Magazin in Betrieb genommen.

Das Eifelarchiv setzt sich im Prinzip aus drei Bauteilen zusammen, nämlich dem Stadtarchiv, dem Geschichts- und Altertumsverein (GAV) sowie der Verbandsgemeinde Vordereifel (VG-Archiv). Wie üblich gehört zu den Pflichtaufgaben des Archivs die Bewertung, Erschließung und Erhaltung der Archivalien sowie Benutzung und Auskunftsdienst, die gemeinschaft-

lich von den drei Teilarchiven wahrgenommen werden. Stadtarchiv und VG-Archiv beraten die Verwaltung. Anders sieht es bei den freiwilligen Aufgaben aus. Für Sammlungstätigkeit, Erforschung der Orts- und Regionalgeschichte, die Archivbibliothek, Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit, Beratung der privaten Archive und den zentralen Findnachweis ist das GAV-Archiv zuständig.

Die Arbeit basiert auf dem Landesarchivgesetz Rheinland-Pfalz sowie Vereinbarungen zwischen Stadt und Verbandsgemeinde.

Zu den Beständen des Archivs gehören klassischerweise Akten, Urkunden, Personenstandsbücher, Fotos, Audio- und Videomaterial, Zeitungen, Plakate, Baupläne, Karten sowie zahlreiche Deposita in Form von privaten Nachlässen oder Überlieferungen von Vereinen, Parteien und Institutionen.

Archivar Wilden wird bei seiner Tätigkeit von ehrenamtlichen Kräften, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Azubis unterstützt. Ziel des Eifelarchivs ist die Bewahrung des kulturellen Erbes, die Vermittlung von Geschichte und die Stärkung der regionalen Identität. Im Anschluss an den Vortrag bestand wie immer die Gelegenheit zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch.

Nach der anschließenden Mitgliederversammlung bestand noch Gelegenheit zu einer Führung durch das Haus der Geschichte in Darmstadt, alternativ dazu zu einem Stadtrundgang mit Besuch der Mathildenhöhe.

Sabine Raßner
Kreisarchiv Gießen



Abb. 3: Als Magazinerweiterung für die Archivkooperation wurde kürzlich das ebenfalls unter Denkmalschutz stehende Obertor in Mayen in Betrieb genommen

Abbildungsnachweise:

Abb. 1-3: © Stefan Wilden, Eifelarchiv

Ist das hessische Archivwesen auf dem Weg zum „Archivtainment“?

Diese Frage stellte sich der 46. Hessische Archivtag in Darmstadt. Die Antworten der Referierenden für die zahlreich angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer fielen vielschichtig aus.

Am 12. Juni 2025 fand der diesjährige Hessische Archivtag im Eckhart G. Franz-Saal des Hauses der Geschichte in Darmstadt statt. Die eintägige Konferenz, die vom Landesverband Hessen des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare in Kooperation mit dem Staatsarchiv Darmstadt sowie dem Stadtarchiv Darmstadt und dem Hessischen Wirtschaftsarchiv veranstaltet wurde, stand unter dem Titel *Auf dem Weg zum Archivtainment? Neue Formen der Vermittlung und Zielgruppenansprache durch Archive*.

Die Debatten des Tages sollten dabei um die Frage kreisen, wie viel Raum, Aufwand und Budget traditionellen Formaten der Vermittlung wie Ausstellungen, Vorträgen und Führungen im Archiv zukommen sollten und welchen Stellenwert innovative Erweiterungen dieser Formate unter anderem im digitalen Raum haben müssen. Zugleich wurde diskutiert, ob unterhaltende Elemente Bestandteil archivischer Öffentlichkeitsarbeit sein dürfen oder sogar müssen – und wenn ja, wie viel Unterhaltung in der historischen Vermittlung sinnvoll ist.

Die hohe Aktualität dieses Themas spiegelte sich auch in über 120 Anmeldungen wider. Zudem waren zahlreiche namhafte Aussteller aus dem Bereich der Archivtechnik und Archivausstattung mit Präsentationsständen zugegen. Bereits zu Beginn der Veranstaltung griffen die Grußwortredner die Bedeutung des Themas auf. Als Erstes sprach mit Timon Gremmels der Hessische Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur. Staatsminister Gremmels, der nach 2024 erneut Gast auf dem Hessischen Archivtag war, betonte die Bedeutung der Archive in der histo-

Abb. 1: Der VdA-Vorstand mit den Ehrengästen:
v.l.n.r. Peter Maresch, Stepan Schwenke, Dominik Motz
und Peter Quadflieg (alle VdA-Landesvorstand),
Staatsminister Timon Gremmels, Ingo Köhler
(Hess. Wirtschaftsarchiv), Oberbürgermeister Hanno Benz,
Bijan Kaffenberger MdL und Vizepräsident Peter Pelz (TU Darmstadt)



rischen Arbeit und ermutigte sie zu einer innovativen Vermittlung. Nach ihm sprachen auch Prof. Dr. Peter Pelz (Vizepräsident der TU Darmstadt), Prof. Dr. Ingo Köhler (Geschäftsführer des Hessischen Wirtschaftsarchivs) sowie Hanno Benz, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt Grußworte, in denen die Bedeutung einer zeitgemäßen und zielgruppenoffenen Kommunikation von Geschichte betont wurde.

Inhaltlich eröffnet wurde die Tagung mit einem Gespräch zwischen dem Leiter des Staatsarchivs Darmstadt, Dr. Rouven Pons, und dem Vorsitzenden des VdA-Landesverbands Hessen und Stadtarchivleiter von Wiesbaden, Dr. Peter Quadflieg. Im Zentrum des Austausches stand einerseits die kritische Einordnung des Begriffs „Archivtainment“. Zugleich berichtete Rouven Pons aus seiner praktischen Erfahrung

mit unterschiedlichsten Formaten und Vermittlungsformen, mit denen das Staatsarchiv Darmstadt versucht, den Bedürfnissen seiner Nutzerinnen und Nutzer sowie eines breiteren Publikums gerecht zu werden.

Im Anschluss an das Eröffnungsgespräch stellten Dr. Jan-Hendrik Evers und Maria Kobold vom Präsidialbüro des Hessischen Landesarchivs (HLA) unter dem Titel *Ganz neue Töne: Ein Werkstattbericht* das Podcast-Projekt des Hessischen Landesarchivs vor. Podcasts, als flexibles und leicht zugängliches Medium mit großer thematischer Bandbreite, bieten – das wurde schnell klar – neue Möglichkeiten der Archivvermittlung. Seit dem 1. Mai 2025 lädt das HLA Hörerinnen und

Hörer ein, in die hessische Geschichte anhand spannender Archivquellen einzutauchen. In der ersten Folge des Podcasts wird u. a. die Herausforderung thematisiert, queere Identitäten und Lebensgeschichten in Archivbeständen zu recherchieren. Weitere Episoden widmen sich Themen wie der Ahnen- und Familienforschung, den verschiedenen Formen der Ausbildung im Archiv, der zunehmenden Digitalisierung des Archivwesens, „True Crime“ im Archiv und dem Phänomen des Scheintods in historischer Perspektive.

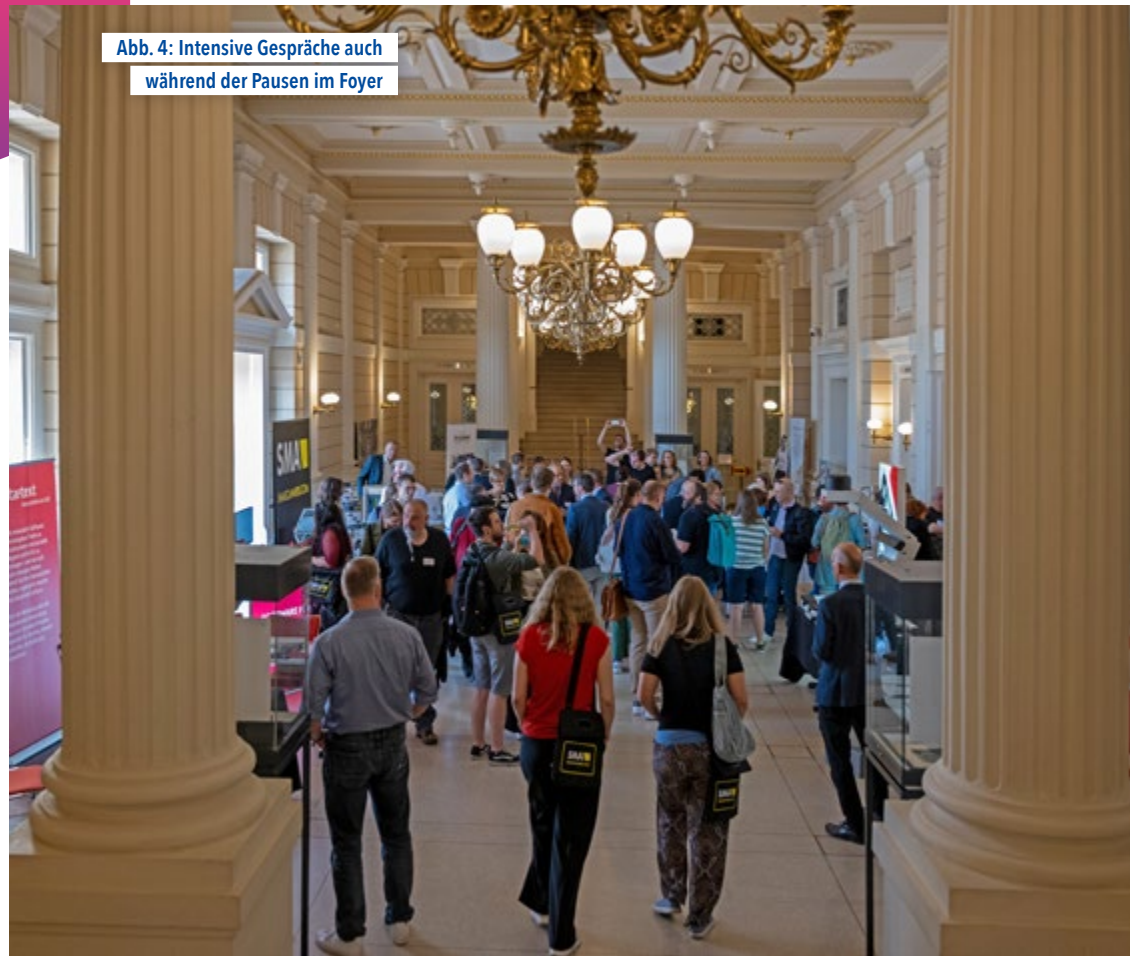


Abb. 2: Eröffnung des Archivtags im gut gefüllten Eckhart G. Franz-Saal



Abb. 3: Jan-Hendrik Evers und Maria Kobold bei ihrem Vortrag über den neuen Podcast des HLA

Abb. 4: Intensive Gespräche auch während der Pausen im Foyer



Den folgenden Vortrag hielten Dr. Joachim Kemper und Dr. Vaios Kalogrias vom Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg. Unter dem Titel *Nicht-Zielgruppen im Blick. Freiheitswerkstatt und Art for Public Residencies* stellten sie ein zentrales Projekt ihrer umfangreichen Vermittlungsarbeit vor. Im Rahmen einer Künstlerresidenz vom 2. Mai bis 15. Juli 2025, die unter dem Motto *Gesellschaft im Wandel* stand, arbeitete die Görlitzer Künstlerin Lisa Maria Baier öffentlich in einem „Future Pavillon“ auch mit historischem Bild- und Textmaterial, das ihr durch die Aschaffener Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurde. Der Bevölkerung bot sich im Rahmen des Projekts, das Teil des EU-Projekts *Dialog City* ist, die Chance, mit der Künstlerin persönliche visuelle Archive auszugestalten.

Nach der Mittagspause gewährte Simon Dietrich (Stadtarchiv Dillenburg) in seinem Praxisbericht *Zwischen Forschung, Facebook und Events. Das Konzept „Stadthistoriker“ und sein Potenzial für die archivische Vermittlungsarbeit* Einblicke in seine Tätigkeit. Dabei folgte er der Frage: Wie kann eine Stadtgeschichte in einer

Mittelstadt wie Dillenburg mit ihren rund 20.000 Einwohnern lebendig vermittelt werden? Neben klassischen Formaten wie Ausstellungen und Vorträgen experimentiert das Stadtarchiv Dillenburg durchaus. So wurden exemplarisch die bürgernahen Aktivitäten rund um das Gedenkjahr *300 Jahre Dillenburger Stadtbrand 2023* vorgestellt. Der verheerende Brand vom 14. und 15. Mai 1723, der große Teile der mittelalterlichen Stadt zerstörte, ist noch heute im kollektiven Gedächtnis der Dillenburger präsent. Zwei Führungen – in Herborn, dem Herkunftsort der vermeintlichen Brandstifterin, sowie in Dillenburg – vermittelten Hintergründe und Folgen

der Katastrophe. Eindrucksvolle Spielszenen und eine Lichtinstallation in der Oberstadt machten Angst, Leid und Hoffnung der damaligen Bevölkerung erlebbar.

Im nächsten Beitrag präsentierte Kay-Hermann Hörster, Projektleiter bei der KulturRegion FrankfurtRheinMain unter dem Titel *Die Archivalien zum Sprechen bringen? Archive als Akteure der Vermittlung in den Projekten der KulturRegion*. Die KulturRegion ist ein Zusammenschluss von 50 Landkreisen, Städten und Gemeinden der Rhein-Main-Region sowie des Regionalverbands FrankfurtRheinMain. Seit 2005 fördert die KulturRe-

» **Podcasts, als flexibles und leicht zugängliches Medium** mit großer thematischer Bandbreite, bieten – das wurde schnell klar – **neue Möglichkeiten der Archivvermittlung.** «



gion bundesländerübergreifend die kulturelle Zusammenarbeit. Archive nehmen dabei eine zentrale Rolle ein, da sie das kulturelle und administrative Gedächtnis der Region bewahren und vermitteln. So sind sie beispielsweise an Projekten zur Industriekultur wie den *Tagen der Industriekultur* oder der *Route der Industriekultur* beteiligt. Eine zentrale Rolle spielen Archive auch im Zuge des Kultur-Region-Projektes *Geist der Freiheit*, das unterschiedliche demokratiebezogene Themen, zuletzt etwa den 80. Jahrestag des Kriegsendes 1945 und die Veröffentlichung des Grundgesetzes vor 75 Jahren, aufgreift. Die Vermittlungsformen sind dabei stets auf möglichst breite Partizipation ausgerichtet. So fanden 2024 Lesungen des Grundgesetzes in historischen Straßenbahnen und Bussen oder eine mit szenischen Lesungen im öffentlichen Raum vermittelte Rückschau auf die Revolution von 1848 in der Region statt.

Den letzten Fachvortrag hielt Meike Betzold, Bibliothekarin der Stadt- und Schulbibliothek Kelsterbach und Mitglied im Vorstand des Landesverbands Hessen des deutschen Bibliotheksverbands (dbv). Unter dem Titel *Stadtbibliotheken als Dritter Ort: Ein Wohnzimmer für die Stadt* stellte sie die Angebote ihrer Bibliothek von frühkindlicher Leseförderung über die Medienpädagogik für Schülerinnen und Schüler bis hin zur Veranstaltungsarbeit für Seniorinnen und Senioren vor. Die anwesenden

Archivarinnen und Archivare zeigten sich durchaus beeindruckt von der Vielschichtigkeit und der Innovationsfreude der Kolleginnen und Kollegen aus dem Bibliothekswesen. So machte Maike Betzold deutlich, was die Stadt Kelsterbach im Kreis Groß-Gerau ihren rund 16.600 Einwohnern mit der Stadt- und Schulbibliothek bietet. Nämlich ein breit gefächertes Angebot: nicht nur rund 30.000 Medien inklusive Spielzeugausleihe, ein lebendiges Kulturprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, sondern auch Leseförderung, medienpädagogische Angebote für Kitas und Schulen, kostenloses WLAN und Internetarbeitsplätze. Die freundliche Atmosphäre mit Ruheräumen, Lesecafé und vielen Sitzgelegenheiten auf zwei Etagen fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und stärkt die lokale Identität. Das Stadtarchiv Kelsterbach wirkt als Kooperationspartner mit.

Im Anschluss an die Fachvorträge, die jeweils intensiv diskutiert wurden, fand die sogenannte „Aktuelle Stunde“ statt, in der u. a. die Archivberatung Hessen ihre Arbeit vorstellte.

Den Abschluss des Archivtages bildete die Mitgliederversammlung des Landesverbands Hessen im VdA. Nach einem Bericht über die Aktivitäten des Vorjahres und der Vorstellung des Kassenberichts wurde der Vorstand turnusgemäß neu gewählt. Dr. Peter Quadflieg (Vorsitzender), Dr. Dominik Motz (stellvertretender Vorsitzender), Peter Maresch (Schrift-

führer) und Dr. Stephan Schwenke (Schatzmeister) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Neu in den Landesvorstand gewählt wurde mit Julia Schneider die Leiterin der Archivberatung Hessen.

Der Archivtag war insgesamt keine Werbeveranstaltung für die Eventisierung des Archivbetriebs, sondern warb bei den hessischen Archiven dafür, den Dialog mit der Gesellschaft weiter aktiv zu suchen, über den Tellerrand hinauszublicken und dabei auch neue Wege auszuprobieren, um Quellen, Dienstleistungen und Expertise der Archive in den Diskurs einzubringen und so neue Zugänge auch zu komplexen historischen Sachverhalten zu schaffen.

Peter Quadflieg
Stadtarchiv Wiesbaden

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 2 und 4: © Nasser Amini, HStAD

Abb. 3: © Peter Quadflieg, VdA-Landesverband Hessen

Der Wilhelmsturm zu Dillenburg. Ein Oranierdenkmal mit transnationalen Bezügen

Am 29. Juni 2025 feierte der Dillenburger Wilhelmsturm sein 150. Jubiläum. Aus diesem Anlass veranstaltete das Stadtarchiv Dillenburg bereits 2024 eine wissenschaftliche Tagung, die das Oranierdenkmal und seine transnationalen Bezüge erstmals genauer in den Blick nahm. Nun liegen die Tagungsbeiträge in einem Sammelband vor.

Es wäre sicherlich kühn zu behaupten, beim Wilhelmsturm handele es sich um ein in Hessen weithin bekanntes Denkmal. Zwar trifft das auf den Lahn-Dill-Kreis und die nähere Umgebung zweifelsfrei zu, doch Bewohnerinnen und Bewohner aus anderen Teilen des Bundeslandes werden in der Regel wohl weder ein konkretes Bild vor Augen haben noch überhaupt ahnen, welchen Wilhelms hier eigentlich gedacht wird. Viele haben aber bestimmt – ob bewusst oder unbewusst – schon einmal einen Blick auf das rund 40 Meter hohe Bauwerk erhaschen können: Bei einer Fahrt auf der Bundesautobahn 45 in Richtung Siegen scheint der markante Turm nämlich kurz über dem Dillenburger Schlossberg auf.

Der Wilhelmsturm wurde in den Jahren 1872 bis 1875 errichtet. Anders als die meisten seiner Namensvettern ist er nicht dem damaligen Hohenzollern-Kaiser gewidmet, sondern dem Anführer des niederländischen Un-

abhängigkeitskrieges, Fürst Wilhelm von Oranien (der „Schweiger“). Dieser wurde 1533 als Sohn Wilhelms des Reichen auf dem Residenzschloss der Grafen von Nassau-Dillenburg geboren. 1544 verließ er die nassauische Heimat, um am habsburgischen Hof in Brüssel erzogen zu werden. Als einer der wichtigsten Hochadeligen floh er 1567 aus den Niederlanden und hielt sich bis 1572 im Dillenburger Exil bei seinem Bruder Johann VI. auf, von wo aus er seine Feldzüge gegen die Spanier plante und publizistisch rechtfertigte.

Angesichts dieser Umstände verwundert es kaum, dass Dillenburg insbesondere für Menschen aus den Niederlanden, wo Wilhelm von Oranien als „Vater des Vaterlandes“ gilt, zum Erinnerungsort avancierte. Selbst die Zerstörung des eindrucksvollen Residenzschlosses – und damit des eigentlichen Geburtsortes – im Siebenjährigen Krieg 1760 verminderte diese Anziehungskraft

nicht. Mittelpunkt des Oraniergedenkens war fortan die „Wilhelmslinde“ auf dem Schlossberg, unter der der Schweiger 1568 eine Gesandtschaft aus den Niederlanden empfangen haben soll.

Ansonsten aber gab der Schlossberg damals kein gutes Bild ab: Zwar bestand neben der Wilhelmslinde auch eine Gaststätte, doch den Großteil des Geländes dominierten Privatgärten. Überall auf dem Gelände standen Mauerreste und lag Geröll herum. Die Bevölkerung nutzte die Ruinen lange Zeit als Steinbruch. Eher abschreckend wirkte auf die Gäste zudem die Nachbarschaft des „Criminal-Gefängnisses“, das im einzigen 1760 unversehrt gebliebenen

Abb. 1: Der Wilhelmsturm auf dem Dillenburger Schlossberg



Gebäudekomplex untergebracht war. Kurz gesagt: Der Schlossberg war in einem Zustand, den die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zunehmend als unangemessen empfanden. Und so ergriffen 1865 einige die Initiative, das historische Ruinengelände zu verschönern und Wilhelm von Oranien dort mit einem Denkmal zu ehren.

Die Stadt selbst hatte zu diesem Zeitpunkt rund 3.600 Einwohner, es herrschten also beschauliche Kleinstadtverhältnisse. Immerhin hatte die Industrialisierung durch den 1862

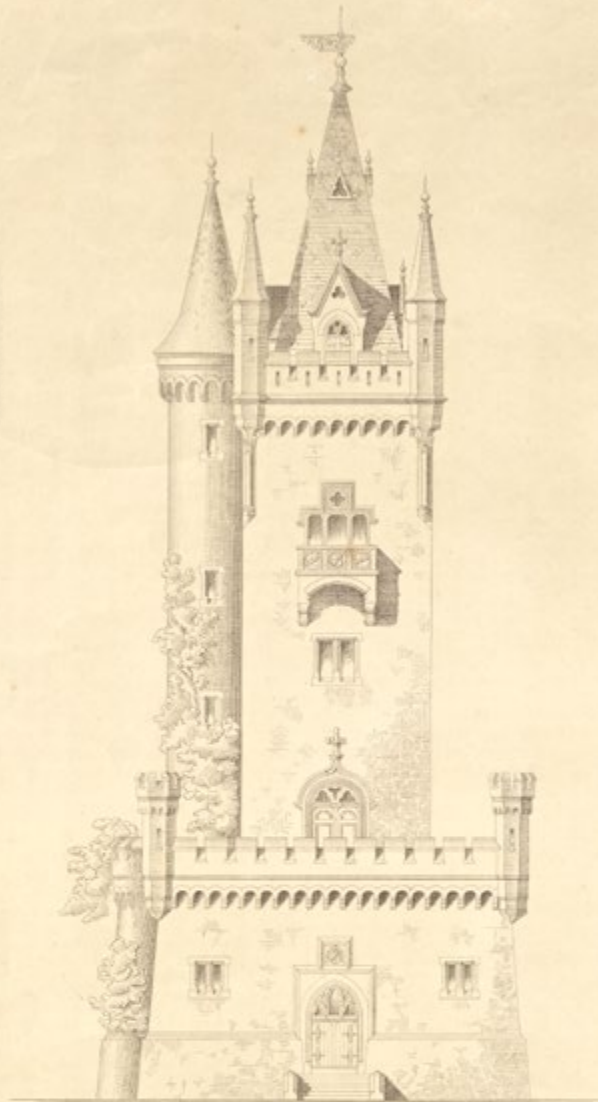
erfolgten Anschluss an die Köln-Gießener Eisenbahn einen kräftigen Schub erhalten. Fabriken wuchsen und wurden neu gegründet. Eine wichtige Rolle spielten aber vor allem die zahlreichen Behörden: Dillenburg war eine Beamtenstadt.

Zu den Initiatoren des Turmbaus zählte 1865 neben dem Kaufmann August Gail vor allem der Gymnasialdirektor August Spieß. Sie entwickelten maßgeblich die Idee, den berühmtesten Sohn der Stadt durch ein Turmdenkmal zu ehren. Dieses sollte

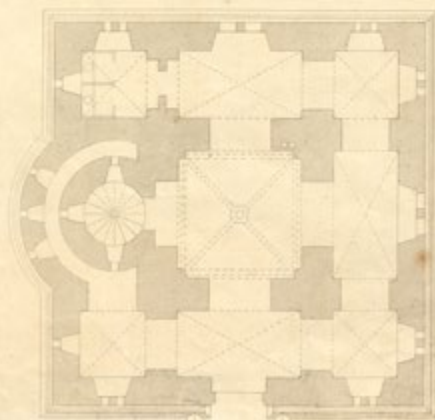
ihren Überlegungen zufolge mehrere Funktionen erfüllen: Es war gleichermaßen als rekonstruierter Burgturm, als Aussichtsturm und als oranischer Erinnerungsort konzipiert und sollte zudem als Landmarke schon von Weitem Touristen nach Dillenburg locken. Die Belebung des Fremdenverkehrs zählte von Anfang an zu den expliziten Zielsetzungen der Erbauer.



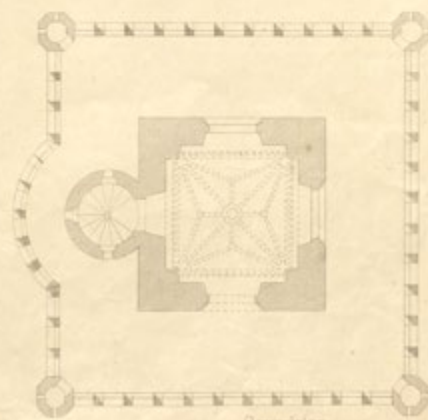
ENTWURF ZU EINEM THURM
AUF DEN SCHLOSS - RUINEN ZU DILLENBURG



Vordere Ansicht



Grundriss
des Unterkassens



Grundriss
der ersten Plattform

1:1000

Was rechtfertigt es nun aber eigentlich, so möchte man vielleicht fragen, diesem Dillenburger Oranierdenkmal eine wissenschaftliche Tagung inklusive Sammelband zu widmen? Ausgangspunkt der Tagungsidee, die das Stadtarchiv Dillenburg seit 2022 in Kooperation mit dem Hessischen Institut für Landesgeschichte entwickelte, war ein bemerkenswertes Missverhältnis zwischen seiner behaupteten Ausnahmestellung einerseits und dem Forschungsstand andererseits.

So hatte nämlich der Wiesbader Archivar und Landeshistoriker Wolf-Heino Struck den Wilhelmsturm bereits 1984 – wenn auch eher in einem Nebensatz – wegen seiner „übernationalen Verbindung mit den Niederlanden“ als Sonderfall charakterisiert.¹ Trotz dieser bemerkenswerten Perspektivierung blieb es die folgenden 40 Jahre erstaunlich ruhig um die Erforschung des Denkmals, sieht man einmal von einigen kleineren lokalhistorischen Aufsätzen im Jubiläumsjahr 2000 ab. Selbst wichtige Zusammenhänge vor Ort – etwa die Vorgeschichte, die konkreten Motivationen der Erbauer sowie die Zusammensetzung des Denkmalkomitees – waren bislang nicht genauer geklärt.

Und so setzte sich die im September 2024 im Dillenburger Rathausaal veranstaltete Tagung zum Ziel, die These Strucks zu überprüfen und archivische Quellen zu befragen, um den Wilhelmsturm aus verschiedenen Perspektiven zu kontextualisieren und ihn vor allem in der Denkmalandschaft des 19. Jahrhunderts zu verorten. 13 Referentinnen und Referenten, deren Beiträge



Abb. 3: Die wissenschaftliche Tagung *Der Wilhelmsturm. Das Dillenburger Oranierdenkmal im Kontext* fand im September 2024 im Dillenburger Rathausaal statt

Unter dem Schlagwort „Denkmalkultur, Aussichtstürme und Burgruinen:

seit Juni 2025 nun in einem bei der Historischen Kommission für Nassau erschienenen Sammelband vorliegen, haben dazu auf ganz unterschiedliche Weise beigesteuert.

Ein erster Abschnitt des Bandes verfolgt die Entwicklung des Schlossberges „von der nassauischen Residenz zum Erinnerungsort Wilhelmsturm“. Die hier versammelten Aufsätze widmen sich zunächst dem „Schloss Dillenburg als nassauische Residenz im 16. Jahrhundert“ (Brigitte Streich), nehmen „Vorgeschichte, Idee und Trägerkreis des Oranierdenkmals“ (Simon Dietrich) in den Blick und gehen schließlich auf die wichtigste Mäzenin des Turmprojekts, Prinzessin Marianne der Niederlande, ein (Hartmut Heinemann).

Die zweite Sektion nimmt sodann eine breitere Perspektive ein und thematisiert allgemein die „Oranierrezeption bis ins 19. Jahrhundert“, was aber nicht zuletzt den nötigen Kontext schafft, um das Dillenburger Oraniergedenken sowie insbesondere den Wilhelmsturm in ältere Deutungstraditionen einordnen zu können. Hier finden sich Beiträge zur „Ikonografie Wilhelms von Oranien“ (Malena Rotter), zu drei ausgewählten Grablagen des Hauses Oranien-Nassau (Raingard Esser) sowie zur Rezeption des Schweigers in den Niederlanden (Lotte Jensen).

Der Wilhelmsturm im Vergleich“ wendet sich das dritte Kapitel wieder dem untersuchten Bauwerk zu. Während ein einleitender Beitrag zur „Denkmalkultur im Kaiserreich“ (Winfried Speitkamp) zunächst einen allgemeinen Überblick bietet, tragen Aufsätze zu Aussichtstürmen (Andreas Martin), zur „baulichen Unterhaltung und touristischen Erschließung“ nassauischer Burgen (Jens Friedhoff) sowie zu dem Wiesbader Wilhelm-von-Oranien-Denkmal von 1908 (Peter Quadflieg) dazu bei, die Besonderheiten des Dillenburger Turms herauszuschälen.



Abb. 4: Unter anderem anhand von historischen Ansichtskarten eruiert Angela Schwarz im Sammelband die Bedeutung des Wilhelmsturms für den Tourismus im Kaiserreich. Auf dieser Karte notierten die Absender in Bezug auf das Denkmal: „Hier ist's sehr schön!“



Abb. 5: Obwohl Wilhelm von Oranien anlässlich seines 400. Geburtstages 1933 auch in Dillenburg nationalsozialistisch vereinnahmt wurde, wie Katherine Lukat in ihrem Beitrag zeigt, empfanden einige sein Denkmal als überkommen. Der 1934 vorgelegte Plan zur Umgestaltung des Turms in NS-Ästhetik wurde aber nie umgesetzt

422.

INTEEKENLIJST.

EDENKTOREN te DILLENBURG in NASSAU,

TER EERE VAN

Prins Willem den Eerste,

waarvan de eerste steen gelegd wordt 29 Juni 1872.

het opschrift op den Toren in de Hoogduitsche en de Nederlandsche taal zal zijn:

TOT GEDACHTENIS VAN
WILLEM VAN ORANJE,

den grooten Staatsman en Volksvriend,
den Grondlegger van Neêrlands vrijheid,
door het Nassausche geboorteland
en Nederland
vol dankbaarheid
gemeenschappelijk opgericht
ten jare 1872.

De ondergeteekenden noodigen bij deze hunne landgenooten uit, om met eene grootere bijdrage bovenvermelden bouw te ondersteunen.

Zij bieden hun daartoe deze Inteekeelijst aan, met verzoek om daarop hunnen naam en hunner giften te plaatsen.

*De Commissie van Uitvoering in Nederland
voor den Willemstoren te Dillenburg,*

April 1872.

W. FRANCKEN Az., te Rotterdam, Voorz.
Mr. J. W. LASONDER, te Groenlo, Secr.
E. H. LASONDER, te Leeuwarden, Penningm.
Dr. JONCKBLOET, te 's Hage.
Generaal KNOOP, te 's Hage.
Generaal VON PESTEL, te Utrecht.
Jhr. STORM VAN 's GRAVESANDE, te Vorden.

Im vierten und letzten Abschnitt steht das namensgebende Oranierdenkmal wieder ganz allein im Fokus. Unter dem Titel „Museum, Tourismus und Rezeption“ fragen die Autorinnen und Autoren nach der geschichtstouristischen Vermarktung des Wilhelmsturms (Angela Schwarz) sowie nach der Rezeption des Schweigers im Nationalsozialismus, besonders während der Oranierfeiern von 1933 (Katherine Lukat), und stellen schließlich den „Wilhelmsturm als Museum“ vor (Daniel Groth).

Wie schon dieser kurze Überblick andeutet, bereichern die thematisch wie zeitlich weit gespannten Tagungsbeiträge den Forschungsstand zum Wilhelmsturm erheblich. Die Entstehungs-, Nutzungs- und Rezeptionskontexte des Denkmals sind nun weitaus gründlicher ausgeleuchtet, als dies bisher der Fall war. Auch treten seine breit gefächerte Konzeption sowie die Beweggründe seiner Erbauer klarer hervor und lassen das weite ideengeschichtliche Feld zwischen regionalem Geschichtsbewusstsein, Ruinenromantik, Tourismusförderung und bürgerlicher Naturbegeisterung erkennen, aus dem der Turmbau hervorging.

Abb. 6: Die transnationale Verflechtung des Turmbaus zeigt sich unter anderem daran, dass auch in den Niederlanden ein Denkmalkomitee um Spenden warb

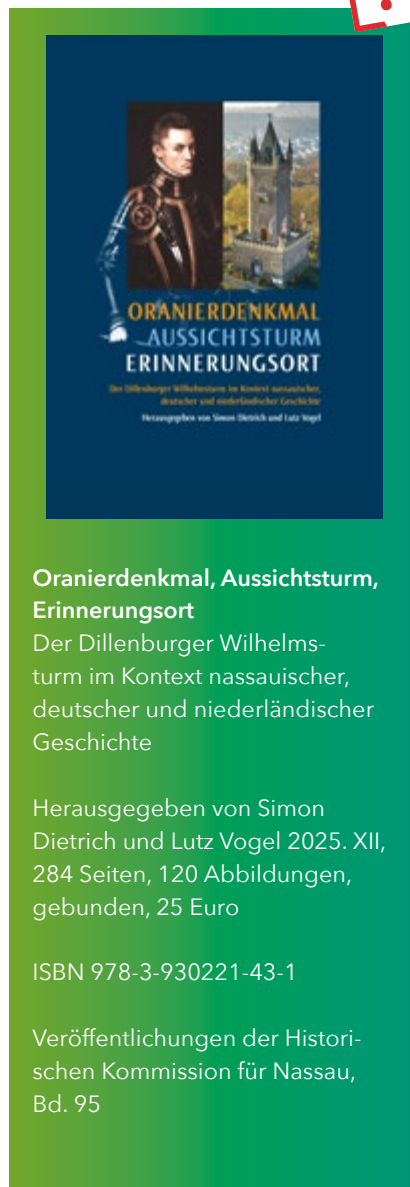
Vor allem aber bestätigt sich die 1984 geäußerte These Wolf-Heino Strucks auf beachtliche Weise: Der Wilhelmsturm darf in der Denkmallandschaft seiner Zeit tatsächlich als Besonderheit gelten. Während Denkmäler im Kaiserreich üblicherweise einen nationalen Bezug aufwiesen, ehrte der Wilhelmsturm einen regionalen Adligen, der in den Niederlanden zum Nationalhelden avanciert war. Auch die Finanzierung des Wilhelmsturms gestaltete sich äußerst ungewöhnlich. Spenden für den Bau sammelte neben einem Dillenburger auch ein niederländisches Denkmalkomitee; Erfolg hatte vor allem letzteres. Am Ende stemmten niederländische Gönner fast 80 % der Gesamtkosten (29.129 Taler)! Ein Großteil dieser Summe kam von Prinzessin Marianne der Niederlande, ohne die der Bau vermutlich niemals zustande gekommen wäre.

Der transnationale Charakter des Denkmalprojekts zeigte sich schließlich auch bei den Feiern zur Grundsteinlegung (1872) und Einweihung (1875). Zahlreiche niederländische

Gäste waren jeweils anwesend, es wurden neben der preußischen auch die niederländische Nationalhymne sowie das bekannte *Wilhelmuslied* gesungen. „Zwei Völker“, so drückte es ein Zeitgenosse aus, feierten hier gemeinsam „an der Wiege eines großen Mannes“.

Ein niederländisches Nationaldenkmal auf nassauischem Boden, initiiert und organisiert von Dillenburgern, finanziert zum Großteil aus den Niederlanden – das dürfte ein nahezu einzigartiger Fall innerhalb der national geprägten Denkmallandschaft des 19. Jahrhunderts gewesen sein.

Simon Dietrich
Stadtarchiv Dillenburg



Oranierdenkmal, Aussichtsturm, Erinnerungsort

Der Dillenburger Wilhelmsturm im Kontext nassauischer, deutscher und niederländischer Geschichte

Herausgegeben von Simon Dietrich und Lutz Vogel 2025. XII, 284 Seiten, 120 Abbildungen, gebunden, 25 Euro

ISBN 978-3-930221-43-1

Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 95

Abb. 7: Der Sammelband *Oranierdenkmal, Aussichtsturm, Erinnerungsort* ist im Juni 2025 im Verlag der Historischen Kommission für Nassau erschienen

¹ Struck, Wolf-Heino: Heimatliches Geschichtsbeußtsein hier und heute. Zum 100jährigen Bestehen der Geschichtsvereine in Dillenburg und Herbörn, in: Nassauische Annalen 95 (1984), S. 209-229, hier S. 214.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: © Dominik Ketz

Abb. 2: StadtA DIL, Best. D 1.1, Nr. 23c

Abb. 3: © Oranienstadt Dillenburg

Abb. 4: Privatsammlung Heinz-Georg Clös, Dillenburg

Abb. 5: StadtA DIL, Best. C 1.1, Nr. 1

Abb. 6: StadtA DIL, Best. C 1.1, Nr. 58i

Abb. 7: © Historische Kommission für Nassau

Neugestaltung des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen

Das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen hat jüngst einen umfassenden Relaunch erfahren, der nicht allein die äußere Gestalt der Fachanwendung des Hessischen Instituts für Landesgeschichte (HIL) betrifft, sondern mit einer Fülle neuer Funktionen, Leistungen und Dienste einhergeht. Der unten gegebene Überblick fasst die wichtigsten von ihnen zusammen.

Als das unter seinem Akronym LAGIS bekannt gewordene Informationssystem zum Jahreswechsel 2004/05 vom damaligen Wissenschaftsminister Udo Cordts seiner Bestimmung übergeben wurde, gehörte es zu den ersten größeren Landes- bzw. Regionalportalen im deutschsprachigen Raum.¹ Seit nunmehr zwei Jahrzehnten verbindet LAGIS aus vorhandenen Quellen aufbereitetes Wissen mit Fachinformationsressourcen, die exklusiv für das System erarbeitet werden. Sein kontinuierlicher Ausbau erfolgt in einem breiten Kooperationsgefüge mit Partnern aus Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Kulturerbe und Public History.

Von Beginn an gehörte die Mobilisierung und damit Demokratisierung von Wissen zu den vorrangigen Zielen des Informationssystems, zu denen auch die Schaffung von Mehrwerten und Alleinstellungsmerkmalen im

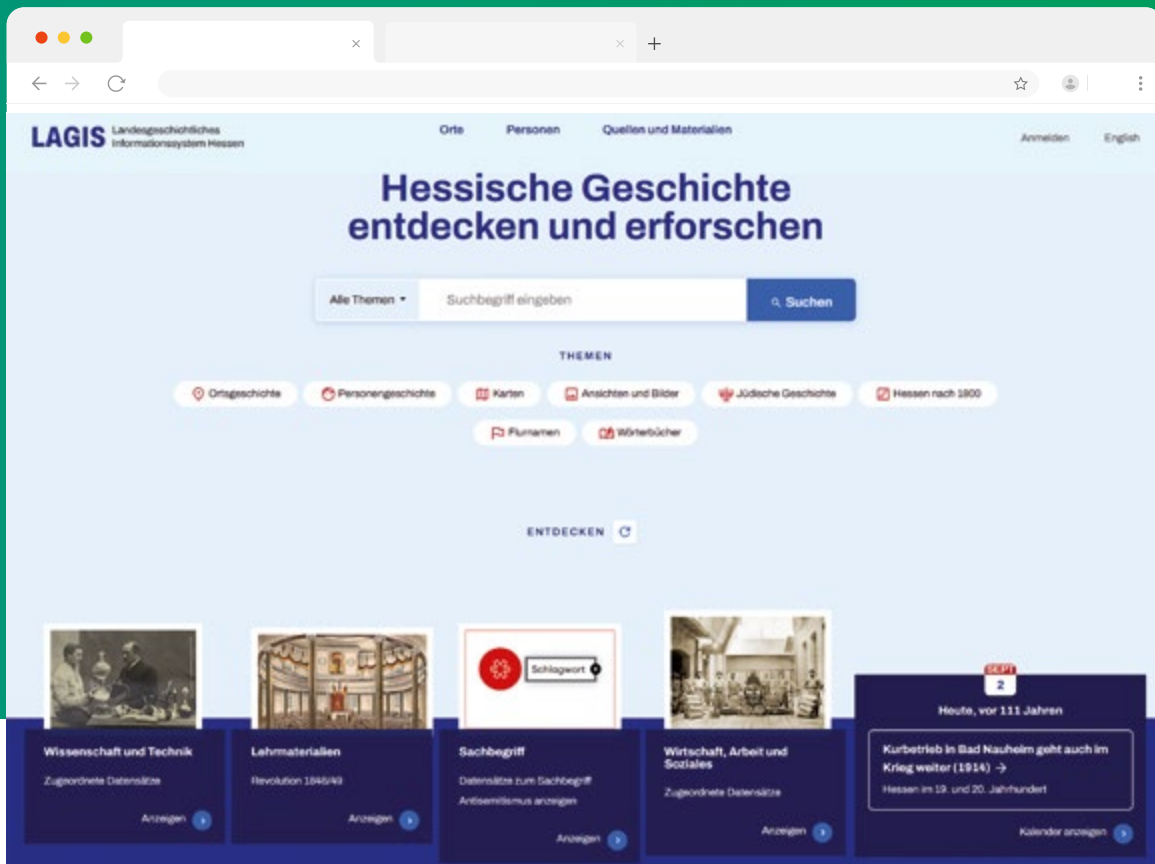
Zuge der Wissensaufbereitung zählt. LAGIS stellt in annähernd zwei Millionen Informationseinheiten² (Stand: November 2025) amtlich gesichertes Wissen zu allen bestehenden und historischen Orten in Hessen, zur territorialen Entwicklung des Landes, zu Zehntausenden handelnden Personen sowie zu zahlreichen weiteren Aspekten der hessischen Geschichte und Landeskunde uneingeschränkt online zur Verfügung. In den in der Arbeitsgemeinschaft deutschsprachiger Portale zur Regionalgeschichte und Landeskunde – kurz: AG Regionalportale – vertretenen Portalvorhaben stellt LAGIS insofern eine Besonderheit dar, als seine mehr als 30 Einheiten – darunter das *Historische Ortslexikon*, die *Historischen Kartenwerke*, die *Hessische Biografie* sowie verschiedene zeitgeschichtlich orientierte Module – stark differenzierte individuelle Datenmodelle aufweisen. Sie schaffen die Voraussetzung für sehr leis-

tungsfähige, zielgruppenorientierte Recherchemöglichkeiten. Als weitere Besonderheit darf gelten, dass LAGIS als Arbeitsgebiet des HIL gesetzlich verankert ist.³ Neben der institutionellen Förderung, die die Pflege und Entwicklung des Systems auf dieser Basis erfährt, hat das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK), in dessen Geschäftsbereich das HIL ressortiert, den Relaunch mit einer großzügigen Projektförderung unterstützt.

Die Neuerungen im Überblick

Die augenfälligste Veränderung gegenüber der Vorversion ist das moderne, Usability-freundliche und responsive Design. Weitere Neuerungen erschließen sich ebenfalls bereits auf der Startseite: das zentral angeordnete Eingabeformular für die übergreifende Suche, die der verbesserten

Abb. 1: Die neue Startseite von LAGIS mit dem Eingabeformular für die übergreifende Suche, der Themengliederung und dem „Entdecken“-Bereich



Organisation des verzeichneten Wissens dienende neue Strukturebene „Themen“ sowie der prominent angeordnete „Entdecken“-Bereich, der zu Erkundungen des Informationssystems einlädt und so dem in modernen Webanwendungen gern befolgten Serendipitätsprinzip Rechnung trägt.

Bei der Konzeption der neuen Such- und Interaktionswerkzeuge war die Leitfrage maßgeblich, wie das in beinahe zwei Millionen Informationseinheiten gespeicherte Wissen so aufgeschlossen werden kann, dass effiziente, zielführende Recherchen gewährleistet sind. Diesem Ziel dienen zunächst die für die modulübergreifende Suche eingerichteten, überall verfügbaren Filter bzw.

Facetten. Sie erlauben die schrittweise nachträgliche Eingrenzung großer Ergebnismengen nach räumlichen bzw. politisch-administrativen Kriterien – Region, Landkreis, Gemeinde – und/oder definierten zeitlichen Abschnitten. Die erwähnte neue Strukturebene „Themen“ erlaubt weitere – eben thematisch orientierte – Eingrenzungen. So sind etwa alle in Kooperation mit der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen realisierten Module⁴ unter dem Thema „Jüdische Geschichte“ zu einem dedizierten Suchraum zusammengefasst, der sowohl in Kombination mit den erwähnten Filtern als auch ohne diese genutzt werden kann. Nutzerinnen und Nutzer werden so sukzessive an die sie interessierenden Inhalte auf Modulebene herangeführt, ohne sich

durch Unmengen vermeintlicher Treffer (sog. *false positives*) buchstäblich kämpfen zu müssen.

Weniger offensichtlich, aber mit zusätzlichen erheblichen Mehrwerten verbunden ist die neue Architektur von LAGIS, nämlich die konsequente Trennung von Frontend – das, was Nutzende im Browser sehen – und Datenbank-Backend. Ohne diese Aufteilung wäre die angestrebte, mit einer maßgeblichen Effizienzsteigerung einhergehende Realisierung des neuen LAGIS als Einzelseiten-Webanwendung (*Single-Page Application*, SPA) nicht möglich gewesen.⁵ Daneben wird durch die neue Architektur die Implementierung sogenannter *Linked-Open-Da-*

LAGIS Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen

Orte Personen Quellen und Materialien Anmelden English

← Suchergebnisse Ergebnis 3579 von 13291 Historisches Ortslexikon - Suchbegriff eingeben

Orte > Historisches Ortslexikon > Alle Orte > Fritzlar (ID 4112)

Fritzlar

Stadt · 220 m über NN

- Gemeinde [Fritzlar](#)
- Landkreis [Schwalm-Eder-Kreis](#)
- Topografische Karten [KDR 100, TK25 1900 fl.](#)
- Urkataster+ [Fritzlar](#)
- Verortung [Externe Kartenangebote](#)

Luftaufnahme aus dem Jahre 1980

Siedlung

Statistik
Verfassung
Besitz
Kirche und Religion
Kultur
Wirtschaft
Nachweise
Siehe auch
Nachnutzung
Zitiervweise

Ortstyp

Stadt

Lagebezug

26 km südwestlich von [Kassel](#)

Lage und Verkehrslage

Ehemalige Kreisstadt am West-Rand des Fritzlar-Waberner Beckens in Terrassenlage über einem nach Süden zum Edertal abfallenden Steilhang. Altstadt mit annähernd rechteckigem Grundriss; Mauerbering mit Türmen noch weitgehend erhalten. Im Süden, unmittelbar über dem Steilhang, Stiftskirche mit Kreuzgang und ehemaligen Stiftsgebäuden. Um die Kirche nach Norden und Osten ovaler Platz (ehemaliger "Unterer Friedhof") mit ehemaligen Stiftsherrenkurien; der Platz setzt sich rechteckig nach Westen fort ("Oberer Friedhof"). Chaussee nach [Gudensberg](#) und [Bad Zwesten](#). Südlich der Stadt kreuzen sich die Bundesstraße 3 (alte Frankfurt - Kasseler Landstraße) und die Bundesstraße 253 (Nördlicher Zug der alten Köln - Leipziger Straße); die Bundesstraße 450 (alte Landstraße Hersfeld [= Bad Hersfeld] - Paderborn) führt von hier nach Norden. Weitere Anbindung an das Straßenverkehrsnetz über die Landesstraßen L3214, L3150 und L3426, sowie die Kreisstraßen K13 und K75. Die östlich der Stadt gelegene Bundesautobahn 49 folgt dem Verlauf der Bundesstraße 3. Bahnhof der [Eisenbahnlinie Wabern – Bad Wildungen – Korbach](#) (Inbetriebnahme der Strecke 15.7.1884) südlich der Eder.

Ersterwähnung

724

Siedlungsentwicklung

723/724 gründete Bonifatius ein Benediktinerkloster, dessen erster Abt Wigbert wurde. Ursprüngliche Siedlung (fränkischer Stützpunkt, Pfalz Karls des Großen) mit kirchlichem Bezirk (Kloster, später Stift) am Rande der steil zur Eder abfallenden Hochterrasse. An die "Domimmunität" nördlich anschließend die spätestens Anfang 11. Jahrhundert angelegte Kaufmannssiedlung mit langgestrecktem Markt. Die weiterfassende Ummauerung (frühes 12. Jahrhundert) zwischen 1232 und 1237 im Osten und zwischen 1320 und 1327 im Westen erweitert. Im 13. Jahrhundert wird am Steilhang über der Eder im Süden der Stadt um das Katharinenkloster die 1280 erstmals genannte Neustadt errichtet. 1464: Vereinigung von Alt- und Neustadt. Moderne Ausbauten des 20. Jahrhunderts nach Norden und am westlichen Stadtrand. Kleinere Wohnsiedlungen entstanden ferner südlich der Eder um Bahnhof, Kasernen und Flugplatz.

Historische Namensformen

- Fritestar* (zwischen 723 und 732/33) [Vita Wigberti Monumenta Germaniae Historica Scriptores 15, 1 capitulum 5 S. 39 = [Leben und Wundertaten des Heiligen Wigbert](#), Kap. 5, S. 63]
- Fridestare*, in (732/33) [IX]
- Fritzlar* (1145)
- Friczlar*, in (1147)
- Frisselaria*, in (1170)
- Fridislar*, in (1180) [HStAM Bestand Urk. 27 Nr. 605]

der Wiedergabe basaler Angaben im Kopfbereich, einer Galerie, der Gliederungsübersicht und dem Inhaltsbereich (hier stark verkürzt wiedergegeben)

ta(LOD)-Dienste – und damit die Anbindung von LAGIS an verteilte Systeme wie Wissensgraphen oder das projektierte hessische Kulturgutportal – deutlich vereinfacht. Last not least ist die Trennung von Frontend und Backend eine wichtige Voraussetzung für sehr viel kürzere und schnellere Release-Zyklen, wird künftig in der Regel doch allein das Frontend neu zu gestalten sein.

Spezielle Angebote für den Schulunterricht, interaktive Formulare

Was gibt es darüber hinaus Neues? Da sind zuallererst die speziellen Angebote für den Einsatz im Schulunterricht zu nennen, die ihren Niederschlag im ereignisgeschichtlich orientierten Modul *Hessen im 19. und 20. Jahrhundert* gefunden haben. Thematisch inspiriert von den Inhalten der hessischen Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe werden in Ver-

bindung mit wichtigen Ereignissen der hessischen Geschichte stehende Originalquellen in Transkription bereitgestellt, die nach dem Prinzip der territorialen und inhaltlichen Repräsentativität ausgewählt wurden. Auch für dieses unter dem Titel *LAGIS in der Schule* geführte Vorhaben hat das HIL eine Projektförderung durch das HMWK erhalten.

Von großem Nutzen sind die neuen interaktiven Formulare der erweiterten Suche. Mit ihr, die für nahezu alle Module verfügbar ist, untermauert LAGIS seinen Anspruch, auch als Forschungsinstrument einsetzbar zu sein. Neu an ihnen ist, dass Nutzerinnen und Nutzer bei jeder Interaktion – etwa der Eingabe eines Suchbegriffs in ein Formularfeld oder der Auswahl eines Eintrags aus einer Werteliste – noch vor dem Absenden des Formulars Rückmeldung darüber erhalten, wie viele Treffer die Suche erzielen wird. Besonders nützlich ist diese

Form der Interaktion im Zusammenhang mit einer Visualisierung der Suchergebnisse im Kartenbild, das veränderte Suchparameter umgehend widerspiegelt.

Die Kooperation mit dem Landesarchiv

Visualisierungen im Kartenbild mögen als Stichwort dienen, um abschließend weitere Neuerungen an zwei Beispielen zu illustrieren, die auf der engen Kooperation zwischen dem Landesamt und dem Landesarchiv basieren. Seit vielen Jahren gehört die unter der Bezeichnung *Hessische Geburten-, Ehe-, Sterberegister* firmierende Schnittstelle zu den über Arcinsys publizierten digitalisierten Personenstandsnebenregistern des Hessischen Personenstandsarchivs zu den besonders stark nachgefragten Angeboten in LAGIS. Die in jüngerer Zeit intensiv verfolgten, von den Kollegen Niklas

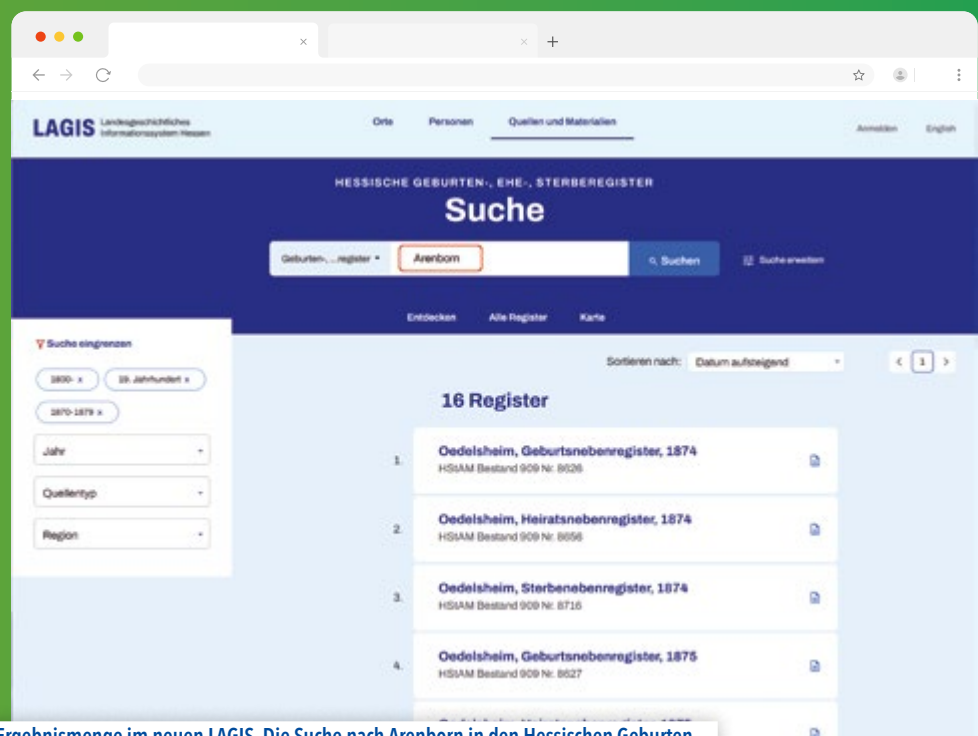


Abb. 3: Beispiel für eine Ergebnismenge im neuen LAGIS. Die Suche nach Arenborn in den Hessischen Geburten-, Ehe-, Sterberegistern weist als Ergebnis nach zeitlicher Eingrenzung in mehreren Stufen 16 Treffer für die Jahre 1870 (genauer: 1874) bis 1879 aus. Das Wissen um die Zugehörigkeit Arenborns zum Standesamtsbezirk Oedelsheim im hier sichtbaren Zeitraum ist im Datenbank-Backend bzw. im Volltextindex hinterlegt

Alt und Marco Müller verantworteten Arbeiten des HIL im Bereich Geoinformatik/digitale Kartografie haben die Voraussetzungen für erweiterte Suchmöglichkeiten über diese Schnittstelle geschaffen. Dafür nämlich, dass Recherchen nach den für einen bestimmten Ort einschlägigen Personenstandsregistern auch dann erfolgreich sind, wenn dieser nie einen eigenen Standesamtsbezirk bildete – und so namentlich gar nicht fassbar ist. Sucht man etwa nach den Registern, die Geburten, Heiraten und Sterbefälle des ganz im Norden Hessens gelege-

nen Arenborn verzeichnen, so „weiß“ LAGIS auf der Basis der für jeden Zeitabschnitt vorab ermittelten Geometrien, dass der Ort von 1874 bis 1877 zum Standesamtsbezirk Oedelsheim, von 1878 bis 1968 zu Vernawahlhausen, von 1969 bis 1971 wieder zu Oedelsheim gehörte und seitdem zu Oberweser gehört. Durch im Vorfeld durchgeführte sogenannte *Point-in-polygon*-Abfragen an die zugrunde liegende Geo-Datenbank konnten die so ermittelten Zugehörigkeiten in den Volltextindex bzw. das Ortsregister aufgenommen werden.

Ein weiteres Beispiel betrifft die gemeinsam von HIL und HLA als LAGIS-Modul realisierte Datenbank *Hessische Auswanderer*.⁶ Eine Besonderheit hier ist, dass die Einzeldatensatzansicht zu einem Auswanderungsbeleg nicht nur eine statische Hessenkarte mit der Lokalisierung des Herkunftsorts beinhaltet, sondern auch eine frei skalierbare Weltkarte, die zusätzlich das Auswanderungsziel markiert. Realisiert ist diese Funktion über die zugewiesene Geonames-ID⁷, die die Kooperationspartner im Rahmen der Aufbereitung der in den

» Die augenfälligste Veränderung gegenüber der Vorversion ist das **moderne, Usability-freundliche und responsive Design.** «
 //////////////////////////////////////

The screenshot shows the LAGIS (Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen) web interface. The main content area displays a record for 'Albrecht, ?, Pferdsbach, 1846', identified as a 'Beleg aus Darmstadt (Hessisches Staatsarchiv Darmstadt)'. Key details include:

- Auswanderungsziel:** Amerika (Nord)
- Beruf:** Bürgermeister
- Konfession:** [keine Angabe]

 A world map on the right highlights the migration route from Darmstadt, Germany, to North America. Below the record, a table provides further metadata:

Herkunft	Herkunft
Ziel	Herkunftsart
Familie	Pferdsbach
Nachweise	Ortskennziffer
Siehe auch	400000000

 The interface is clean and modern, with a clear navigation menu and search functionality.

Abb. 4: Datensatzansicht für einen Auswanderungsbeleg aus Darmstadt. Zusätzlich zur Lagekarte mit der Lokalisierung des Herkunftsortes wird eine dynamische Weltkarte mit dem Auswanderungsziel angezeigt

einzelnen Häusern des Landesarchivs gepflegten Nachweisdatenbanken für die Zielangaben ermittelt haben.

Wie die anderen Module auch enthält die Einzeldatensatzansicht der Auswanderer-Datenbank einen mit „Siehe auch“ bezeichneten Abschnitt. Für diesen wurde im Datenbank-Backend eine Infrastruktur geschaffen, die für eine sehr hilfreiche neue Funktion sorgt. Über die den einzelnen Datensätzen zugeordneten Normdaten lassen sich auf der Basis dieser Infrastruktur sehr einfach Bezüge in Form von Querverweisen zwischen den verschiedenen Modulen des Informationssystems herstellen – oder externe Angebote adressieren. Sie erlaubt also Antworten auf die Frage, wo weitere relevante Fachinformationsressourcen zu einem aktuell in der Anzeige befindlichen Datensatz – zu einem Ort, einer Person, einem Ereignis usw. – zu erwarten sind. Im Beispiel des in Abbildung 4 wiedergegebenen Belegs für die Auswanderung des Bürgermeisters von Pferdsbach nach Nordamerika erfährt man über den Link zum *Historischen Ortslexikon* unter „Siehe auch“, dass Pferdsbach zwar noch 1854 erwähnt wird, sich aber bereits um 1846/47 auflöste, da – wie es dort heißt – fast alle Bewohner auswanderten. Der ebenfalls unter „Siehe auch“ vermerkte Quer-

verweis zum oben erwähnten Modul *Hessen im 19. und 20. Jahrhundert* führt zu einem mit *Auswanderung der Landbevölkerung nach Nordamerika* betitelten Eintrag, der von Massenauswanderungen aus Wernings im Vogelsberg und eben Pferdsbach berichtet, zwei Dörfern, die infolgedessen wüst fielen.

Mit dieser kurzen Übersicht kann nur ein erster Einblick in die zahlreichen Neuerungen gegeben werden, die mit dem Relaunch von LAGIS verbunden sind. Mehrere Module – beispielhaft erwähnt seien nur die *Historischen Kartenwerke* oder die *Hessischen Flurnamen* – haben so grundlegende Überarbeitungen oder Funktionsausweitungen erfahren, dass der vorliegende Beitrag als Einladung aufgefasst werden möge, das neue LAGIS eingehend zu erkunden. Sie erreichen es unter der Adresse <https://lagis.hessen.de>.

Stefan Aumann
Hessisches Institut für Landesgeschichte

¹ Zur Entwicklung der Portale und landesgeschichtlichen Informationssysteme vgl. Aumann, Stefan/Vogel, Lutz: Landesgeschichte im elektronischen Zeitalter, in: Mecking, Sabine (Hrsg.): Landeszeitgeschichte. Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 70 (2020), S. 223–254.

² Unter einer Informationseinheit wird in LAGIS ein Datensatz verstanden, der aus mehreren Feldern bzw. Deskriptoren – vergleichbar den Spalten in einer Excel-Datei – besteht und über eine eigene Ansicht verfügt. Alle Informationseinheiten eines Moduls sind identisch strukturiert, zwischen den Modulen kann es aber erhebliche Unterschiede geben, was auch für die Umfänge gilt. Ein Artikel im Historischen Ortslexikon, der aus Dutzenden Feldern besteht und einem Umfang von mehreren Druckseiten entspricht, wird genauso als Informationseinheit geführt wie ein Beleg im Modul Hessische Flurnamen, der in weniger als zehn Felder strukturiert ist und ausgedruckt nur den kleineren Teil einer Seite beansprucht.

³ Hessisches Archivgesetz (HArchivG) vom 13. Oktober 2022, § 15: Hessisches Institut für Landesgeschichte (<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-ArchivGHE2022pP15>).

⁴ Jüdische Grabstätten, Jüdische Friedhöfe, Synagogen in Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, Jüdische Wohlfahrtspflege und Hessische Geburten-, Ehe-, Sterberegister mit der Beschränkung auf die jüdischen Personenstandsregister (Bestand 365 im Hessischen Hauptstaatsarchiv).

⁵ Bei einer solchen Anwendung werden nur die zwischen Abrufen veränderlichen Inhalte eines Dokuments dynamisch nachgeladen.

⁶ Zur Genese dieses Projekts vgl. Aumann, Stefan: Neuer Service für die Forschung. Auswanderer-Datenbanken des Hessischen Landesarchivs in LAGIS, in: Archivnachrichten aus Hessen 19/2 (2019), S. 24–26.

⁷ Die Geonames-Datenbank enthält auch Einträge und damit Koordinaten zu wenig spezifischen geografischen Einheiten wie im Beispiel hier Amerika (Nord), vgl. <https://www.geonames.org/7729890/northern-america.html> (eingesehen am 15.8.2025).

Abbildungsnachweise:

Abb. 1–4: © HIL

Das Themenportal Urkunden der Pfalz- grafen 1449-1508 im Archivportal-D

Urkundenzurkunden aus dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt
im Rahmen eines abgeschlossenen DFG-Projektes

Wenn im Zusammenhang mit einem digitalen Urkundenprojekt erwartungsvoll „Ein neuer Frühling für die Pfalz“¹ proklamiert wird, dann geschieht dies wohl nicht nur im übertragenen Kontext eines vorangegangenen „Herbst[s] des Mittelalters“ (J. Huizinga), sondern letztlich auch in der Hoffnung auf eine maßgebliche Weiterentwicklung. Eben jene „Blütezeit“ - um im Bild der Metapher zu bleiben - kann nunmehr mit dem wissenschaftlichen Ertrag aus einem 36-monatigen DFG-Projekt zur „Erschließung, Digitalisierung und virtuellen Zusammenführung von Urkunden der Pfalzgrafen bei Rhein im Zeitraum von 1449 bis 1508“ konstatiert werden.



Zielvorgabe und Projektrahmen

Nachdem die Aufarbeitung kurpfälzischer Urkundenüberlieferung im Grundsatz bislang lediglich in Form eines zweibändigen Regestenwerkes von 1894 bzw. 1939 vorlag², dabei zudem inhaltlich mit der Zeitgrenze 1410 zum Stillstand kam, wurde für die ab Mai 2022 fortgesetzte Bearbeitung der Urkunden methodisch und konzeptionell ein zeitgemäßer Weg beschrritten. Vor dem Hintergrund der zersplitterten Quellenüberlieferung für die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in mehrere Nachfolgestaaten aufgeteilte ehemalige Kurpfalz war das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit etwas mehr

als einer halben Million Euro geförderte Projekt folgerichtig von Beginn an auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit ausgelegt. Getragen von den Archivverwaltungen der vier Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz mit den sechs Archivstandorten Amberg, Darmstadt, Karlsruhe, Koblenz, München und Speyer galt es zunächst, insgesamt mehr als 7.000 Urkunden (rund 1.500 als Ausfertigungen und ca. 5.500 als Kopialbucheinträge) der pfälzischen Kurfürsten Friedrich I. gen. der Siegreiche (1425-1476) und seines Adoptivsohnes Philipp gen. der Aufrichtige (1448-1508) zu erschließen und in Eigenleistung zu digitalisieren.

Abb. 1: Programmflyer zur am 24. und 25. Oktober 2023 im Generallandesarchiv stattgefundenen wissenschaftlichen Tagung, die erste Ergebnisse des DFG-Projektes präsentierte

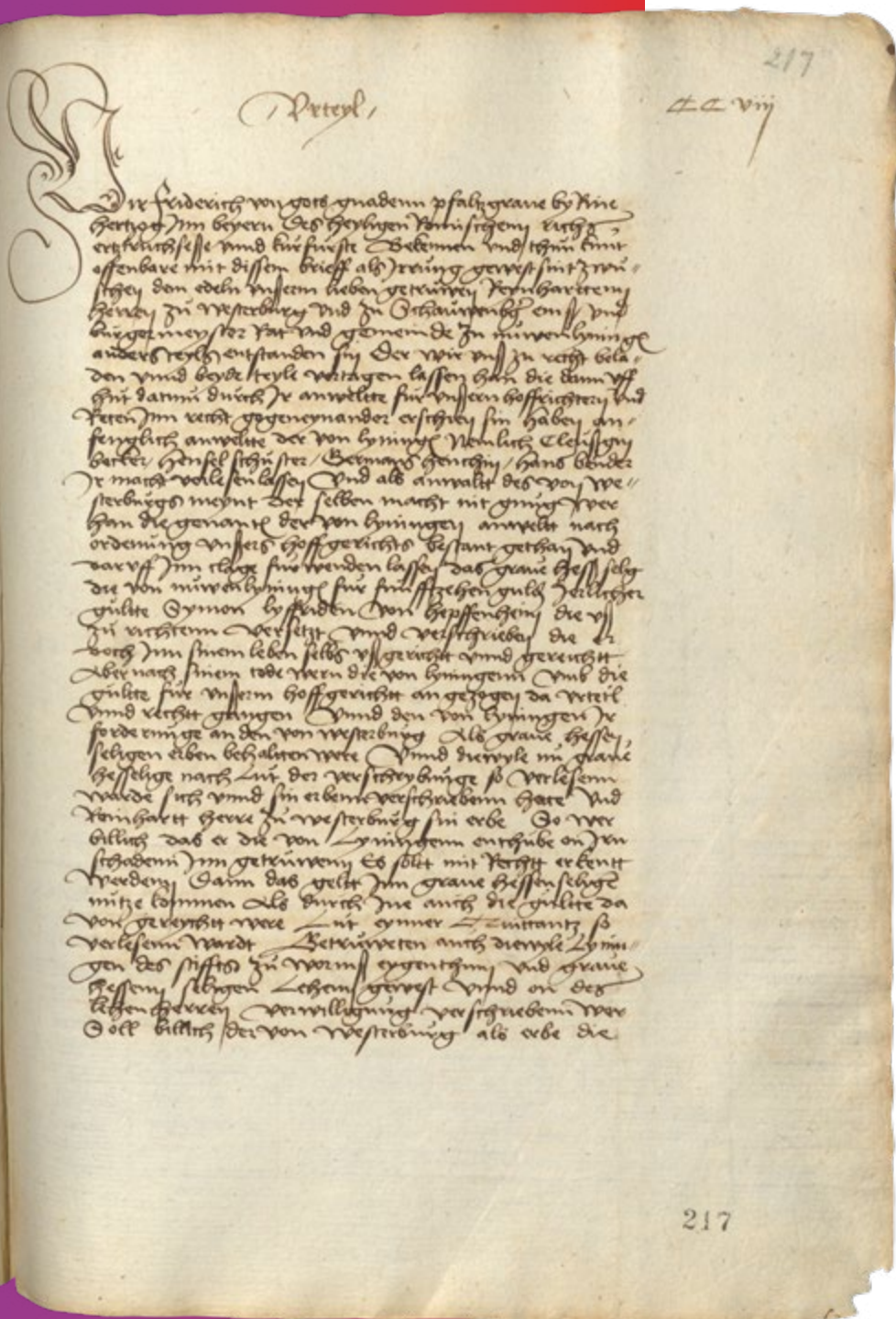


Abb. 2: Abschriftlich überlieferte Urkunde des Kurfürsten Friedrich I. von der Pfalz vom 19. März 1476 im Kopalbuch der kurpfälzischen Registratur (Amt Alzey) aus dem Ende des 15. Jahrhunderts

Dabei wurde sich sowohl aus inhaltlichen als auch quantitativen Gesichtspunkten für die rund 50 Jahre der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts als Bearbeitungszeitraum und die Beschränkung auf die Überlieferung der Kurlinie (ohne die Nebenlinien wie Pfalz-Simmern oder auch Pfalz-Mosbach) entschieden. Im Anschluss an die Digitalisierung erfolgte die Onlinestellung der kurpfälzischen Urkunden in zwei Schritten. Einerseits wurden die Digitalisate im jeweiligen Archivinformationssystem der beteiligten Archivverwaltungen mit der entsprechenden Verzeichnungseinheit veröffentlicht. Andererseits konnte durch den Datenexport für das Archivportal-D und den dortigen Aufbau eines spezifischen Themenportals die virtuelle Rekonstruktion eines maßgeblichen Teils der Kurpfalzurkunden im letzten mittelalterlichen und zugleich quellenreichen Jahrhundert erzielt werden.

Darmstädter Kurpfalzurkunden

Innerhalb des Gesamtprojektes konnten aus dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 123 ausgefertigte und 29 ausschließlich in Abschrift überlieferte Urkunden aus dem relevanten Bearbeitungszeitraum beigesteuert werden. Dabei stammen die Ausfertigungen aus insgesamt 14 verschiedenen Beständen, während die Kopialüberlieferung auf elf Handschriften der Bestände C 1 A bis C 1 C basiert. Diese in deutscher und lateinischer Sprache vorliegenden Urkunden wurden nach dem inneren Aufbau des Projektes einheitlichen

Abb. 3: Themengebiete und Anzahl der beurkundeten
Rechtsgeschäfte in Form von heute als Ausfertigung
überlieferten Urkunden

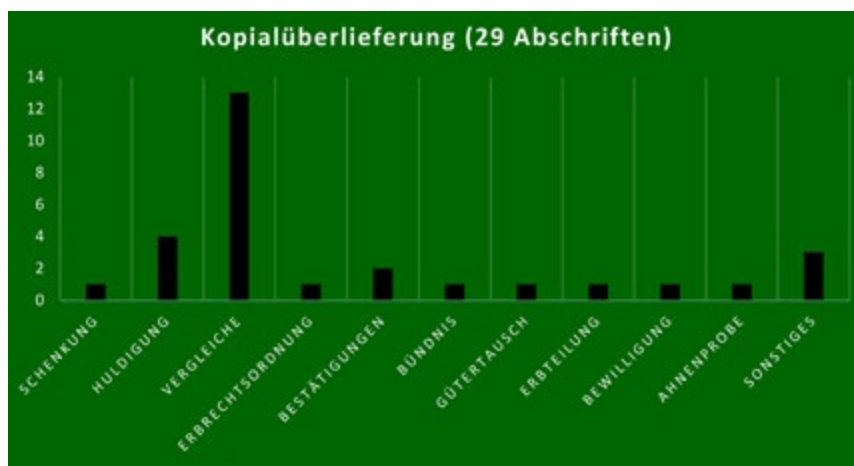
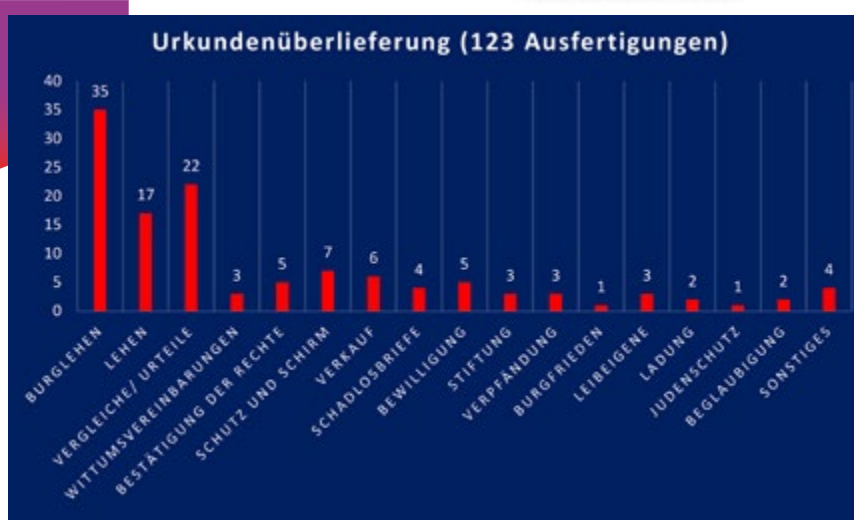


Abb. 4: Themengebiete und Anzahl der beurkundeten
Rechtsgeschäfte in Form von heute in Abschrift
überlieferten Urkunden

Erschließungsstandard und mit einem gemeinsam festgelegten Datenset zur Beschreibung der Dokumente von Frau Dr. Carolin Schreiber auf Werkvertragsbasis über einen Zeitraum von fünf Monaten verzeichnet. Dabei erfolgte gleichzeitig die Anlage von Orts- und Personendeskriptoren, um die Weiterbearbeitung zur Anlage von Normdaten zu gewährleisten.

Inhaltlich bildet die bearbeitete Urkundenüberlieferung erwartungsgemäß das gesamte Spektrum spätmittelalterlicher Rechtsgeschäfte ab.³ Bei den Ausfertigungen überwiegt mit mehr als 50 Exemplaren der Akt der Belehnung, hier vor allem die Burglehen als besondere Lehnsform. Daneben sind aber auch über 20 Vergleiche bzw. Urteile über Streitsachen darunter und eine ganze Reihe von Urkunden, die Verpfändungen, Stiftungen oder auch den Judenschutz überliefern. Eine etwas kleinere thematische Bandbreite hält hingegen die Kopialüberlieferung bereit. Hier dominieren vor allem die Streitfälle bzw. Vergleiche als dokumentierte Rechtsgeschäfte.

Für die Präsentation wurden die relevanten Urkunden - entsprechend dem im Projekt vordefinierten Standard - als Inhouse-Maßnahme mit Eigenmitteln in Darmstadt digitalisiert. Anschließend erfolgte die Verknüpfung der rund 500 Digitalisate (10 GB) in Arcinsys sowie die Übertragung der EAD-Exportdateien an die Deutsche Digitale Bibliothek als notwendige Voraussetzung für die Weiternutzung im Archivportal-D.

Funktionalitäten des Themenportals

Neben der Veröffentlichung in den landesarchiv-eigenen Online-Findmitteln und Archivinformationssystemen der beteiligten Archivverwaltungen werden die relevanten Urkunden zudem in einem eigens dafür konzipierten Themenportal präsentiert,⁴ das durch das Landesarchiv Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem FIZ Karlsruhe - Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur aufgebaut wurde. Als nunmehr drittes Themenportal im Archivportal-D⁵, neben *Wiedergutmachung* und *Weimarer Republik*, ist es nicht nur die zentrale Plattform zur virtuellen Zusammenführung der relevanten Bestände, sondern bildet auch die Basis für eine „homogene Ergebnispräsentation“.⁶

Dabei bietet das auch im Layout ansprechend gestaltete Portal verschiedene Möglichkeiten des Suchestieges. Neben der standardisierten Möglichkeit einer Volltextrecherche über beliebige Stichworte hält das Portal Filterfunktionen in Form der vier großen Kategorien „Themen“, „Orte“, „Personen“ und „Zeit“ bereit, d. h. letztlich „einen entdeckungsorientierten Bereich, in dem über die Sachindizes, die mit übergeordneten Themen verbunden werden, systematisch Urkunden erkundet werden können“⁷. Dafür wurden „570 Sachschlagworte, über 2.300 Orte und über 7.400 Personen“⁸ als recherchierbare Indexeinträge hinterlegt, die eine umfassende archiv- und bestandsübergreifende Suche ermöglichen. Insbesondere die separat aufbereiteten 14 Themenfel-

Abb. 6: Siegel (d = 40 mm) des Pfalzgrafen Friedrich I. als Vormund Pfalzgraf Philipps von der Pfalz, Beleg: 1450 April 26



der, wie etwa *Krieg und Frieden*, *Kirche und Glauben*, *Wissen und Bildung* oder auch *Natur und Umwelt*, laden als bündelnde Rechercheoptionen zu einem sachthematischen Zugriff auf die Urkunden ein.

Forschungspotenzial als Ausblick

Bereits im Zuge der Projektbeantragung wurde mit Blick auf die perspektivischen Recherche- und Nutzungsmöglichkeiten der Bogen von den bekannten landesgeschichtlichen Forschungsdesideraten über die avisierte Nachnutzung der technischen Infrastruktur des Portals bis hin zur perspektivischen Möglichkeit eines Anschlussprojektes gespannt.

Gemäß diesem „Erwartungshorizont“ bietet das nunmehr im Themenportal digital aufbereitete Urkundenmaterial die Quellenbasis für weitergehende Forschungen⁹, etwa zum Kanzlei- und Lehnswesen Kurfürst Friedrichs I., zur bislang kaum bearbeiteten Münz- und Zollpolitik der beiden Kurfürsten oder

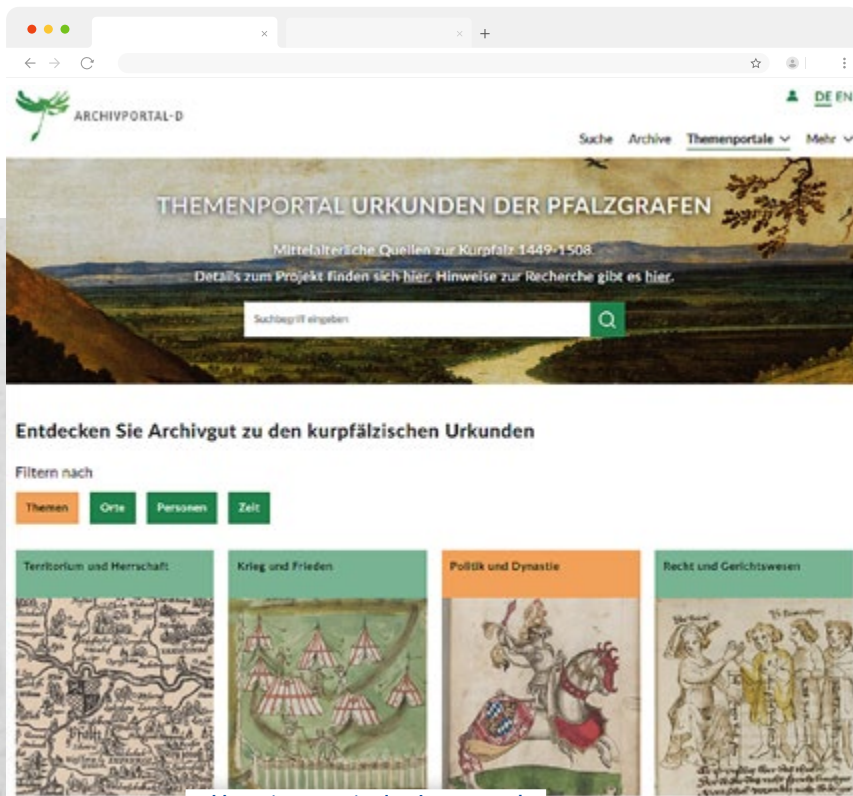


Abb. 5: Eingangssseite des Themenportals *Urkunden der Pfalzgrafen im Archivportal-D*

Abb. 7: Kurfürst Friedrich I. von der Pfalz stellt am 26. Oktober 1463 für Lacus den Juden, seine Ehefrau und Kinder einen Schutzbrief zu Oppenheim für die nächsten sechs Jahre aus. Dafür soll Lacus jährlich zum 11. November einen Betrag in Höhe von zehn Gulden sowie die Judensteuer an die Burgmänner von Oppenheim bezahlen



auch ganz grundsätzlich zu den mehr als 30 Regierungsjahren Kurfürst Philipps, die „aktuell einer der größten weißen Flecken in der Forschung zum ausgehenden 15. und beginnenden 16. Jahrhundert“¹⁰ sind.

Inwieweit hier in Zukunft noch von der Beteiligung weiterer Archive, die ihre relevanten Kurpfälzsurkunden mit entsprechenden Digitalisaten in das Portal einstellen können, profitiert werden kann, bleibt abzuwarten. Selbstredend wäre eine derartige Nachnutzung sehr willkommen, zumal wenn man bedenkt, dass die Urkundenüberlieferung der beiden pfälzischen Kurfürsten Friedrich I. und Philipp letztlich „mit Sicherheit in den fünfstelligen Bereich“¹¹ gehen wird.

Lars Adler
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

¹ So der Titel des 2024 veröffentlichten Tagungsbandes mit insgesamt acht Beiträgen, der einen ersten Zwischenstand des DFG-Projektes dokumentiert. Vgl. Brüning, Rainer u. a. (Hrsg.): Ein neuer Frühling für die Pfalz. Erste Ergebnisse und Perspektiven eines digitalen Urkundenprojektes 1449–1508. Wissenschaftliche Tagung des Landesarchivs Baden-Württemberg und des Instituts für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde der Universität Heidelberg im Generallandesarchiv Karlsruhe am 24. und 25. Oktober 2023 (Werkhefte des Landesarchivs Baden-Württemberg; Heft 32), Ostfildern 2024.

² Koch, Adolf/Wille, Jakob (Bearb.): Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214–1508, hrsg. von der Badischen Historischen Kommission, Bd. 1 (1214–1400), Innsbruck 1894 und v. Oberndorff, Lambert Graf (Bearb.): Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214–1508, hrsg. von der Badischen Historischen Kommission, Bd. 2 (1400–1410), Innsbruck 1939.

³ Im Folgenden weitgehend nach dem Projektabschlussbericht von Frau Dr. Carolin Schreiber.

⁴ Vgl. dazu auch Torn, Benjamin: Urkunden der Pfalzgrafen bei Rhein 1449–1508. Ein länderübergreifendes Projekt zwischen normierten Daten und Einzelbefunden, in: Brüning, Rainer u. a., S. 37–56, hier S. 44.

⁵ Vgl. <https://www.archivportal-d.de/themenportale/urkunden-pfalzgrafen>.

⁶ Torn, S. 39.
⁷ Torn, S. 47.
⁸ DFG-Projekt „Urkunden der Pfalzgrafen bei Rhein“ 1449–1508 erfolgreich abgeschlossen – Landesarchiv Baden-Württemberg (abgerufen am 26.05.2025).
⁹ Vgl. dazu Müsegades, Benjamin: Fortschritt durch Regesten. Potentiale von Forschungen zur Kurpfalz im Spätmittelalter, in: Brüning, Rainer u. a., S. 11–36, hier S. 25ff.
¹⁰ Ebd., S. 34.
¹¹ Ebd., S. 27.

Abbildungsnachweise:
 Abb. 1: © Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe
 Abb. 2: HStAD, Best. C 1 A, Nr. 61, fol. 217 (recto)
 Abb. 3: Diagrammentwurf © Dr. Carolin Schreiber
 Abb. 4: Diagrammentwurf © Dr. Carolin Schreiber
 Abb. 5: © Landesarchiv Baden-Württemberg
 Abb. 6: HStAD, Best. B 15, Nr. 252; Aufnahme © Nasser Amini, HStAD
 Abb. 7: HStAD, Best. A 2, Nr. 197/259

Für den Ernstfall gewappnet: Notfallverbund Marburger Kultureinrichtungen richtet Notfallübung aus

Die Präventionsarbeit für havariebedingte Schädigungen an Kulturgut ist eine der wichtigsten archivischen Aufgaben. Dabei ist neben der Pflege von Notfallplänen vor allem die Praxiserfahrung in Bergung und Erstversorgung von essenziellem Wert. Daher entschied sich der 2022 gegründete Notfallverbund Marburger Kultureinrichtungen, am 7. Mai 2025 eine erste Übung für die Zuständigen in den Mitgliedsinstitutionen abzuhalten.

Nach dem Grundsatz „Probieren geht über Studieren“ erarbeitete eine Arbeitsgemeinschaft des Verbunds seit Sommer 2024 in mehreren Sitzungen sowohl die Ziele der zu planenden Übung als auch das Szenario, das Setting, die Vor- und Nachbereitung sowie viele weitere Aspekte. Bei dieser ersten Übung des Verbunds sollte wassergeschädigtes, vorwiegend papierenes Kulturgut, so wie es üblicherweise in Archiven und Bibliotheken vorgehalten wird, im Vordergrund stehen. Konkret wurden die Folgen eines Starkregenereignisses in einem Kellerraum der Archivschule Marburg mit teilweiser Schmutzeinwirkung simuliert. Erklärtes Ziel der Übung war es, mit einem ausgewogenen Mittelmaß an notwendigen Vorbereitungen – etwa hinsichtlich Verpflegung, Anwohnerinformatio-

nen, Zeitplan usw. – sich wie in einem realen Fall auf die Erfahrung und auch die Unwägbarkeiten einzulassen. Erstmals kam das mittels KEK-Förderung angeschaffte Notfallequipment des Verbunds zur Anwendung. Nahezu alle der 13 Mitgliedsinstitutionen entsandten Teilnehmende, sodass mit externen Beteiligten insgesamt ca. 50 Personen anwesend waren. Die Übung fand auf dem Parkplatzgelände der Archivschule und dem Vorplatz des Staatsarchivs Marburg statt.

Besonders dankbar ist der Notfallverbund Marburg über die Mitgestaltung, Unterstützung und positive Begleitung der Übung durch seine Partner: die Feuerwehr Marburg, das Technische Hilfswerk, die Polizei sowie das Deutsche Rote Kreuz.

Durchführung der Übung

Die erste Phase der Übung begann gegen 08:30 Uhr mit der Anlieferung der ersten Materialcharge am Vorplatz des Staatsarchivs durch die Feuerwehr. Um 09:02 Uhr wurden alle Übungsteilnehmenden per App auf ihren Handys über die nun kurz bevorstehende Hauptphase der Notfallübung alarmiert. Nachdem um 09:10 Uhr die zweite Materialcharge von der Feuerwehr angeliefert worden war, wurde die Ausgabe von Namensschildern und die Registrierung der Teilnehmenden durchgeführt. Die eigentliche Übung begann um 09:30 Uhr in der Archivschule Marburg mit einem Grußwort von Herrn Dr. Karsten Uhde als Vertreter der Archivschule und von Herrn Dr. Jürgen Warmbrunn vom Herder-Institut

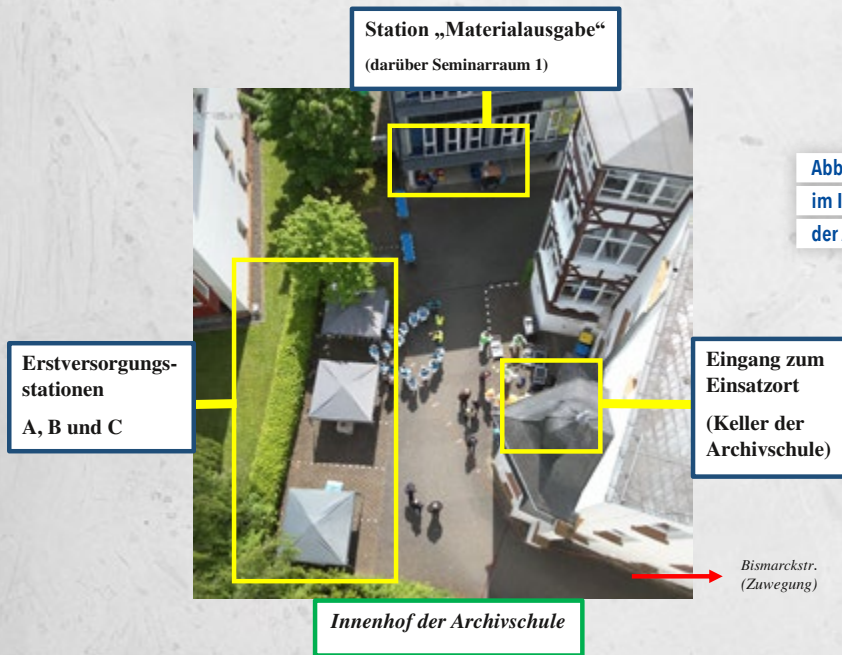


Abb. 1: Luftaufnahme des Übungssettings im Innenhof- und Parkplatzbereich der Archivschule Marburg



Abb. 2: Verpacken des identifizierten und gereinigten Bergungsgutes an einer Erstversorgungsstation

als Mitglied im Vorsitz des Notfallverbundes. Hierauf folgte eine Präsentation durch den Einsatzleiter Matthias Frankenstein, dem Fachberater Kulturgutschutz im Katastrophenschutzstab Darmstadt, in der unter anderem frühere Katastrophen wie beispielsweise der Einsturz des Kölner Stadtarchivs als Wendepunkte für das Notfallmanagement hervorgehoben wurden. Betont wurde die Bedeutung von

adäquater Vorbereitung, strukturierter Vorgehen und oft unterschätzten logistischen Aspekten, wie z. B. der Bereitstellung von ausreichend Verpflegung, um auf Notfallsituationen angemessen reagieren zu können. Nach dieser Einführung und einer Arbeitssicherheitsunterweisung wurden die Übungsteilnehmenden auf Teams verteilt. Neben den (insgesamt vier) Teams gab es auch Sonderzu-

ständigkeiten, wie z. B. Arbeitsschutz und Öffentlichkeitsarbeit. Team 1 (Logistik) betreute die Versorgung der übrigen Übungsteilnehmenden mit ausreichend Material. Hierzu zählten unter anderem Schutzkleidung und Westen, aber auch die Utensilien zur Errichtung der Reinigungsstationen und für den Dokumententransport.

Team 2 (Bergung) war damit befasst, die gewässerten und verschmutzten Dokumente (sämtlich Cassandra) schnell vom Schadensort zu den aufgebauten Reinigungsstationen im Innenhof der Archivschule zu transportieren. Um eine realistischere Einsatzsituation für ein Notfallereignis zu simulieren, war der Zugang durch Kartons und andere Materialien erschwert.

Team 3 (Erstversorgung) hatte die Aufgabe, das vom Wasser geschädigte Bergungsgut schnell und effizient zu behandeln, sodass bereits eingetretene Schäden gemindert und vor allem neue Schäden verhindert wurden. Hierzu wurde das Team wiederum in drei Untergruppen aufgeteilt, welche je eine Erstversorgungsstation betreuten. Station A diente der Nassreinigung und der Dokumentation der vom Bergungsteam angelieferten Dokumente, damit das Bergungsgut später jederzeit den jeweiligen Lagerungsbehältern zugeordnet und damit auffindbar gemacht werden konnte.



Abb. 3: Reinigung eines verschmutzten und gestauchten Aktenordners an der Erstversorgungsstation A

An den Stationen B und C wurde die Verpackung der Dokumente übernommen. Je nach Material und Schadensbild wurden die Übungsmaterialien hierfür in Kunststoffolie eingeschlagen.



Abb. 4: Einsatz des Bergungsteams am fingierten Schadensort im Keller der Archivschule Marburg

Dann wurden sie geordnet und für den weiteren Transport in Aufbewahrungsbehälter gelegt. Ziel der Erstversorgungsmaßnahmen bei Wasserschäden ist immer die Verhinderung von Schimmelbildung, weshalb die

Dokumente im Ernstfall dank der oben beschriebenen Maßnahmen schnell in Gefrieranlagen hätten verbracht werden können. Letzteres war allerdings in dieser Übungssituation nicht vorgesehen.



Team 4 (Dokumentation) bestand aus vier Referendaren der Archivschule. Unterstützt wurden die dokumentarischen Tätigkeiten durch die Feuerwehr, die Teile der Notfallübung mithilfe einer Drohne auch aus der Luft festhielt. Die Dokumentation diente dabei der späteren Evaluation und zur Eruierung von Optimierungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Übung (wie Organisation, Ablauf und Kommunikation).

Um 11:40 Uhr begann das Bergungsteam mit der Anlieferung der ersten geborgenen Materialien. Das Team zur Erstversorgung nahm nach einer

Abb. 5: Kassanda aus dem Archiv- und Bibliotheksbereich wurden zwei Tage vor der Übung gewässert und tlw. mit Blumenerde versetzt, um den Umgang mit Verunreinigungen zu proben

kurzen Einweisung wenig später seine Arbeit auf. Um 12:30 Uhr wurde die Übung für eine circa einstündige Mittagspause unterbrochen. Die Bergung der geschädigten Materialien endete am frühen Nachmittag, woran sich der Abbau der Stationen und die Entsorgung der durchnässten Kassanda anschloss. Um 16:00 Uhr war die Notfallübung abgeschlossen.

zeigte sich anhand verschiedenster Aspekte, dass die erste Übung des Marburger Notfallverbundes einerseits einen insgesamt sehr gelungenen Auftakt darstellte, andererseits aber auch mit einigen praktischen Problemstellungen verbunden war, deren Optimierung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit für den Ernstfall angeraten ist.



Abb. 6: Einsatzleiter Matthias Frankensteingibt Hinweise zum Umgang mit wassergeschädigten Karten und Plänen

Ergebnisse und Lehren aus der Übung

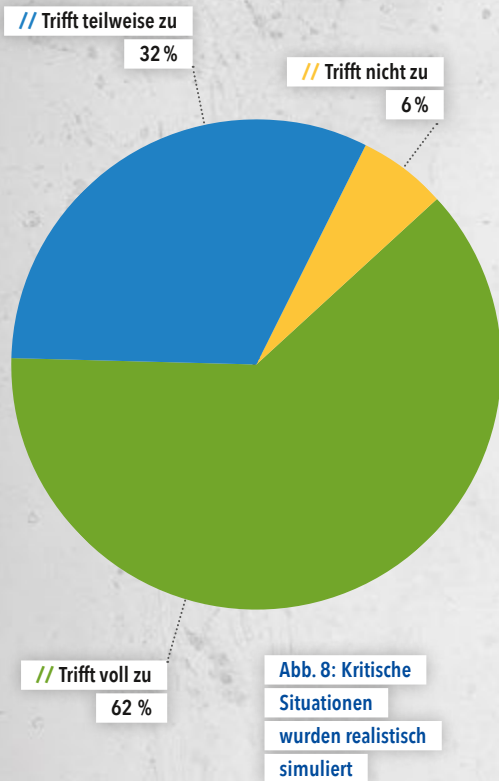
Da eine der Besonderheiten des Übungssettings in der Schwerpunktlegung auf Dokumentation und Evaluation bestand, sollen im Folgenden die Erkenntnisse und Desiderate im Vordergrund stehen. Im Anschluss an die Notfallübung galt es, die Erfahrungen und Problemstellungen zu rekapitulieren, die sich während der praktischen Durchführung ergeben hatten. Eine erste Gelegenheit zur Reflexion bot sich in der unmittelbar folgenden Nachbesprechung, die von vielen Teilnehmenden für direktes Feedback genutzt wurde. Bereits hier

Vorrangige Kritikpunkte waren mangelnde Orientierung der Teilnehmenden untereinander, eine teils als unklar empfundene Verantwortungsstruktur an den einzelnen Arbeitsstationen sowie Defizite beim Material. Vorschläge zum zukünftigen Verfahren bei Übungen wurden dahingehend geäußert, dass die vorliegenden Notfallpläne regelmäßig aktualisiert und in den Einrichtungen adaptiert werden sollten. Zudem wurde eine stärkere Kooperation der Einrichtungen für nötig erachtet. Weitere Bemerkungen beschäftigten sich



Abb. 7: Materialausgabe und Dokumentation durch Claudia Heise (rechts im Bild)

mit Sicherheitsfragen (keine unbefugten Personen am Einsatzort), der Notwendigkeit der Zuordnung des eingesetzten Personals in Positionen oder Aufgaben nach Qualifikation sowie der Einarbeitung von externen Helfenden. Die direkten Rückmeldungen machten deutlich, dass die Übung wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Notfallmanagements im Kulturbereich lieferte, indem sie wertvolle Anhaltspunkte für organisatorische und strukturelle Verbesserungen bot.



Zusätzlich zur Feedback-Gelegenheit wurde in der Nachbesprechung ein analoger Fragebogen ausgeteilt, um die Notfallübung anhand bestimmter Kriterien im Multiple-Choice-Verfahren von allen Teilnehmenden anonym beurteilen zu lassen. Die Möglichkeit zu ergänzenden Kommentaren war ebenfalls gegeben. Die Fragebögen wurden anschließend digitalisiert und ausgewertet.

Insgesamt überwog ein positives Fazit. Als herausragend gut bewertete die überwiegende Mehrheit die Zeitplanung, das Zeitverhältnis zwischen theoretischer Einführung und praktischen Anteilen und die Gelegenheiten für Rückfragen. Besonders wichtig: Das Selbstvertrauen aller, eine Notfallsituation im Ernstfall bewältigen zu können, ist den Abstimmungsergebnissen zufolge in der Mehrheit erheblich gestiegen. Eine turnusmäßige Wiederholung einer solchen Übung hielten über 90 % aller Befragten für sinnvoll wie auch den Vorschlag, die Durchführung einer ähnlichen Übung anderen zu empfehlen. Auch wurde die Realitätsnähe der Übung von der überwiegenden Mehrheit (62 % Zustimmung) als positiv bewertet. Darüber hinaus wurde diesbezüglich vorgeschlagen, in folgenden Übungen sogenannte „Eskalationsmomente“ (z. B. Eigenunfall, veränderte Prioritätensetzungen, etc.) miteinzubeziehen. Obwohl Kommunikation und Organisation ebenfalls mehrheitlich positiv bewertet wurden, äußerten in diesen Fragen größere Personengruppen die Ansicht, dass sie sich hier mehr Klarheit erhofft hätten. Anhand dieser Ergebnisse lässt sich die Wichtigkeit einer klaren und umfassend vermittelten Organisationsstruktur erkennen.

Das Planungs- und Evaluationsteam kann getrost bilanzieren: Die Übung hat wesentlich dazu beigetragen, die Verbundstruktur zu stärken. Sie stellt

für die Bereiche Prävention, Handlungskompetenz und Resilienz einen wichtigen Baustein zur Professionalisierung und Ertüchtigung der Funktionalität, Effizienz oder Sicherheit des Notfallverbunds Marburg dar. Regelmäßige Übungen, die auch die Bandbreite und Unterschiedlichkeit des Kulturguts der Mitgliedsinstitutionen berücksichtigen, sind daher vorgesehen.

Robert Harlaß
Staatsarchiv Bremen

Claudia Heise
Landesarchiv Thüringen

Martin Münke
Sächsisches Staatsarchiv

Julia Reinartz-Rains
Hessisches Staatsarchiv Marburg

Patrick Woll
Sächsisches Staatsarchiv

Ordnen, Aufbewahren, Archivieren – Ein Leitfaden für Erinnerungsinitiativen und ihre Sammlungsbestände

Die in zahlreichen Initiativen entstandene Überlieferung zur Erinnerungsarbeit und Aufarbeitung von NS-Unrecht gilt es dauerhaft in öffentlichen Archiven zu sichern und zugänglich zu machen. Um die Abgabe der Sammlungen an ein Archiv bestmöglich vorzubereiten, wurde seitens des Hessischen Landesarchivs in Zusammenarbeit mit den Initiativen und kommunalen Archiven in Hessen ein Leitfaden entwickelt.

Seit Jahrzehnten befassen sich sowohl in Hessen als auch bundesweit zahlreiche Einzelpersonen, Erinnerungsinitiativen und Gedenkstätten (im Folgenden kurz Initiativen) aktiv damit, die Geschichte jüdischen Lebens sowie das begangene NS-Unrecht in den jeweiligen Orten und Regionen aufzuarbeiten und zu erforschen.

Dabei entstanden bzw. entstehen umfangreiche Sammlungen, u. a. von Zeitzeugeninterviews, Korrespondenzen mit Zeitzeugen und deren Nachfahren, Privatfotos oder auch Filmaufnahmen. Darüber hinaus tätigen diese Initiativen umfangreiche Recherchen in Archiven, Bibliotheken oder auch in anderen Institutionen weltweit, wodurch die Sammlungen mit entsprechenden Unterlagen angereichert werden. Diese breite Überlieferung

gibt zum einen nicht nur Aufschluss über lokalhistorische Begebenheiten, sondern dokumentiert auch die Arbeit der Initiativen selbst, die von einem immensen, zumeist ehrenamtlichen Engagement zeugt.

Zunehmend dringlicher wird dabei die Frage nach der Sicherung und dauerhaften öffentlichen Zugänglichkeit der Sammlungen formuliert. Das Hessische Landesarchiv nahm sich dieser Frage an und koordinierte mit Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen sowie den Kommunalarchiven in Hessen einen



Abb. 1: Insgesamt fanden zwei Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen, der Landeszentrale für politische Bildung sowie des Hessischen Landesarchivs im Staatsarchiv Marburg statt. Hier zu sehen das Gruppenfoto vom ersten Workshop im November 2023

offenen Austausch, um gemeinsam eine Strategie zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der Sammlungen zu erarbeiten.

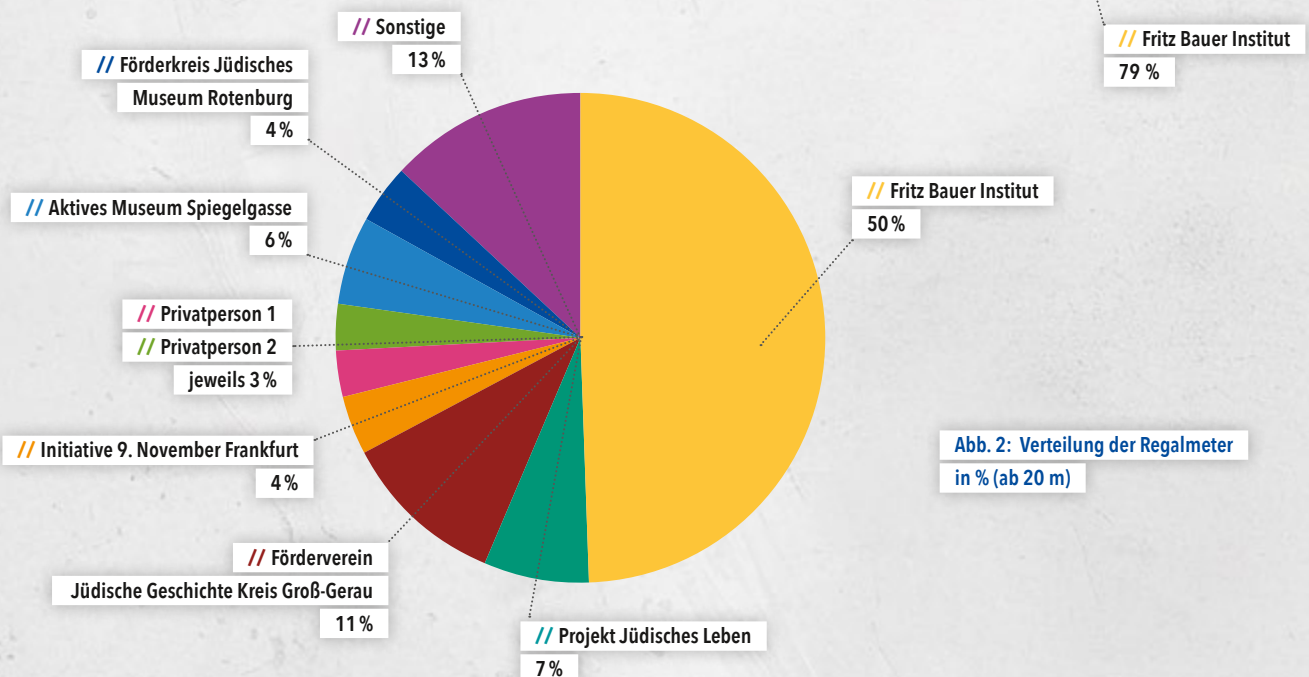
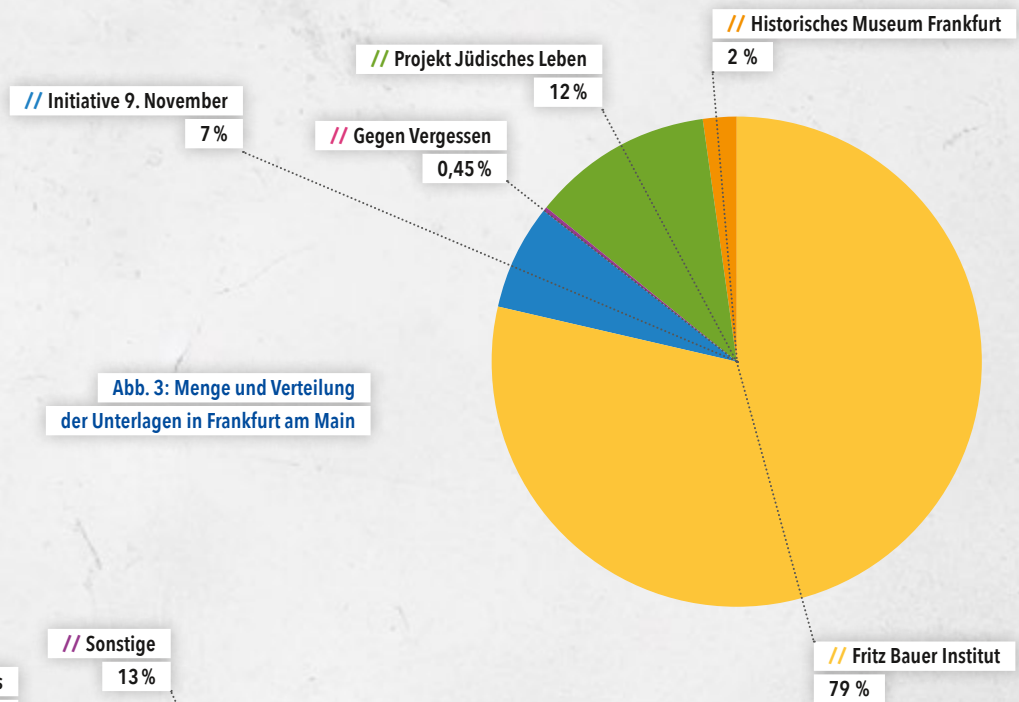
Zunächst war es notwendig, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, zu welchen Themen und in welchem Umfang Unterlagen zur Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus in Hessen gesammelt werden. Mittels einer durch das Hessische Landesarchiv durchgeführten Umfrage, die u. a. über die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungs-

initiativen zur NS-Zeit in Hessen und die Archivberatung Hessen lanciert wurde, konnten entsprechende Daten ermittelt werden. Die Ergebnisse der Umfrage wurden sodann auf einem im Staatsarchiv Marburg durchgeführten Workshop zusammen mit den Initiativen, der Landeszentrale für politische Bildung sowie Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Archive in Hessen und des Landesarchivs diskutiert.

Demnach gab es 56 Rückmeldungen aus 32 Orten, die sich über das

gesamte Bundesland verteilen. Wenig überraschend sind 68 % der Rückmeldungen den Initiativen, Vereinen und Projekten zuzuordnen, aber auch Privatpersonen (14 %), Archive (ca. 13 %) und Museen (ca. 4 %) nahmen an der Umfrage teil. Insgesamt lässt sich die Menge der Unterlagen auf ca. 700 Regalmeter beziffern, wobei sich ein Großteil der Überlieferung auf den Raum Frankfurt am Main konzentriert.

63 % der Befragten gaben an, ihre Sammlungen persönlich zusammengestellt zu haben. Diese setzen sich



» Im Austausch wurde deutlich, dass **die wichtigen Sammlungen zur Erinnerungsarbeit** in erster Linie von öffentlichen Archiven erhalten und **zugänglich gemacht werden sollen.** «



zum Großteil (94 %) aus Zeitzeugenberichten oder Berichten von Nachfahren zusammen. 85 % der Unterlagen wurden aus verschiedenen Archiven gesammelt. Mit 67 % ist aber auch der Anteil an Materialien, die aus bereits publizierten Büchern bzw. Bibliotheken stammen, recht hoch. Nahezu alle an der Umfrage teilnehmenden Personen haben angegeben, dass sie im Besitz von Fotos sind, die auch schon zu einem beachtlichen Teil (88 %) digitalisiert vorliegen. Ebenfalls befinden sich Audio- und Videodateien unter den Materialien. Daneben liegen zahlreiche handschriftliche Notizen sowie auch gedruckte Dokumente, u. a. Zeitungsartikel, sowie Kopien und Scans aus Archiven vor.

Laut der Erhebung befinden sich die Sammlungen erfreulicherweise sowohl digital (81 %) als auch analog (71 %) in einem guten bis sehr guten Zustand. Zudem werden die Materialien der meisten Befragten (94 %) an einem sicheren und trockenen Ort gelagert.

Im Austausch wurde deutlich, dass die wichtigen Sammlungen zur Erinnerungsarbeit in erster Linie von öffentlichen Archiven erhalten und zugänglich gemacht werden sollen. Dabei fällt den Kommunalarchiven eine

Schlüsselrolle zu, da es am sinnvollsten erscheint, die Unterlagen an dem Ort aufzubewahren, auf den sie sich maßgeblich beziehen. Das Hessische Landesarchiv mit seinen Abteilungen in Darmstadt, Marburg und Wiesbaden steht subsidiär zur Seite, sofern keine Möglichkeit der Archivierung vor Ort besteht und/oder die Sammlungen eine prägend regionale bzw. landesweite Ausrichtung aufweisen.

Eine langfristige Digitalisierung und virtuelle Zusammenführung für eine ortsunabhängige Recherche und Nutzung der Unterlagen ist ebenso erstrebenswert. Dafür bietet schon heute das Archivinformationssystem Arcinsys die wichtigsten Voraussetzungen.

Seitens der Initiativen wurde der Wunsch nach einem Leitfaden geäußert, der grundsätzliche Hilfestellungen zum eigenen Umgang mit den gesammelten Unterlagen enthalten und eine ggf. gewünschte Übergabe an öffentliche Archive vorbereiten soll.

In Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden des Workshops entwickelte das Hessische Landesarchiv einen solchen Leitfaden, der dem Aufbau von FAQ (Frequently Asked Questions) ähnelt. Er enthält Hilfestellungen zum

Umgang mit unterschiedlichen Medien, einen Vorschlag für die Ordnung und Erfassung der Unterlagen sowie rechtliche Fragen. Zudem finden sich darin Adressen und Kontakte, die den Nutzenden bei tiefergehenden Fragen behilflich sein können.

Jan-Hendrik Evers
Hessisches Landesarchiv

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: © Andrea Langner, HLA

Abb. 2 und 3: © Jan-Hendrik Evers, HLA

Weitere Informationen:

Der Leitfaden steht hier zum Download bereit!



Knistern und Rauschen – Schallplatten digitalisieren im Archiv

Nicht nur Akten lagern in den Zugangsregalen eines Archivs, auch andere Medienformate können zwischen den Karten und Fotografien auftauchen, unter anderem auch Schallplatten bzw. Langspielplatten, kurz LPs genannt. Doch wie geht man mit dieser Art von fast verschwundenem Medium um?

Waren Schallplatten in den 70er- und 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts noch das gängige Format, um Musik zu hören, so wurden diese später von der Kassette und der CD, noch später von MP3 und Streamingdiensten abgelöst. Somit ist auch die Technik, um die Vinylplatten abzuspielen, mehr und mehr verschwunden und durch modernere Geräte für andere Medien ersetzt worden. Damit verschwand weitestgehend auch das Wissen über die Technik zum Abspielen der Schallplatten.

Zwar sind LPs in den letzten Jahren erneut verstärkt in Mode gekommen und werden wieder von einigen Bands als Musikträger vermarktet, sie sind aber hauptsächlich in Liebhaberkreisen zu finden, sodass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Mehrheit den Umgang mit dem „schwarzen Gold“ gewohnt ist.

Dies ist auch für Archive ein Problem. Wie sollen die Tonträger nutzbar gemacht werden, wenn man Schallplatten in den Beständen findet, aber die nötige Technik zum Abspielen – geschweige denn zum Digitalisieren – fehlt?

Im Stadtarchiv Kassel sind im vergangenen Jahr Schallplatten in verschiedenen Zugängen aufgefunden worden. Hierbei handelte es sich vorwiegend um musikalische Beiträge in Kasseler Mundart, die als archivwürdig bewertet wurden. Doch wie geht man nun mit diesem Medium Schallplatte um? Eine Digitalisierung der Tonträger in verschiedenen Formaten wurde gewünscht, um diese als Nutzungsdigitalisat zur Verfügung zu stellen und die Aufnahmen auf den Tonträgern zu schonen und zu sichern. Was für eine solche Digitalisierung nötig ist und wie sich diese umsetzen lässt, soll nachfolgend geschildert werden.



Technische Ausstattung

Zunächst braucht es einen Plattenspieler; dieser sollte nicht das kostengünstigste Modell sein, denn auch hier gilt Qualität statt Quantität. Weiterhin braucht es natürlich einen PC oder Laptop mit einem guten Aufnahmeprogramm, hier hat sich das Open-Source-Audio-Editor-Programm Audacity bewährt. Ebenso benötigt man eine Soundanlage bzw. einen Verstärker, welcher mit dem Plattenspieler verbunden ist und, falls der genutzte Rechner keine interne Soundkarte hat, eine externe Soundkarte, welche die Soundanlage bzw. den Verstärker mit dem Rechner verbindet. In dieser Beschreibung wird davon ausgegangen, dass der Rechner keine interne Soundkarte besitzt und eine externe Soundkarte angeschlossen werden muss.

In den Aufnahmen, welche vom Stadtarchiv durchgeführt wurden, wurde folgende Technik verwendet:

// Aufnahmeprogramm: Audacity

// Plattenspieler: Reloop RP-2000 MK III

// Stereo-Receiver: Pioneer SX-303RDS

// Externe Soundkarte mit Stereo- und PC-Adapter: CSL Modell 305662

Vorbereitung des Programms und Reinigung der Schallplatten

Zunächst muss der Plattenspieler an die Soundanlage angeschlossen werden, diese muss sodann mittels externer Soundkarte mit dem Rechner verbunden werden. Über den Kopfhörereingang der Anlage bzw. des Verstärkers wird der Rechner mittels Klinkenkabel verbunden; dies kann am Mikrofon oder am Line-In-Eingang geschehen, abhängig vom Modell der Soundkarte. Das Aufnahmeprogramm Audacity muss gestartet werden. Hier müssen die Einstellungen für den Soundeingang so gewählt werden, dass die Aufnahme über den ausgewählten Anschluss läuft, dies geschieht über den Reiter „Audio-Einrichtung“. Je nach verwendetem Gerät kann sich die Auswahl unterscheiden, im Beispielfall wurde als Aufnahmegerät der Eingang USB-Multi-Channel Audio verwendet. Empfehlenswert ist, die System sounds des Rechners stumm zu schalten, damit diese die Aufnahme nicht beeinflussen, da sie sonst mit aufgenommen werden könnten. Der Plattenspieler muss nun noch je nach Geschwindigkeit der Schallplatte eingestellt werden, diese kann bei 33 oder 45 liegen, was auf den meisten Platten angegeben ist.

Je nach Verschmutzung der Schallplatte empfiehlt es sich, diese zunächst zu reinigen. Bei starken Verschmutzungen sollte die Schallplatte professionell gereinigt werden, hierfür gibt es spezielle Plattenwaschmaschinen. Sollte eine solche nicht vorhanden sein, so kann man eine Reinigung auch in den meisten Schallplattenläden in Anspruch nehmen. Zu beachten ist zudem, dass das Vinyl möglichst nicht mit den Fingern angefasst werden sollte, da hierbei Abdrücke und Filmreste auf der Platte zurückbleiben. Ein vorsichtiges Berühren am Rand und in der Aussparung in der Mitte bedarf etwas Übung und



Band E8

Fingerspitzengefühl, lässt sich aber schnell erlernen. Andernfalls empfiehlt sich die Nutzung von speziellen Vinylgreifern.

Bei geringfügigen Verschmutzungen, zum Beispiel durch Staub, sollte die Schallplatte zunächst mit einer Plattenbürste gereinigt werden. Hier gibt es verschiedene Modelle wie eine Samt-, Kohlefaser- oder Carbonbürste. Damit man hiermit die Schallplatte gut säubern kann, sollte der Plattenspieler gestartet werden, ohne dass die Nadel auf der Platte aufliegt, sodass die Platte sich dreht. Eine Reinigung sollte vom Inneren zum Äußeren der Schallplatte erfolgen, indem man den Staub von der Platte kehrt.

Aufnahme des schwarzen Goldes

Wichtig ist eine Testaufnahme am Anfang zu starten, um zu prüfen, dass alle Einstellungen richtig gewählt sind. Hierbei kann man auch feststellen, ob externe Geräusche durch das Mikrofon vorhanden oder Hintergrundgeräusche durch das Rechtermikrofon auszuschließen sind. Man startet zunächst die Aufnahmefunktion im Programm und dann die Platte auf dem Plattenspieler. Dabei muss die Nadel am äußersten Plattenrand aufgelegt werden. Während die Aufnahme läuft, kann man als Test in die Hände klatschen. Die Testaufnahme kann dann gestoppt und abgespielt werden. Auf diese Weise lässt sich überprüfen, ob die Aufnahmeeinstellungen so gewählt sind, dass nur der Sound der Schallplatte aufgenommen wird und keine Hintergrund- und/oder Nebengeräusche. Die Lautstärke muss so gewählt werden, dass der

Aufnahmepiegel im grünen Bereich liegt. Dies lässt sich anhand der Anzeige im oberen rechten Bildrand des Aufnahmeprogramms ablesen.

Für die richtige Aufnahme startet man wieder zuerst die Aufnahmefunktion im Programm und dann die Platte auf dem Plattenspieler. Die Platte kann nun komplett oder in Sequenzen, welche sich anhand der Rillen im Vinyl abzeichnen, aufgenommen werden. Empfehlenswert ist jedoch, die jeweilige Plattenseite im Ganzen aufzunehmen. Wenn die Platte zu Ende geht, sollte zuerst die Aufnahme beendet und anschließend die Platte angehalten werden. Prinzipiell lassen sich nun die einzelnen Lieder als Einzelsequenzen im Programm zurechtschneiden und abspeichern. In dem Aufnahmeprogramm können auch

einzelne Bereiche der Aufnahme herausgeschnitten werden, welche nicht benötigt werden; falls die Aufnahme nicht rechtzeitig beendet wurde, lässt sich so der Leerlauf der Aufnahme herausschneiden.

Prinzipiell können auch einzelne Sequenzen der Aufnahme herausgeschnitten werden, falls durch einen Kratzer ein stärkerer Aufnahmeauschlag vorhanden ist. Dies ist in der späteren Audio-Datei nicht zu hören. Hierbei sollte jedoch später ein Verzeichnungshinweis gegeben werden, dass die Audio-Datei zwecks besserer Soundqualität bearbeitet wurde und nicht dem vorliegenden Original entspricht.

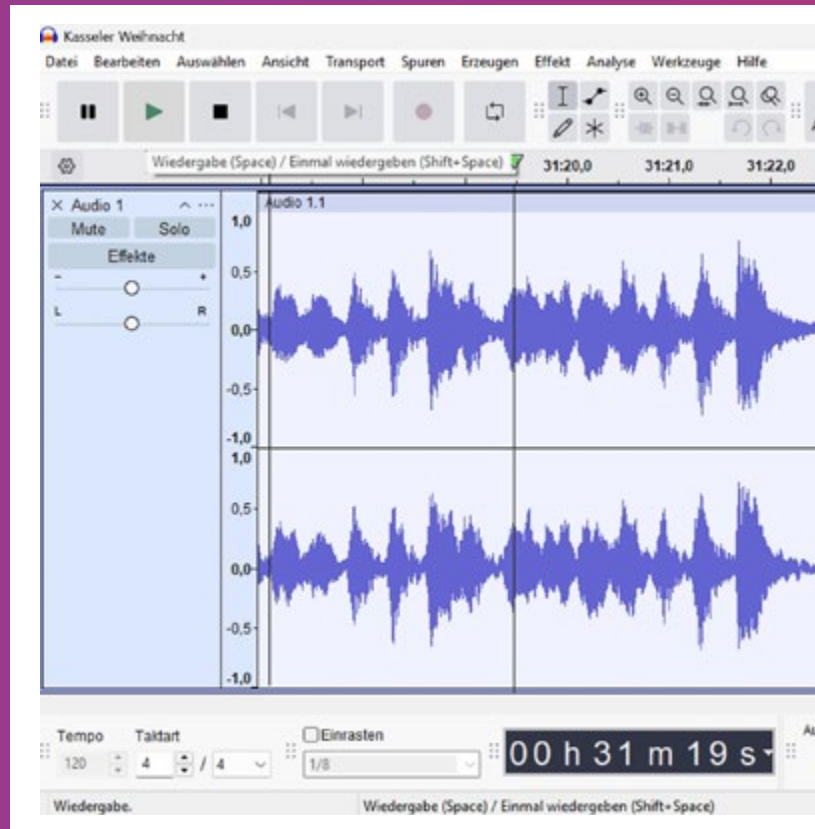
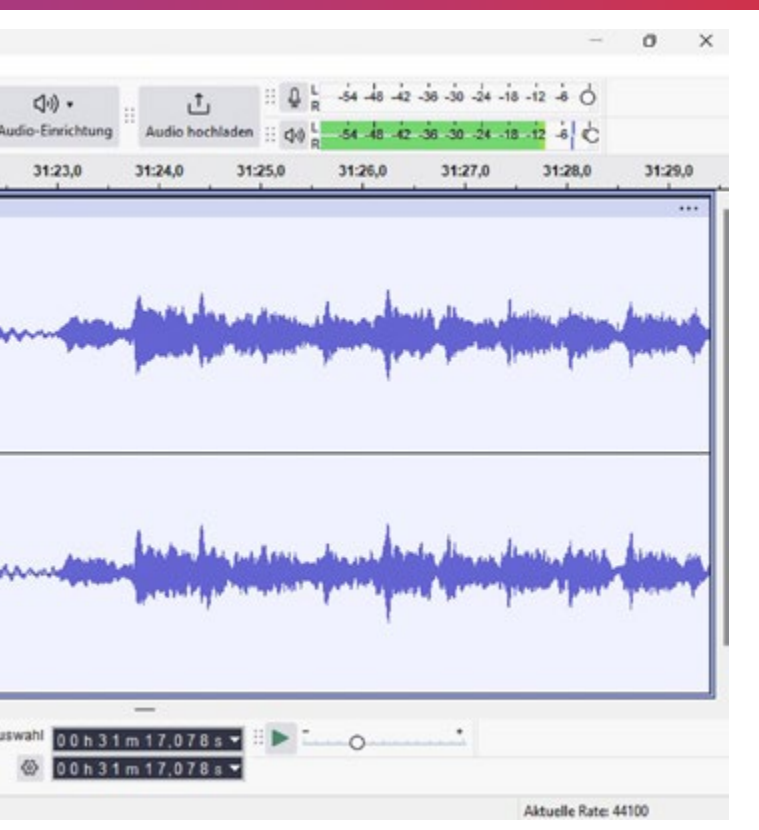


Abb. 2: Aufnahmeprogramm Audacity



Der Audio-Editor Audacity bietet ebenfalls die Möglichkeit, direkt Metadaten für die aufgenommenen Dateien zu hinterlegen; diese lassen sich einfach über den Reiter „Datei/Metadaten“ eingeben. Anschließend ist eine Speicherung des Gesamtprojekts empfehlenswert, die zunächst direkt im Programm erfolgen kann. Danach muss man die Dateien (gesamt oder A- und B-Seite) exportieren und im gewünschten Format (WAV bzw. MP3) speichern. Einzelne Inhalte können separiert und einzeln gespeichert werden.

Zum Schluss sollte man noch einmal die Dateien durchhören, um zu prüfen, ob die Aufnahme zufriedenstellend ist. Auch ein Test mit Kopfhörern empfiehlt sich, um den Klang zu überprüfen. Da bei älteren LPs häufig ein Knistern und Rauschen zu hören ist, bietet sich die Möglichkeit, die Funktion der Rauschunterdrückung über die Aufnahme zu legen, um die soundmindernden Klänge zu filtern. Der Nachteil dabei ist, dass hierdurch die Original-Aufnahme verfälscht wird, sodass eine Aufnahme mit Rauschunterdrückung sich lediglich als weiteres Nutzungsdigitalisat anbieten würde. Hierbei ist natürlich der Speicherplatz zu bedenken.

Weitere Hinweise

Mit Aufbau der Geräte, falls diese keinen festen Platz haben, Testdurchläufen, Aufnahmen, Schneiden, Speichern und Abbau sollte man insgesamt pro Platte und je nach Plattenlänge ein bis drei Stunden Zeit einplanen.

Zahlreiche Anleitungen, wie man Schallplatten aufnehmen kann und welche Optionen das Aufnahmeprogramm Audacity bietet, finden sich auch online. Im gleichen Aufnahmeprogramm lassen sich auch andere Tonträger digitalisieren, hierfür muss der Plattenspieler nur gegen entsprechende Abspielgeräte ausgetauscht werden. So lassen sich nach diesem Prinzip auch Kassetten oder CDs digitalisieren und für Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung stellen.

Die Dateien des Stadtarchivs Kassel liegen in den Formaten MP3 und WAV vor, sodass eine digitale Langzeitarchivierung und die Zurverfügungstellung für Nutzerinnen und Nutzer gegeben ist. Die Tonträger wurden in dem Bestand E Audiovisuelle Überlieferung unter der Klassifikation E8 Ton in Arcinsys verzeichnet.

Letztlich muss sich sowohl beim Abspielen von Nutzungsdigitalisaten als auch beim eventuellen Hochladen von Plattencovern in die Archivdatenbank ausführlich mit dem Thema Urheberrecht und GEMA auseinandergesetzt werden.

Natascha Knauf
Stadtarchiv Kassel

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: © Florian Franzmann/Natascha Knauf, Stadtarchiv Kassel

Abb. 2: © Natascha Knauf, Stadtarchiv Kassel

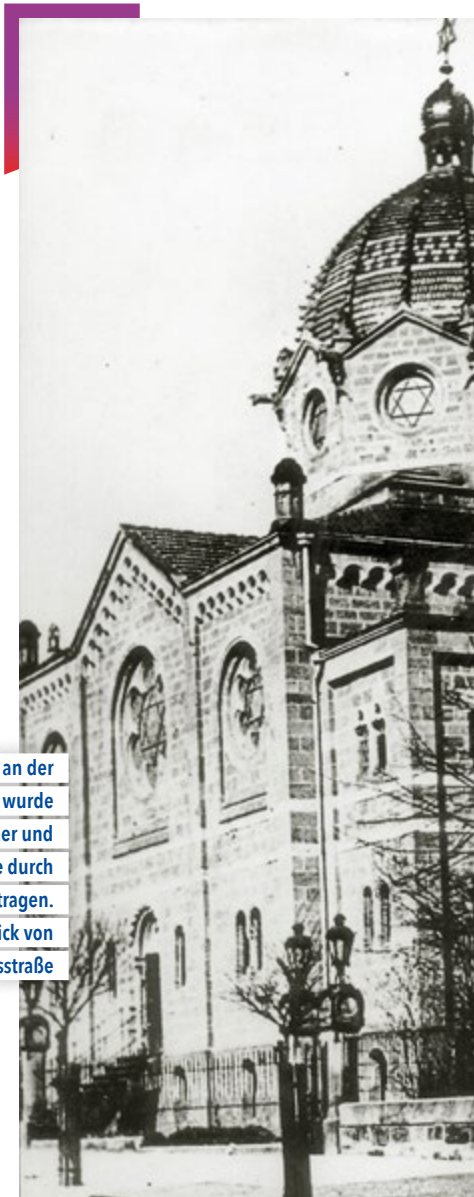
Erfahrungsbericht: NS-Geschichte für Kinder?

Über den hessischen Lehrplan für den Geschichtsunterricht an weiterführenden Schulen kann man heftig streiten. Im Kern folgt er einem seit über hundert Jahren bestehenden didaktischen Konzept: dem des chronologischen Durchgangs vom Anfangsunterricht mit Vor- und Frühgeschichte bis zur Wiedervereinigung in der Jahrgangsstufe 10 (für Hauptschulen in der Jahrgangsstufe 9), für Gymnasien dann als doppelter chronologischer Durchgang mit einem neuerlichen Rückgriff auf die Antike in der Jahrgangsstufe 11. Eine zwangsläufige Folge dieser Entscheidung ist beispielsweise eine weitgehende Beschränkung auf Nationalgeschichte, um nur einen der fundamentalen Kritikpunkte zu nennen ...

Mit der Herausbildung des Begriffs „Geschichtsbewusstsein“ als Grundlagenbegriff der Geschichtsdidaktik seit den späten 1980er-Jahren entstanden seinerzeit auch Ansätze zur Erforschung der entwicklungspsychologischen Voraussetzungen für die Bildung von Geschichtsbewusstsein¹ – ein sinnvoller Ansatz, der leider keine weitere Vertiefung gefunden hat. Im Traditionsfach Geschichte blieb durch alle Lehrplanreformen der letzten 30 Jahre hindurch das Konzept des (doppelten) chronologischen Durchgangs unberührt. Einzelne Aspekte sind gleichwohl augenfällig und scheinen das Lehrplankonzept sogar partiell zu stützen: So kann ich aus langjähriger Unterrichtserfahrung sagen, dass sich die Epoche der Vor- und Frühgeschichte für Kinder im vorpubertären Alter (6.–7. Klasse) sehr gut eignet, weil hier noch großes Interesse an ganz fremden Lebensformen, märchenhaften Erscheinungen, rätselhaften Bauwerken und Weltwundern besteht. Hier finden sich unzählige Anknüpfungspunkte für kindliche Fantasie und Neugier, und

es bieten sich kreative Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit den historischen Befunden an. Mit dem Eintritt in die Pubertät ändert sich das abrupt: Der Fokus der Heranwachsenden richtet sich nun schlagartig auf die eigenen Bedürfnisse, es geht um die Bewusstwerdung der eigenen Lebensumstände, Orientierung und Werte für den eigenen Alltag, und eigene Zielsetzungen werden gesucht. In dieser Lebensphase gibt es kaum etwas Unpassenderes als die Beschäftigung mit den Lebensformen im Mittelalter und den gesellschaftlichen Konflikten der Frühen Neuzeit (8.–9. Klasse). Am Ende der Pubertät wächst langsam wieder das Interesse an gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen über das engste,

Abb. 1: Die Synagoge an der Universitätsstraße in Marburg wurde 1896/97 errichtet. Sie bot Platz für 230 Männer und 175 Frauen. Am 10. November 1938 wurde sie durch Brandstiftung völlig vernichtet und danach abgetragen. Die undatierte Aufnahme zeigt sie in einem Blick von der Universitätsstraße



persönliche Umfeld hinaus: Das sind gute Voraussetzungen dafür, sich in der 10. Jahrgangsstufe mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu beschäftigen, und die Jugendlichen sind in ihrer Persönlichkeitsentwicklung auch ausreichend gefestigt, um sich mit stark belastenden Themen wie dem Nationalsozialismus und dem Holocaust auseinanderzusetzen.

Vor diesem Hintergrund meines professionellen Selbstverständnisses erreichte mich die Anfrage einer Kollegin, die gerne mit einer 6. Klasse, also mit 11- bis 12-jährigen Kindern, einen Archivbesuch zum Thema *Nationalsozialismus in Marburg* durchführen wollte. Auf meine skeptische

Nachfrage erklärte sie mir, sie habe im Unterricht einen Jugendroman über die NS-Zeit gelesen (Inge Auerbacher: *Ich bin ein Stern*), die Kinder hätten sich intensiv mit den dort geschilderten Ereignissen beschäftigt, und ihr liege nun daran, den Kindern deutlich zu machen, dass sich all das nicht nur an den Schauplätzen des Romans, sondern auch im bekannten, heimatischen Umfeld der Kinder ereignet habe. Meine Skepsis war davon noch

nicht zerstreut: Wenn man mit jungen Kindern dieses Alters noch nicht über strukturelle gesellschaftliche Aspekte wie Voraussetzungen des Nationalsozialismus, Fragen nach der Ideologie und Mechanismen der Machtdurchsetzung sprechen kann, bleibt letztlich nur die Konfrontation mit erschreckenden und belastenden Ereignissen: Ausgrenzung, Verhaftung, Deportation, Mord. Ist es vertretbar, Kindern das zuzumuten?



Abb. 2: In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde die Marburger Synagoge in Brand gesetzt. Danach wurde sie abgerissen

Die Antwort der Kollegin war eindeutig: Wenn sich die Heranwachsenden von heute mit dem Eintritt in die Pubertät auch die Welt von TikTok und YouTube erobern, sehen sie massenhaft Bilder und Filme, wo mit Hakenkreuzen und Hitler-Filmchen Witze und Memes gemacht werden. Wenn das die erste und prägende Erfahrung mit NS-Symbolen und -Attributen sei, werde es schwer, die Jugendlichen anschließend zu einer ernsthaften und sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zu bewegen. Deshalb sei eine ernsthafte Konfrontation mit der Bedeutung des Nationalsozialismus im vorpubertären Alter heutzutage

dringend geboten und unausweichlich. So habe ich mich auf das Experiment eingelassen ...

Am vereinbarten Termin erlebte ich eine ernsthafte und aufgeschlossene Gruppe mit Neugier auf alles, was sie im Archiv erwarten könnte und was sie an diesem Tag erfahren sollten. Auf meine Frage, was die Klasse im Unterricht schon über die Epoche des Nationalsozialismus erfahren hatte, bekam ich ausführliche Antworten – jedes Kind aus der Klasse wollte seine Kenntnisse mitteilen. Die Äußerungen wirkten ungezwungen und eher geprägt vom Stolz auf erworbenes Wissen als von Bedrücktheit über die zum Teil ja grausamen Inhalte der geschilderten Sachverhalte. So sagte

ein Mädchen mit scheinbar aufrichtiger Begeisterung: „Die Nazis waren ja auch ziemlich schlau: Die haben die Vernichtungslager extra ganz weit weg gebaut, damit man die nicht so sehen konnte [...]“

Eine für mich im ersten Moment befremdliche Erfahrung: Wenn ich mit 16-Jährigen im Unterricht über solche Themen spreche, herrscht in der Regel eine andere, eher von Bedrücktheit oder Betroffenheit gekennzeichnete Atmosphäre. Trotzdem wurde im weiteren Gespräch mit den Kindern der 6. Klasse schnell deutlich, dass solche Äußerungen nicht von Gefühls- oder Verständnislosigkeit geprägt waren, sondern aus einer durchaus altersangemessenen Form der Ernsthaftigkeit heraus gemacht wurden. Und im Rückblick wurde mir klar: Die Kinder sprachen über nationalsozialistische Verbrechen genau so, wie ich über die Auswirkungen und Opfer

Abb. 3: Diese Aufnahme zeigt eine Parade der Nationalsozialisten am Fuße der Alten Universität in Marburg. Die SA-Männer mit Standarte werden von Fahrradfahrern begleitet, Zuschauende drängen sich von beiden Seiten an den Straßen. Rechts im Bild ist die Turmuhr der Herrenmühle zu sehen. Ob es sich bei dem Zug der Männer in schwarzen Uniformen und Schirmmützen um SS oder eher um Feuerwehr handelt, kann aufgrund der schlechten Bildqualität (die der Überlieferung im Druck geschuldet ist) nicht abschließend geklärt werden. Aufgrund der (kaum erkennbaren) doppelten Knopfreiheiten der Jacke ist es aber eher wahrscheinlich, dass es sich hierbei um Feuerwehrleute handelt





Abb. 4: Hermann Göring besuchte am 8. Juni 1933 als preußischer Ministerpräsident Marburg. Das Foto zeigt ihn von der Marktgasse kommend auf dem Marktplatz. Rechts neben ihm im Wagen steht der Kasseler Oberpräsident Prinz Philipp von Hessen. Eine große Menge Menschen, unter anderem Deutschordensritter mit Lanzen, drängt sich am Straßenrand zusammen und grüßt mit dem Hitlergruß

der napoleonischen Kriege oder der 1848er-Revolution sprechen würde – also über Themen des 19. Jahrhunderts, die für mich Themen ohne emotionale persönliche Relevanz sind. Für Angehörige meiner Generation waren NS-Ereignisse nie Geschichten, die man als Geschichten erzählen kann, sondern immer moralische Konfrontation, verbunden mit den Biografien unserer Eltern und Großeltern. Und obwohl ich als Geschichtslehrer im Schuldienst regelmäßig NS-Geschichte unterrichtete und auch die älteren Schülerinnen und Schüler Generationen angehören, die längst nicht mehr diese emotionale und moralisch aufgeladene Verbindung zum Nationalsozialismus haben, ist mir dieser Unterschied noch nie so deutlich vor Augen geführt worden wie an dem Projekttag mit der 6. Klasse.

Im weiteren Verlauf des Projekttages haben wir im Archiv Bilder von NS-Aufmärschen in Marburg und vom Synagogenbrand angesehen und haben Dokumente gelesen von Überfällen auf jüdische Geschäfte in der Marburger Oberstadt. In einem anschließenden Stadtrundgang haben wir das Gebäude des alten Gerichtsgefängnisses betrachtet, dessen Direktor sich im Februar 1933

gegen die Zuweisung weiterer Häftlinge wegen völliger Überbelegung der Zellen wehrte, das Ladengeschäft von Julius Stern, der im Lauf des Jahres 1938/39 von einem wohlhabenden Haus- und Ladenbesitzer zum mittellosen Flüchtling gemacht wurde, das winzige Häuschen, das als jüdische Schule fungierte, nachdem die als jüdisch klassifizierten Kinder nicht mehr die öffentlichen Schulen besuchen durften, oder das Gebäude, in dem die NSDAP-Kreisleitung untergebracht war und das heute direkt gegenüber dem Gebäude der Schule meiner Projektgruppe liegt.

Bei all diesen Unternehmungen blieb die Atmosphäre eher von Neugier als von Betroffenheit geprägt. Und ich bin zu dem Schluss gekommen, dass meine Skepsis gegen eine zu frühe Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus nicht mehr zeitgemäß ist. Nicht nur im Sinne der entwicklungspsychologischen Voraussetzungen, sondern auch im Sinne der Demokratieerziehung lässt sich das chronologische Prinzip des Geschichtsunterrichts immer weniger rechtfertigen.

Jedenfalls: Das Thema Nationalsozialismus sollte in der Jahrgangsstufe 6 behandelt werden!

Bernhard Rosenkötter
Archivpädagoge am Hessischen Staatsarchiv Marburg

¹ Noack, C.: Stufen der Ich-Entwicklung und Geschichtsbewußtsein, in: Borries, B. von/Pandel, H.-J. (Hrsg.): Zur Genese historischer Denkformen. Jahrbuch für Geschichtsdidaktik (JfGd), Herbolzheim 1994.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: © Bildarchiv Foto Marburg, Aufnahme-Nr. 1.541.487

Abb. 2: © Wolf-Arno Kropat, Kristallnacht in Hessen, Wiesbaden, 1988, S. 43 (Magistratspresseamt Marburg)

Abb. 3: Historische Bilddokumente: <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/74-035> (Stand: 7.4.2025)

Abb. 4: Historische Bilddokumente: <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/bd/id/74-032> (Stand: 7.4.2025)

KlimaBilanzKultur

Erste Erfahrungen mit dem CO₂-Kulturrechner im Hessischen Landesarchiv

2023 verabschiedeten die Kulturministerkonferenz, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie die Kommunalen Spitzenverbände einen gemeinsamen CO₂-Bilanzierungsstandard für Kultureinrichtungen. Zentrales Instrument ist der CO₂-Kulturrechner. Das Hessische Landesarchiv hat für seine Standorte Darmstadt, Marburg, Neustadt und Wiesbaden das Instrument für eine „Eröffnungsbilanz“ zum Jahr 2022 genutzt und schreibt die Werte seitdem fort. Der Beitrag bietet einen ersten Erfahrungsbericht und wirbt für die Anwendung des CO₂-Kulturrechners in weiteren Archiven und Kultureinrichtungen.

Die Frage, welchen Energiebedarf Archive haben, ist nicht neu. Spätestens seit der Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre spielt sie beim Archivbau eine wichtige Rolle. Konzepte für energiearme (Passiv-)Bauten wie beim 1971 eröffneten Neubau des Historischen Archivs der Stadt Köln („Kölner Modell“) fanden Eingang und Nachahmung bei manchen Neubauprojekten, um gerade bei der Klimatisierung der Magazine Energie und damit Kosten zu sparen. Ökonomische Gründe standen dabei klar im Vordergrund. Die Energiesparvorgaben zu Beginn des erneuten russischen Angriffskriegs auf

die Ukraine im Februar 2022 haben quer durch die Kultursparten den Zusammenhang zwischen der sicheren Verfügbarkeit von Strom und Wärme einerseits sowie der Bauphysik und einem fachgerechten Gebäudebetrieb andererseits wieder stärker sensibilisiert, wobei dieser Prozess zugleich vor dem Hintergrund von Debatten zur ökologischen Nachhaltigkeit geführt wird. Verschärft wird die Situation durch Klimawandelfolgen, hier allen voran stark zunehmende Hitzeperioden im Sommer. Klimakonzepte aus der Planungsphase älterer Archivbauten gewährleisteten

die fachlichen Anforderungen für die Aufbewahrung von Kulturgut häufig nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr. Es besteht also Handlungsbedarf aus fachlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht.

Aus dem Blickwinkel ökologischer Nachhaltigkeit trägt der Verbrauch an Strom und Wärme den Großteil zur CO₂-Bilanz eines Archivs bei. Gleichwohl sind weitere Faktoren zu berücksichtigen, wie z. B. Emissionen infolge von Dienstreisen oder

Abb. 1: CO₂-Bilanz der gemieteten Liegenschaften des Hessischen Landesarchivs 2023

	Wiesbaden		Darmstadt		Marburg		Neustadt	
Nettogrundfläche (m ²)	12.236 m ²	33 %	8.181 t	22 %	13.991 m ²	37 %	3.162 m ²	8 %
Gesamtemission (tCO ₂)	994 t	60 %	364 t	22 %	209 t	13 %	81 t	5 %
Emission aus Wärme (tCO ₂)	313 t	57 %	152 t	27 %	79 t	14 %	9 t	2 %
Emission aus Strom (tCO ₂)	607 t	65 %	186 t	20 %	77 t	8 %	59 t	7 %

Archivguttransporten. Lange fehlte ein Instrument, um den CO₂-Fußabdruck von Kultureinrichtungen zu erheben, Stellschrauben für die Treibhausgasreduzierung zu identifizieren, entsprechende Maßnahmen auf den Weg zu bringen und deren Erfolg über längere Zeiträume hinweg zu evaluieren. Vereinzelt fehlte es an Vergleichbarkeit als Grundlage für den Austausch über Erfahrungen und „Best Practice“. Umso erfreulicher ist, dass mit dem CO₂-Kulturrechner für Archive, Bibliotheken, Museen, Theater sowie andere Kultureinrichtungen nun ein gut handhabbares Instrument für eine bundesweit und spartenübergreifend vergleichende Erfassung vorliegt.

Seit nunmehr drei Jahren sammelt das Hessische Landesarchiv Erfahrungen mit dem CO₂-Kulturrechner, generiert damit die KlimaBilanzKultur als Basisstandard und übermittelt die Ergebnisse für die CO₂-Bilanz des Landes. Der Prozess wird durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur aktiv unterstützt. Erwartungsgemäß tragen Strom- (ca. 55 %) und Wärmeverbrauch (ca. 34 %) der Liegenschaften des Landesarchivs am stärksten zur CO₂-Bilanz bei. Dass Alter, Bauphysik und der Stand der Anlagentechnik in den verschiedenen Liegenschaften zu Abweichungen zwischen den einzelnen Häusern führen würden, war erwartbar. Wie drastisch sich der „Zustand“ einer Liegenschaft allerdings auf die Emissionen tatsächlich auswirkt, hat uns dann doch überrascht: Der älteste bis heute vom Landesarchiv genutzte Zweckbau, das Staatsarchiv Marburg am Friedrichsplatz, wurde in den vergangenen 15 Jahren in einer „Großen Maßnahme“ anlagentechnisch general saniert. Von der Gesamtnettogrundfläche der vom Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen gemieteten Liegenschaften des Landesarchivs

entfallen auf den Marburger Standort 37 %, hingegen nur 13 % der Gesamtemissionen an CO₂. Umgekehrt steht das seit 1985 genutzte Gebäude des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden vor einer vergleichbaren, längst überfälligen „Großen Maßnahme“. Dort steht dem Anteil an der Gesamtnettogrundfläche des Landesarchivs von 33 % ein Satz von 60 % der CO₂-Emissionen gegenüber. Das seit 1993 im Haus der Geschichte in Darmstadt untergebrachte Staatsarchiv reiht sich dazwischen ein: mit 22 % der Gesamtnettogrundfläche und ebenfalls 22 % der Gesamtemissionen des Landesarchivs aus Strom und Wärme. Schon seit Jahren zeichnet sich ab, dass auch für Darmstadt eine anlagentechnische Generalsanierung zeitnah zwingend erforderlich ist. Einen Sonderfall bildet schließlich die Außenstelle des Staatsarchivs Marburg in Neustadt mit dem Grundbuch- und Personenstandsarchiv, eine Konversionsliegenschaft, die sich seit 2010 in archivischer Nutzung befindet. Sie trägt in sehr geringem Umfang (5 %) zu den Gesamtemissionen bei. Nachdem etwa die halbe Dachfläche an diesem Standort 2023 mit einer Photovoltaikanlage nachgerüstet werden konnte, hat sich die Energie- und CO₂-Bilanz durch Eigenverbrauch und Netzeinspeisung nochmals verbessert. 2024 produzierte die PV-Anlage 39,5 MWh, der Netzbezug für diese Liegenschaft sank dadurch um 20 %.

Mit dem Stichwort PV-Anlage ist eine der beiden wichtigsten Maßnahmen angesprochen, wie Archive in Zusammenarbeit mit den für die Gebäude zuständigen Stellen bei den Hauptemissionsfaktoren zu einer signifikanten Verbesserung kommen können. Sehr zu begrüßen ist, dass durch eine Richtlinie vom Oktober 2022 in Hessen die Möglichkeiten für Solaranlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden deutlich verbessert wurden. So konnte im konstruktiven

Austausch mit dem Landesamt für Denkmalpflege erreicht werden, dass im Rahmen einer Dachsanierung in den kommenden Jahren weite Teile der Dachflächen des Staatsarchivs Marburg ebenfalls mit einer PV-Anlage ausgestattet werden. Die Simulation dieser Anlage mit einer Generatorleistung von rund 135 kWp sieht eine Reduzierung des Stromverbrauchs und der damit einhergehenden Emissionen um rund ein Drittel vor (ohne Batteriespeicher; mit einem Batteriespeicher wäre die Reduktion noch signifikant größer). Fakt ist: Aktiv klimatisierte Archivmagazine (und diese sind in allen vier gemieteten Liegenschaften des Landesarchivs gegeben) brauchen Energie zur Kältegewinnung gerade im Sommer, wenn eine Solaranlage hierzu genügend Strom liefert. Und der Strombedarf der Archive wird im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung absehbar weiter steigen, wenn man etwa an den Serverbetrieb für digitale Unterlagen und Digitalisate denkt. Wollen Archive CO₂-Emissionen nachhaltig verringern und Nebenkosten im Rahmen halten, stellt Solarstrom eine wichtige Option dar.

Im Bereich Wärmeversorgung bietet die Fernwärme für die Standorte des Landesarchivs eine wichtige Chance, abhängig vom Fernwärmeeigenfaktor zu signifikanten Einsparungen bei den Emissionen zu kommen, wobei dies ggf. mit erhöhten (Neben-)Kosten einhergehen kann. Das Staatsarchiv Darmstadt ist schon lange an das Fernwärmenetz angeschlossen, für Marburg ist dies auf Betreiben des Archivs aktuell seitens der Stadtwerke für 2027 vorgesehen, in Wiesbaden wird der Anschluss im Zuge der anlaufenden „Großen Maßnahme“ in den kommenden Jahren umgesetzt.

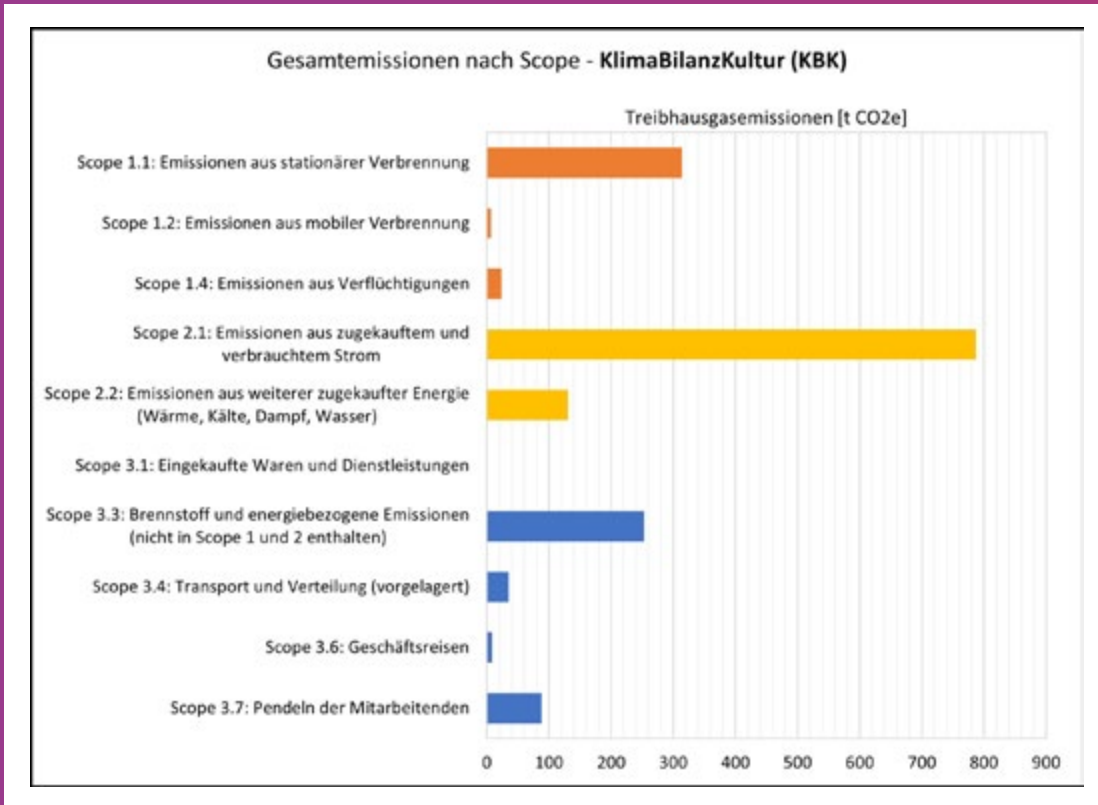


Abb. 2: KlimaBilanzKultur für das Hessische Landesarchiv nach Emissionsquellen 2023

Die Erstellung der KlimaBilanzKultur mittels des CO₂-Kulturrechners unterscheidet zwischen direkten Emissionen (Scope 1), die wir als Gebäudenutzende (bis zu einem gewissen Maß) selbst mitbeeinflussen können, wie etwa den Gasverbrauch im Winter, indirekten Emissionen aus bereitgestellter Energie (Scope 2), wie Fernwärme oder Strom, sowie weiteren indirekten Emissionen (Scope 3). Für das Hessische Landesarchiv sind bei Scope 3 nur drei Bereiche einschlägig: Die Emissionen durch das Pendeln der Mitarbeitenden mit rund 5,5 % der CO₂-Emissionen, die Archivgut- und Warentransporte mit ca. 2 % sowie Dienstwagen und Geschäftsreisen mit zusammen gut 1 % der Emissionen. Der Faktor „Pendeln der Mitarbeitenden“ ist nur bedingt beeinflussbar, wenngleich Anreize wie das Landes-Ticket oder Maßnahmen zur Flexibilisierung der

Arbeitszeit (Stichwort: Home-Office) oder zur Reduzierung von Dienstreisen die verstärkte Nutzung von Videokonferenzen auch ökologisch nachhaltige Effekte zeigen. Bei den „Warentransporten“ machen die Archivguttransporte durch Dienstleister für großvolumige Maßnahmen zum Originalerhalt und zur Digitalisierung den Löwenanteil aus. Faktoren ökologischer Nachhaltigkeit können hier bislang kaum sinnvoll in Vergabeverfahren durchgesetzt werden, da der Infrastrukturausbau für die hier nötigen Lkw-Transporte noch in den Anfängen steckt. Immerhin hat das Landesarchiv selbst inzwischen vier seiner fünf Dienstfahrzeuge auf E-Mobilität umgestellt.

Die Anwendung des CO₂-Kulturrechners und die damit komfortabel erstellte KlimaBilanzKultur hat schon im Vergleich der Standorte des

Hessischen Landesarchivs wichtige Ergebnisse geliefert und unterstreicht argumentativ die Dringlichkeit des grundlegenden anlagentechnischen Sanierungsbedarfs an den Standorten Wiesbaden und Darmstadt. Angestoßen durch die Energiesparvorgaben der Jahre 2022 und 2023 sowie durch die Ergebnisse der KlimaBilanzKultur hat das Thema PV-Anlagen und Fernwärmeanschlüsse eine deutlich größere Dynamik bekommen als zuvor; zusätzliche konkrete Maßnahmen sind angestoßen. Als Mieter sind wir bei der Planung und Umsetzung der allermeisten Maßnahmen auf die Zusammenarbeit mit Eigentümern bzw. Gebäudebetreibern angewiesen. Dies erfordert zuweilen das „Bohren dicker Bretter“ – aber es lohnt sich!

Woran es noch mangelt, ist ein Benchmarking („Was ist eigentlich ein guter, akzeptabler bzw. schlechter Wert an



Abb. 3 u. Abb. 4: Die Anlagentechnik
im Hessischen Staatsarchiv Marburg



CO₂-Emissionen für ein Archiv, bezogen auf Bauweise, Flächengröße etc.?) und ein intensiverer Austausch über die Ergebnisse der KlimaBilanz-Kultur, um das viel beschworene Lernen über „Best-Practice-Beispiele“ zu ermöglichen. Hierzu wäre es unbedingt wünschenswert, dass sich weitere Archive und überhaupt Kultur-einrichtungen auf den Weg machen, das Instrumentarium des CO₂-Kultur-rechners nutzen und in den Austausch miteinander gehen.

Johannes Kistenich-Zerfaß
Hessisches Landesarchiv

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 u. 2: © Johannes Kistenich-Zerfaß, HLA

Abb. 3 u. 4: © Franziska Zimmet, HStAM

**Weitere Hinweise stehen hier
zum Download bereit:**

CO₂-Kulturstandard.pdf
[<https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2023/CO2-Kulturstandard.pdf>]

CO₂-Kulturrechner: Ökologische Nachhaltigkeit
[<https://www.kmk.org/themen/kultur/oekologische-nachhaltigkeit.html>]

Barrierefreiheit in den hessischen Archiven?

Das Thema Barrierefreiheit geht jeden an - früher oder später. Das gilt auch für Menschen in hessischen Archiven: Auszubildende, Beschäftigte, Nutzende. Um die Barrierefreiheit von und in deutschen Archiven zu verbessern, ist seit 2023 die Arbeitsgruppe (AG) Barrierefreiheit im VdA-Arbeitskreis „Offene Archive“ aktiv. An dieser Stelle möchten wir uns und unsere Arbeit gerne vorstellen und zum Mitmachen einladen.

Auf den Weg gemacht

Im Juni 2022 wurde die Masterarbeit von Nora Wohlfarth über *Barrierefreiheit im Archiv. Der Zugang zu Archivgut am Beispiel gehörloser Nutzerinnen* online veröffentlicht. Die Lektüre war der Ausgangspunkt für den VdA-Arbeitskreis „Offene Archive“, dem Thema auch in der Archivpraxis einen größeren Stellenwert zu verschaffen. Seit Anfang 2023 gibt es nun die AG Barrierefreiheit. Unsere Ziele waren und sind, das Thema im deutschen Archivwesen zu platzieren und praktische Hilfestellungen für interessierte Kolleginnen und Kollegen zu bieten. Wo stehen wir jetzt und was hat das mit Ihnen zu tun?

Praktische Hilfestellungen: Kategorie „Barrierefreiheit“

Für uns als Arbeitsgruppe des VdA-AK „Offene Archive“ bietet es sich an, den vom Arbeitskreis betriebenen Blog Archive 2.0 (<https://archive20.hypothesos.org/>) als Plattform für unsere Beiträge zu nutzen. Aktuell (Stand Juni 2025) haben wir 16 Beiträge unter der Kategorie *Barrierefreiheit* veröffentlicht, u. a. zu digitaler Barrierefreiheit, leichter Sprache, dem Umgang mit psychischen Erkrankungen und Trauma-orientierter Archivpraxis. Dazu geben wir Praxistipps, z. B. zur Anschaffung eines Evakuierungstuhls, und weisen auf einschlägige Informationsmöglichkeiten hin. Wenn Sie die Barrierefreiheit Ihres Archivs verbessern möchten, nutzen Sie gerne dieses Angebot!

Ansprechpartner werden - in Theorie und Praxis

Bis zur Bildung der AG Barrierefreiheit gab es im deutschen Archivwesen keinen erkennbaren Ansprechpartner für dieses Thema. Durch unsere AG hat sich das geändert. So erreichte uns eine Anfrage der Redaktion von *ARCHIV. theorie & praxis* wegen eines Beitrags für das Themenheft 4/2023, das der Diversität in Archiven gewidmet war. Dem Wunsch konnten wir durch den Beitrag von Ann-Marie Rajda über „Schwerbehinderung und Archiv“ nachkommen. Wir konnten auch Auskünfte auf Anfragen u. a. von Studierenden der Fachhochschule Potsdam geben, die sich in ihren Qua-

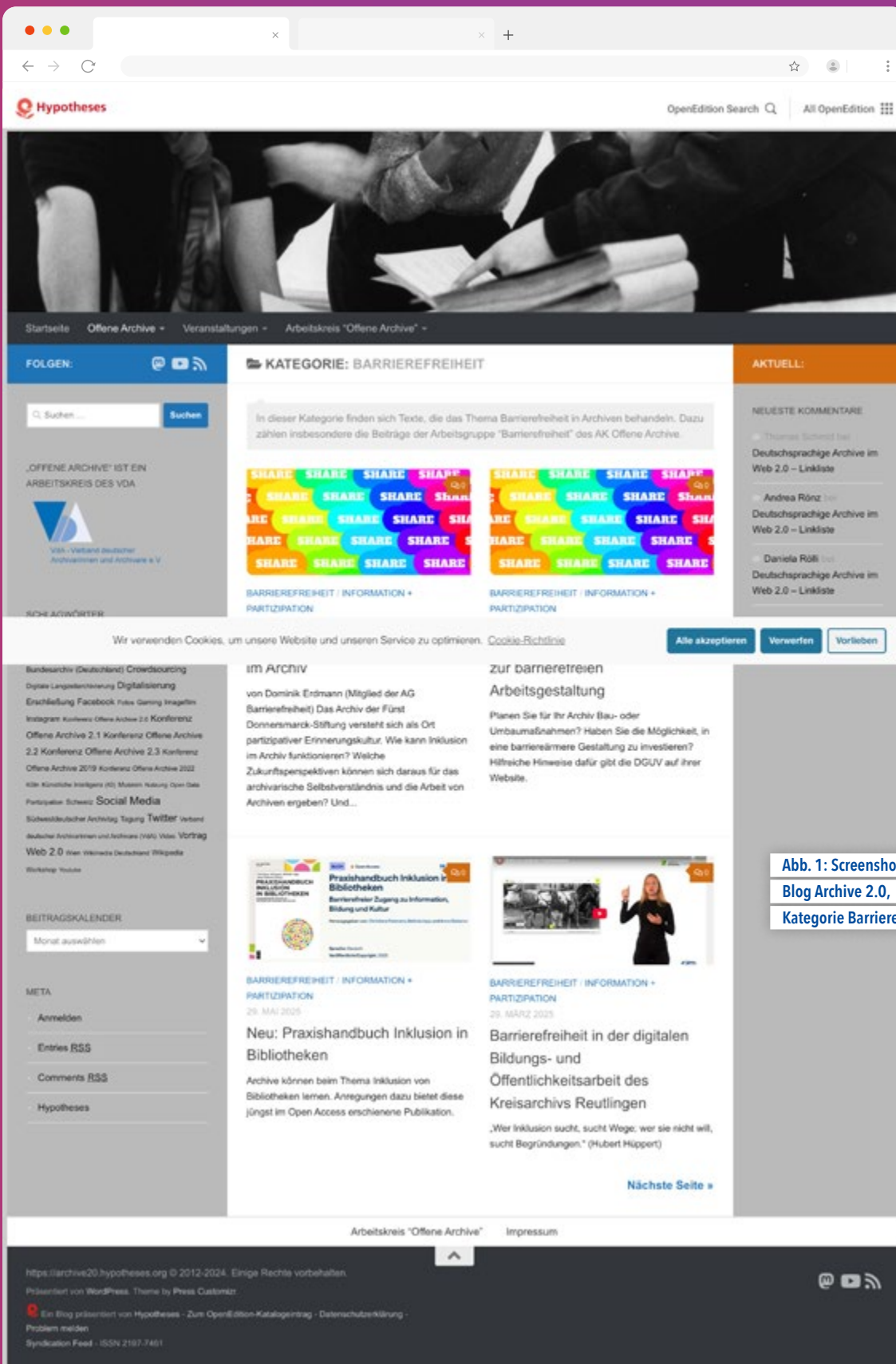


Abb. 1: Screenshot vom Blog Archive 2.0, Kategorie Barrierefreiheit



Hypothesen

lifizierungsarbeiten mit entsprechenden Themen beschäftigt. Kurz: Wir verstehen uns als Ansprechpartnerin für Fragen rund um Barrierefreiheit in Archiven – natürlich im Rahmen unserer jeweiligen zeitlichen und personellen Möglichkeiten.

Wer sind wir und wie arbeiten wir?

Und wer sind eigentlich „wir“? Aktuell sind wir eine Handvoll Menschen aus verschiedenen Archivsparten. Manche von uns sind auch ehrenamtlich und mit anderen Hintergründen in der AG aktiv. Sie ist also selbst recht divers. Wir leben sehr verstreut, u. a. in Koblenz, Aurich und Leipzig. Zeit und Geld sind knapp – wir machen aus der Not eine Tugend und organisieren uns und unsere Vorhaben online. Je nach Bedarf treffen wir uns per Videokonferenz, etwa einmal im Quartal mit einer Dauer von 60 bis 90 Minuten. Sonstige Kommunikation erfolgt über einen E-Mail-Verteiler. Die AG hat keine Leitung, ein Mitglied kümmert sich um organisatorische Belange.

Ich selbst engagiere mich für das Thema, seit ich von einer schweren Erkrankung genesen bin. Dabei war ich über Monate gelähmt und musste

mich fragen, ob ich meine dienstliche Funktion als Leiterin einer Abteilung eines Staatsarchivs auch aus dem Rollstuhl heraus würde wahrnehmen können. Und dachte: Na klar muss das gehen!

Wie soll es weitergehen?

Der Abbau von Barrieren ist wichtig. Laut Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat fast jeder vierte Mensch in Deutschland eine amtlich anerkannte Schwerbehinderung oder lebt mit einer chronischen Krankheit, die im Alltag seit längerer Zeit zu erheblichen Einschränkungen führt. Alle diese Menschen haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe auch an Bildung und Kultur. Und: Archive als öffentliche Einrichtungen müssen sich an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ebenso halten wie an das Behindertengleichstellungsgesetz – um nur zwei zentrale Rechtsgrundlagen zu nennen.

Am guten Willen in den Archiven fehlt es sicher nicht. Wohl aber an der nötigen Zeit. Denn die meisten Archive sind personell so knapp ausgestattet, dass die Arbeitszeit auch so schon hinten und vorne nicht reicht. Das gilt

sicher auch für die Archive in Hessen. Für diese Archive wollen wir Anregungen und Hilfestellungen geben.

Und Sie?

Möchten Sie dazu beitragen? Können Sie sich vorstellen, sich dafür mit wenigen Stunden im Quartal zu engagieren? Wir freuen uns über Kolleginnen und Kollegen aus den hessischen Archiven, die mitmachen wollen – unverbindliches „Hineinschnuppern“ ist natürlich auch möglich. Erste Kontaktaufnahme gerne per E-Mail an ag-barrierefreiheit@gmx.de.

In jedem Fall: Wir bleiben aktiv! Denn das Thema Barrierefreiheit geht jeden und jede an – früher oder später.

Thekla Kluttig

AG Barrierefreiheit im VdA-AK Offene Archive

Wissen nachhalten - Zwei Jahre Ernte und Aussaait im UniArchiv Kassel

In der zweiten, dem UniArchiv in Kassel gewidmeten Episode der Reihe „Archive im Aufbau“ präsentiert Dr. Peter Wegenschimmel die Marketingkampagne „Ernte und Aussaat“ und andere Nachhaltigkeitsmaßnahmen, welche die Schlüsselposition des UniArchivs im Nachhaltigkeitsprofil der Universität unterstreichen. Die Kampagne wurde im Rahmen der Verleihung des Hessischen Archivpreises 2024 an das UniArchiv in Kassel der Öffentlichkeit vorgestellt.

Archivische Jahreszeiten

Kasseler Schule

1980 legten die jungen Stuttgarter Architekten Horst Höfler und Lutz Kandel einen Planungsentwurf zur Umnutzung der alten Henschel-Werke als Stadtcampus für die Gesamthochschule Kassel vor. Weil dem Hochschulbauamt Ideen wie ein Salat- und Kräuterbeet zur Versorgung der Mensa utopisch erschienen, schrieb es die Freiraumplanung 1981 neu aus. Das Siegerkonzept der beiden Landschaftsplaner Hartmut Kreikenbaum und Georg Heinemann setzte auf robuste, leicht pflegbare und vielseitig nutzbare Böden auf der Grundlage einer lokalen Saatgutmischung. Dafür ernteten die Studierenden des Fach-

bereichs Stadtplanung/Landschaftsplanung ab 1986 im Umland Gräser und säten sie anschließend auf dem Campus aus. Zur weiteren Pflege der Grünflächen gründete sich unter der Federführung von Prof. Karl Hülbusch die *Arbeitsgemeinschaft Vegetation und Freiraum*. Ihr affirmativer Umgang mit spontaner Vegetation wurde später namensgebend für die *Kasseler Schule der Landschafts- und Freiraumplanung*.

Eine im Jahr 2025 dem UniArchiv übergebene Diasammlung dokumentiert die Aktionen der Studierenden, deren Spuren in den Innenhöfen nach wie vor ablesbar sind. Bei der ersten Sichtung der Sammlung schienen die Analogien zu den archivischen Geschäftsprozessen verblüffend: Gräser auswählen, die vor Ort gut wachsen, sie trocken verwahren und verzeich-

nen, um sie anschließend wieder auszusäen. Archivierung als Fortsetzung der Aussaaten der 1980er-Jahre mit bürokratischen Mitteln? Dieser Parallelismus gab den Anstoß für die Marketingkampagne „Ernte und Aussaat“, die dank einer Kooperation mit der teilautonomen Kunsthochschule durchgeführt werden konnte. Annabell Wicke hat für alle Kernaufgaben anhand historischer Aufnahmen der Aussaat Key Visuals entworfen. Diese illustrieren den folgenden Tätigkeitsbericht der Wachstumsphasen des UniArchivs.

Anlegen

Die erste Episode dieser Reihe war der Initialisierung des Aufbauprojekts gewidmet: Rechts- und Arbeitsgrundlagen (Satzung, Benutzungsordnung,



Abb. 1: Organisation



Abb. 2: Überlieferungsbildung

Aktenplan) schaffen, Workflows entwickeln, eine Website anlegen und Personal gewinnen. Maßnahmen wie diese bilden ein notwendiges Fundament - in Anlehnung an den von den Landschaftsarchitekten verlegten Kalkschotter.

Ernten

Neben regulären Zugängen ist es gelungen, Vor- und Nachlässe der Gründungsgeneration der Gesamthochschule Kassel zu sichern (hier sind u. a. die Ausnahmearchitekten Peter Latz, Gernot Minke und Paulfriedrich Posenenske zu nennen). Ergänzungen bilden verwandte Bestände wie der Zugang der 2023 aufgelösten Universitätsgesellschaft Kassel. Dazu zählen auch eine Plakatsammlung der Kunsthochschule sowie eine Fotosammlung der Stabsstelle Kommuni-

kation und Marketing, die im Rahmen einer Citizen-Science-Veranstaltung erschlossen wurde. Außerdem startete 2024 ein Oral-History-Projekt, mithilfe dessen Überlieferungslücken kompensiert werden sollen. Im selben Jahr hat sich zudem unter der Leitung des UniArchivs ein Arbeitskreis Dokumentenmanagementsystem konstituiert, um das Verbundprojekt der hessischen Hochschulen zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems archivisch zu betreuen. Er soll die Überlieferungsbildung zukunfts-fest machen.

Konservieren

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist das Archivgut provisorisch in der Campusbibliothek untergebracht. Ziel ist es, einen Bereich in dem unsanierten Bauteil A zu einem Archivtrakt mit

Büroflächen, einem Multifunktionslesesaal und einem Magazin mit einer Kapazität von 2.000 lfm. Archivgut zu ertüchtigen. Während dieses Projekt noch in der Planungsphase steckt, konnten in Bezug auf die Einrichtung des Digitalen Magazins bereits wichtige Fortschritte erzielt werden: Im laufenden Jahr wurden erste Pilot-Ingests durchgeführt, um im Jahr 2026 im Verbund der hessischen Universitäten (DAHH) das Digitale Magazin (DIMAG) in Betrieb nehmen zu können.

Verzeichnen

Im Gegensatz zu anderen neu gegründeten Hochschularchiven in Hessen konnte das UniArchiv Kassel auf einen im Hessischen Staatsarchiv Marburg deponierten Grundstock zurückgreifen, der 2022 rückgeführt

worden war. Um eine schnelle Recherchierbarkeit der Gründungsakten herzustellen, wurde ein bestehendes Aktenverzeichnis retrokonvertiert und für Arcinsys aufbereitet. Die Bestände wurden dabei mit sprechenden Siglen wie Gre (Gremien) oder Fin (Finanzen) versehen, die Archivalien neu signiert und in eine funktionale Tektonik eingegliedert. An die Retrokonversion schloss sich eine richtliniengestützte Nacherschließung an, in deren Zentrum die Verknüpfung der Provenienzen mit der Gemeinsamen Normdatei (GND) steht.

Aussäen

Für die Nutzenden wurde 2024 ein gesonderter Pop-up-Lesesaal in der Campusbibliothek eingerichtet. Darüber hinaus steht, finanziert aus Mitteln zur Verbesserung der Quali-

tät der Studienbedingungen und der Lehre, ein Projekt mit dem Fachgebiet Historische Bildungsforschung und die Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle *Geschichte Ökologisches Bauen* Modell für eine kooperative Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte der Universität Kassel. Eine Erweiterung der Nutzendenkreise erwartet sich das UniArchiv von einer geplanten Lehrveranstaltung mit der Klasse Comic/Illustration in Vorbereitung auf das 250. Jubiläum der Kunsthochschule, für die das Preisgeld des Hessischen Archivpreises verwendet wird.

**Wissen nachhalten
Profilbildung**

Die Gesamthochschule Kassel, an der 1980 der erste Lehrstuhl für ökologische Landwirtschaft in der Bundes-

republik eingerichtet wurde und zwei Jahre später die ersten Lehrveranstaltungen zum ökologischen Bauen stattfanden, ist seit ihrer Gründung ökologischer Vorreiter. Ihr Leitbild orientiert sich bis heute an der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit. Dieses Profil wird von der Einrichtung des *Kassel Institute for Sustainability 2023* unterstrichen, für das 17 Nachhaltigkeitsprofessuren ausgeschrieben werden.

Archive sind per se Nachhaltigkeits-einrichtungen. Ihr Mehrgenerationenauftrag verbindet die Stimmen der Geschichte mit den Nutzenden der Zukunft. Ein hochschulspezifisches Handlungsfeld zur Umsetzung dieses Auftrags ist das Wissensmanagement. Hochschularchive tragen dazu bei, dass Wissen – die Leitwährung einer jeden Hochschule – möglichst lange im Umlauf, also nachnutzbar, bleibt. Dieses Merkmal wurde vom UniArchiv in Kassel mit seinem Claim „Wissen nachhalten“ aufgegriffen und in der



Abb. 3: Bestandserhaltung

4,7.

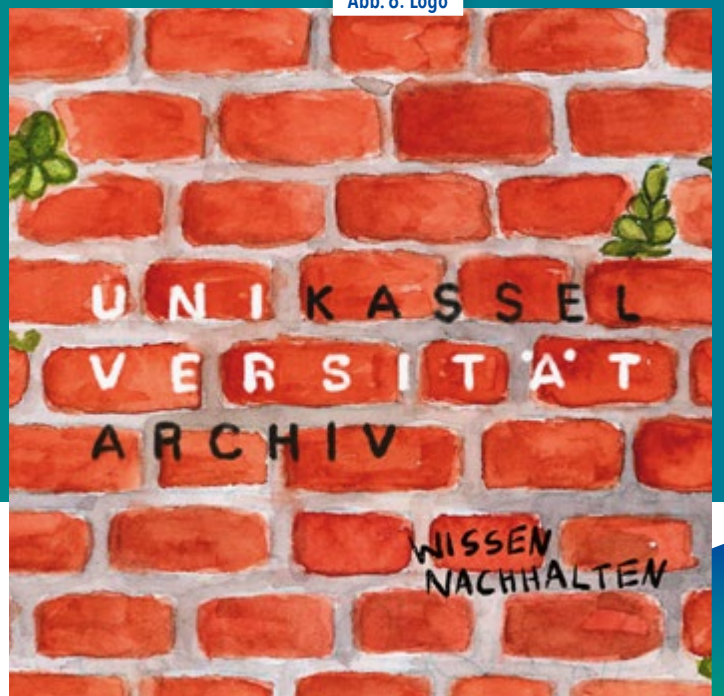
Artenname	Zahl
✓ <i>Agrostis tenuis</i>	-3
✓ <i>Anthemis tinctoria</i>	+4
✓ <i>Antherrinum majus</i> #	-4
✓ <i>Anthyllis vulvaria</i> #	--4
✓ <i>Apera spica venti</i>	--4
✓ <i>Avenochloa pratensis</i> ? #	--2
✓ <i>Avenochloa pubescens</i> #	
✓ <i>Berteroa inana</i> #	4
✓ <i>Brachypodium pinnatum</i> #	--3
✓ <i>Bromus erectus</i>	#-3

Abb. 4: Erschließung

Abb. 5: Zugänglichmachung



Abb. 6: Logo



hier dargestellten Kampagne „Ernte und Aussaat“ nach außen kommuniziert. In der Praxis äußert sich diese Selbstverpflichtung in einer Prüfung der archivischen Maßnahmen auf ihre Nachhaltigkeitseffekte. Als Ergebnis wurden bestimmte Dokumentationsbereiche – wie beispielsweise das ökologische Bauen – im Dokumentationsprofil priorisiert, der Archivumbau gegenüber dem Neubau favorisiert, eine faire Nutzbarkeit der Findmittel hergestellt und die Nachhaltigkeitsgeschichte der Universität Kassel aktiv aufgearbeitet. Außerdem bringt das UniArchiv seine Nachhaltigkeitskompetenz seit diesem Jahr im „Steuerkreis nachhaltiger Betrieb und Campus“ der Universität ein.

Missing Link

Ein zentraler Nachhaltigkeitsfaktor in Archiven ist die Transparenz in der Überlieferungsbildung. Sie macht Verwaltungshandeln nachvollziehbar und stellt eine Voraussetzung für die Nachnutzung von Erschließungsdaten dar. Dokumentationsprofile haben sich in Archiven wissenschaftlicher Hochschulen zwar etabliert, sie sind meist aber lediglich Variationen des 2009 von der Universität des Saarlands veröffentlichten Musters ohne Berücksichtigung der lokalen Spezi-

fika. An diesen Anwendungsfällen fällt außerdem auf, dass die Transparenz gegenüber den Nutzenden – eines der Hauptziele von Dokumentationsprofilen – nicht eingelöst wird. Dieser Missing Link konnte mittels einer Schaltung von Dokumentationsprofil und Erschließungsrichtlinie hergestellt werden. Die Normierung der Dokumentationsbereiche und ihre Ansetzung im Metadatum „Deskriptor“ der Erschließungsmaske übersetzen den in der Bewertung ausschlaggebenden Dokumentationsbereich in die Erschließung. Die sachthema-

» Archive sind per se **Nachhaltigkeitseinrichtungen**. Ihr Mehrgenerationenauftrag **verbindet die Stimmen der Geschichte mit den Nutzenden der Zukunft.** «

////////////////////

tischen Deskriptoren enthalten ein Verknüpfungspotenzial zwischen den Verzeichnungseinheiten und bieten damit neue Recherchezugänge.

Vegetative Archivmetaphern

Die eingangs geschilderte Marketingkampagne „Ernte und Aussaat“, aber auch alle anderen Nachhaltigkeitsmaßnahmen wie der gerade skizzierte Versuch, Transparenz in der Überlieferungsbildung herzustellen, haben ihre Vorbilder in der Geschichte der Universität Kassel. Der strategische Aufbau eines Archivs und Quellenarbeit können eng miteinander verflochten sein. Für diese Erkenntnis brauchte es einen metaphorisch lesbaren Zugang aus dem Jahr 2025. Diese Analogie

steht in einer langen Tradition organisatorischer Archivmetaphern und ermöglicht ihre vegetative Neudeutung. Wer sich inspirieren lassen möchte, kann die Dias und Fotos zur Aussaat am Campus Holländischer Platz bei uns im Lesesaal einsehen.

Peter Wegenschimmel
Universitätsarchiv Kassel

Abbildungsnachweise:

Abb. 1-6: © Annabel Wicke

Oranierdenkmal Aussichtsturm Erinnerungsort

Der Dillenburger Wilhelmsturm im Kontext nassauischer,
deutscher und niederländischer Geschichte



ORANIERDENKMAL
AUSSICHTSTURM
ERINNERUNGORT

Unter den Denkmalbauten des 19. Jahrhunderts nimmt der Wilhelmsturm in Dillenburg eine Ausnahmestellung ein. Der Turm ist nicht etwa, wie man zunächst vermuten könnte, einem der Hohenzollernkaiser gewidmet, sondern wurde in den Jahren 1872 bis 1875 zu Ehren Wilhelms von Oranien auf dem Dillenburger Schlossberg errichtet. Wilhelm von Oranien, „der Schweiger“, hatte 1533

in Dillenburg das Licht der Welt erblickt und sich auch während seines Exils (1567-1572) schwerpunktmäßig hier aufgehalten, bevor er als Anführer des niederländischen Aufstands zum Nationalhelden wurde.

Der Sammelband geht auf eine wissenschaftliche Tagung zurück, deren Ziel es war, den Wilhelmsturm historisch zu kontextualisieren und in der Denkmallandschaft seiner Zeit zu verorten. Die Beiträge spannen einen weiten zeitlichen und inhaltlichen Bogen, ausgehend von der Entstehung des Wilhelmsturms als Erinnerungsort auf dem Dillenburger Schlossberg über allgemeine Tendenzen der Oranierrezeption, Vergleiche mit anderen (Oranier-)Denkmälern und verwandten Bauwerken bis hin zur touristischen und musealen Nutzung des Turms. Ein Blick auf die „Oranierfeiern“ im Jahr 1933 mit ihrer nationalsozialistischen Instrumentalisierung der Oranierverehrung rundet das breite Themenspektrum ab.

Der reich bebilderte Band schließt Forschungslücken auf landesgeschichtlichem und kulturhistorischem Gebiet. Als Denkmal und zugleich Aussichtsturm und Museum ist der

Dillenburger Wilhelmsturm ein repräsentatives Bauwerk des Historismus. Aufgrund seiner transnationalen Bezüge zu den Niederlanden sucht er in der Denkmallandschaft des 19. Jahrhunderts seinesgleichen.

Christiane Heinemann
Historische Kommission für Nassau

Der Dillenburger Wilhelmsturm im Kontext nassauischer, deutscher und niederländischer Geschichte.

Herausgegeben von
Simon Dietrich und Lutz Vogel
2025. XII, 284 Seiten mit 120
meist farbigen Abbildungen,
geb. € 25,-
ISBN 978-3-930221-43-1

Impressum

Archivnachrichten aus Hessen

Heft 25/2, 2025
ISSN: 1865-2816

Herausgeber:

Hessisches Landesarchiv in Zusammenarbeit mit dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. / Landesverband Hessen (VdA) und dem Verband hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare (VhK)

Sitz der Redaktion:

Hessisches Staatsarchiv Marburg
Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg
Tel.: 06421/9250-0; E-Mail: pressestelle@hla.hessen.de

Redaktion:

Dr. Jan-Hendrik Evers
Dorothee A.E. Sattler M.A.

Gestaltung, Bildbearbeitung:

GOLDFisch ART GmbH, Marburg
www.goldfish-art.de

Die digitale Version der Archivnachrichten aus Hessen finden Sie auf der Website des Hessischen Landesarchivs unter www.landesarchiv.hessen.de


Die Abbildungen im Heft stammen, wenn nicht anders angegeben, aus den Beständen der berichterstattenden Einrichtung.

Einsendeschluss für Beiträge des nächsten Hefts 26/1 ist der 15. Februar 2026. Informationen zu Voraussetzungen und Redaktionsrichtlinien erhalten Sie unter pressestelle@hla.hessen.de

Titelbild:

„George Washington als Frau“ wurde mittels KI erstellt,
Herkunft Archivale: HStAD, D 4, Nr. 518: Schreibkalender Ludwigs IX. von 1787,
Collage: GOLDFisch ART

Druck:

Silber Druck GmbH & Co. KG
 Regional gedruckt in Nordhessen
Klimaneutraler Druck
Auf FSC-Papier gedruckt

Stand: Dezember 2025

// archiv

Nachrichten aus Hessen

